



INTEGRATION

Zwischen Willkommen und Ausgrenzung

Inhalt

Schwerpunkt

- 4** „Wir“ und „Ihr“ – Ausgrenzung und Migrantisierung
- 8** Gelebtes Willkommen – Patenschaften schaffen Verbindungen
- 14** Ich bin Abdullah! – Erlebnisbericht eines Flüchtlings
- 16** Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Kinder- und Jugendhilferecht
- 18** Interview mit einem unbegleiteten, minderjährigen Flüchtling
- 20** Thema Abschiebung gewinnt zunehmend an Bedeutung in der Migrationspolitik
- 22** Widersprüchliche Politik der Bayerischen Staatsregierung erschwert Integration

Sozialpolitik

- 26 Ältere Menschen**
Pflegerische Angehörige – ein Berufsstand ohne „soziale“ Absicherung
- 29 Armut**
Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands:
Auch in Bayern steigt die Armutsgefährdung
- 30 Familie**
„Sich vertrauen und miteinander lachen können“ – Familienpaten wirken integrativ
- 33 Suchthilfe**
Was geht!? – Fachtagung des Paritätischen zu älteren Drogenabhängigen in Versorgungssystemen
- 34 Freiwilligendienste**
Inklusion stärken – Forderung der paritätischen Träger:
Hürden abbauen und Flexibilisierung ermöglichen
- 36 Gesellschaftlicher Zusammenhalt**
Bündnis „Reichtum Umverteilen“ stellt Forderungen zur Bundestagswahl vor
- 37 Vielfalt ohne Alternative: Gegen rechte Demagogen – für eine solidarische Politik**
- 39 Kinder | Jugend | Bildung**
Flüchtlingskinder in der Kita

Aus dem Landesverband

- 43** Personalia
- 43** Nachruf auf Hermann Beckmann

Regionales

- 42 Mittelfranken**
25 Jahre Arbeitskreis der Erlanger Mitgliedsorganisationen
- 43** „Popkultur trifft Handicap“
- 44** Ein neues Fahrrad für Clinton – Weihnachtskürbis e.V. spendet Glücksrad-Erlös in Form eines neuen Fahrrads an Jugendlichen
- 45 Niederbayern | Oberpfalz**
MENTOR Regensburg – die Leselernhelfer der FreiwilligenAgentur Regensburg
- 46 Oberbayern**
Eine zentrale Frage für Vereine: Wie organisieren wir unsere Vorstandsnachfolge?
- 47** Einmal München und zurück?
- 48 Oberfranken**
Leben, wo andere Urlaub machen – ASB Forchheim entscheidet sich für eine Einrichtung in der fränkischen Schweiz
- 48** Die Kelten in Oberfranken
- 49** Alle gehören dazu – Arbeitstagung zur Seniorenpolitik für hörgeschädigte Menschen
- 49** Aus eigener Kraft
- 50 Schwaben**
Gründerpreis für den Bunten Kreis
- 50** Veränderungen werfen ihren Schatten voraus – Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Schwaben
- 51 Unterfranken**
Fachtag in Würzburg: „Alle gehören dazu – Kulturelle Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt gestalten“

Service

- 52** Modellförderprogramm Kinder- und Jugendarbeit des Paritätischen Gesamtverbands
- 53** Mitgliedschaft, die sich lohnt: Sparen durch Paritätische Rahmenverträge
- 53** Betriebliche Altersversorgung
- 54** Paritätische Akademie Süd

55 Neue Mitglieder

57 Mitgliedschaft

58 Kontakt



Liebe Leserinnen und Leser,

Integration ist und bleibt eine große gesellschaftliche Aufgabe, nicht erst seit der „Flüchtlingswelle“ 2015. Dass insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund von Armut betroffen sind, zeigt der Paritätische Gesamtverband in seinem aktuellen Armutsbericht vom März 2017. In diesem Schwerpunktheft, das sich erneut dem Thema Integration widmet, haben wir den Beitrag zur Situation von Migrantinnen und Migranten in einer gekürzten Fassung aufgenommen. „Die Aufnahmegesellschaft weigert sich hartnäckig, die Menschen ankommen zu lassen“, so der Befund. Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, das große Hindernis der Migrantisierung – die kulturalisierende gruppenbezogene Zuschreibung von Eigenschaften – für das Ankommen in dieser Gesellschaft abzubauen. Die narrative Trennung in ein „Wir“ und ein „Ihr“ führt zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und be- und verhindert Integration – und das auch von Menschen mit Migrationshintergrund, die zum Teil schon seit Generationen hier leben.

Die Dringlichkeit, insbesondere auch die ideellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen, ist durch die hohe Zahl der Flüchtlinge noch einmal gestiegen. Denn viele von ihnen, die aus Schutzgründen nach Deutschland geflohen sind, werden auf Dauer hier bleiben. Zudem ist davon auszugehen, dass weiterhin Geflüchtete in unserem Land Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen werden. Integration ist unbestritten neben dem demografischen Wandel, den Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft sowie der wachsenden sozialen Spaltung eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Darauf sind integrationspolitisch zukunftsfähige Antworten zu geben.

Abgrenzung und Ausgrenzung gehören keinesfalls dazu! Diese verhindern nicht nur Integration. Sie spalten stattdessen unsere Gesellschaft und bergen Risiken für unsere demokratische Verfasstheit. Sich für eine humane Asylpolitik und einen humanen Umgang mit Flüchtlingen einzusetzen, ist daher kein Ausdruck von „naiver Sozialromantik“, wie der Vorwurf gerne schnell lautet. Sich darüber zu sorgen, in welche Situationen Menschen gebracht werden, die z.B. nach Afghanistan abgeschoben werden – obwohl die Anerkennungsquote bei Afghanen im vergangenen Jahr über 50 Prozent lag –, sollte vielmehr als Ausdruck unseres oft zitierten westlich-christlichen Wertefundaments interpretiert werden. Insofern begrüßen wir sehr, dass die Abschiebungen nach Afghanistan zumindest vorläufig ausgesetzt sind.

Integration braucht neben den erforderlichen Investitionen in Spracherwerb, Bildung, Ausbildung, Integration in den Arbeitsmarkt und Wohnungen eine offene Gesellschaft mit Bürgerinnen und Bürgern, die sich für deren Zusammenhalt einsetzen. Dass es nach wie vor viele Menschen gibt, die sich trotz zahlreicher Hürden mit großem Engagement für das Ankommen von Geflüchteten in unserer Gesellschaft einsetzen, vermitteln eindrücklich die Beispiele aus den Mitgliedsorganisationen, die wir in diesem Heft vorstellen. Mit den ausgewählten Beiträgen wollen wir angesichts der von der Politik beinahe mantramäßig vorgetragenen Unterscheidung von Geflüchteten mit und ohne bzw. geringer Bleibeperspektive den Blick (wieder) darauf lenken, dass es sich bei Geflüchteten um Menschen mit individuellen persönlichen Schicksalen handelt. Wir wollen damit zugleich einen Gegenpunkt zur aktuellen politischen Diskussion setzen, in der zunehmend Abgrenzungsrhetorik dominiert. Für eine erfolgreiche Integration benötigen wir jedoch eine offene Gesellschaft, die sich nicht abschottet, sondern Vielfalt als Realität anerkennt, wertschätzt und lebt. Der Paritätische in Bayern sieht hierbei auch und insbesondere die Politik in der Pflicht.

Ihre
Kath. Coll.

Schwerpunkt



INTEGRATION

**Zwischen Willkommen
und Abgrenzung**

„Die Ankunftsgesellschaft weigert sich hartnäckig, die Menschen ankommen zu lassen.“

„Wir“ und „Ihr“

Ausgrenzung und Migrantisierung

Sergio Andrés Cortés Núñez

Der Autor ist Referent für Migrationssozialarbeit des Paritätischen Gesamtverbandes. Der ungekürzte Artikel erschien im „Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017“. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter <http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht/>.

Die Liebe zu den Familienmitgliedern und die Verantwortung dafür, dass die Familie bessere Chancen und eine bessere Zukunft hat, sind meistens die treibende Kraft für Menschen, ihr Heimatland zu verlassen. Dauerhaft auszuwandern ist keine einfache Angelegenheit. Neben den hohen Kosten sowie dem großen zeitlichen Aufwand für bürokratische Vorgänge stellen die Tränen beim Abschied, die Sehnsucht nach den geliebten Menschen und Orten sowie das Ankommen und Einleben am Zielort große Herausforderungen dar. Eine neue Sprache, neue Gesichter, neue Straßen, jede Menge geschriebene und ungeschriebene Regeln, das Wetter, das Essen und vieles mehr – alles muss sich neu angeeignet werden. Das alles ist noch drastischer, wenn sich die Menschen die Reise nicht selbst ausgesucht haben, sondern Krieg, Elend und Zerstörung sie dazu gezwungen haben, manchmal womöglich ohne Abschied nehmen zu können.

Ankommen – Liebe und Verantwortung reichen nicht aus

So oder so werden diese Menschen versuchen, früher oder später ihre Familien nachzuholen oder am Ankunftsort eine Familie zu gründen. Sie werden versuchen, dass spätestens die zweite Generation die sich selbst und der Familie versprochenen, besseren Chancen bekommt.

Bedauerlicherweise reichen Liebe für und Verantwortung gegenüber der Familie nicht aus, um dieses Versprechen einzuhalten. Dafür müssen vielmehr bestimmte Voraussetzungen und Strukturen an den Ankunftsorten gegeben sein.

Die Ankunftsgesellschaft weigert sich hartnäckig, die Menschen ankommen zu lassen. Es ist eine Realität, dass in Deutschland aufgrund bestimmter Ausgrenzungsmechanismen in der Gesellschaft der soziale Aufstieg, verstanden als Teilhabe in allen gesellschaftlichen Ebenen, selbst den Kindern der Einreisenden häufig verwehrt wird.

Menschen, die seit mehreren Jahren (teilweise Jahrzehnten) in Deutschland leben und die deutsche Sprache nicht ausreichend für eine tiefergehende Unterhaltung beherrschen, die ihre vermeintlich fremden Traditionen und ihre Religion immer noch intensiv pflegen, wird nachgesagt, dass sie nicht „angekommen“ seien und dies auch gar nicht wollen würden.

Die Soziologin Ceren Türkmen bringt den Sachverhalt auf den Punkt: „Auch wenn viele hier geboren sind und ihren Kiez schon lange mit aufgebaut haben, die konservative Migrationspolitik und unterschiedliche rassistische Diskurse haben sie bis heute nach wie vor mit aller Mühe „migrantisiert“. Unter Migrantisierung versteht man eine kulturalisierende Zuschreibung, die eine Gruppe von Personen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihrer Sprache als homogen bezeichnet. Diese Zuschreibungen geben der betreffenden Gruppe meistens eine negative Konnotation (rückgewandt, emotional, faul, gewaltbereit, unterdrückt usw.). Sie legitimieren ihre ungleiche Behandlung und sind Ausdruck von ungleichen Machtverhältnissen.

Die Migrantisierung gestaltet das „Ankommen“ in der Gesellschaft sehr schwierig. Es wird ein Narrativ geschaffen, bei dem ein „wir“ und ein „ihr“ klar getrennt sind. Es wird unterschieden zwischen einem „zugehörigen“ und einem „nicht-zugehörigen“ Bevölkerungsteil. Gleichzeitig wird eine Selbstmigrantisierung geschaffen, bei der sich die Menschen an vermeintlich kulturelle Idiosynkrasien als Abwehrmechanismus und Schutzraum festklammern.



Wir reden also hier nicht von einem Konflikt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die ihre jeweiligen vermeintlich kulturellen oder religiösen Hintergründe durchsetzen möchten, sondern von einer Struktur der Ausgrenzung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass es nicht „erfolgreiche“ und „integrierte“ Menschen gibt, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nicht in Deutschland geboren sind. Es gibt sie durchaus, sie werden sehr oft als gute Beispiele aufgeführt. Dass sie es geschafft haben, trotz ihres Hintergrundes, ist leider mitunter immer noch eine Nachricht wert.

Ausgrenzungsmechanismen am Beispiel Einbürgerung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde 2015 in Deutschland mit circa 107.300 Einbürgerungen lediglich 2,1 Prozent des Einbürgerungspotenzials ausgeschöpft.

Lange Voraufenthaltszeiten, langwierige Verfahrensdauern, zahlreiche gesetzliche Hürden, wie die Abgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit und hohe Gebühren sind Barrieren, die die Menschen, die sich einbürgern lassen könnten, von einer Einbürgerung abhalten. Diese Einbürgerungspolitik ist auch der Grund dafür, dass Millionen von Menschen keinen Zugang zu den Wahlurnen haben und von demokratischen Rechten ausgeschlossen sind.

Die Einbürgerungspraxis sollte vereinfacht werden. Dies hätte eine große Signalwirkung. Es wäre ein Symbol dafür, dass Deutschland als Bürgergemeinschaft offen ist. Und das würde eine positive Identifikation mit dem Land stärken.

Die unterschiedlichen Einbürgerungszahlen in den jeweiligen Bundesländern machen deutlich, dass das auch eine Frage der Haltung ist. Im Jahr 2015 lag die Einbürgerungsquote in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern unter 1 Prozent. Die höchsten Einbürgerungsquoten hatten Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg, letzteres mit 2,3 Prozent, was sicherlich mit der Einbürgerungskampagne der Landesregierung zusammenhängt. Je nach Bundesland werden Ermessensspielräume anders genutzt. Das hängt offensichtlich mit der politischen Haltung der jeweiligen Regierungen zusammen.

Ausgrenzungsmechanismen am Beispiel Bildung

Nicht nur die Einbürgerungspraxis, sondern auch das Bildungssystem zeigt deutlich, welche Folgen die Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppe hat.

Der „hohe Ausländeranteil“ an einer Schule gilt als Schlagwort, um eine Schule und ihre Schülerinnen und Schüler zu stigmatisieren. Begriffe wie „Brennpunkt“, „Schulversagen“, „Gewaltpotenzial“, „Überforderung“, „Sprachdefizite“ folgen in der Regel.

Sicher ist, dass die Gruppe von Kindern und Jugendlichen mit einer (manchmal zugeschriebenen) Zuwanderungsgeschichte an deutschen Schulen benachteiligt ist. Diese jungen Menschen erreichen statistisch gesehen schlechtere Schulabschlüsse und brechen die Schule häufiger ab.

2015 verließen mehr als doppelt so viele Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Schule ohne Abschluss wie Deutsche (11,8 Prozent gegenüber 5 Prozent). Schülerinnen und Schüler mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit erlangen durchgehend niedrigere Abschlüsse als ihre gleichaltrigen deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. Noch immer beenden fast doppelt so viele Ausländerinnen und Ausländer wie Deutsche die Schullaufbahn mit einem Hauptschulabschluss. Nur 15 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule mit allgemeiner Hochschulreife gegenüber 35,9 Prozent der Deutschen.

Was auf den ersten Blick wie ein Versagen dieser Kinder und Jugendlichen bzw. deren Familien aussieht, ist in Wahrheit ein Versagen des Schulsystems. Im Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wird attestiert, dass die Kinder von Zugewanderten „unter Vorurteilen und sachlich ungerechtfertigten Zuschreibungen wie etwa einer niedrigeren Leistungsfähigkeit“ leiden. Die Migrantisierung der Kinder und Jugendlichen macht sie anfällig für diskriminierende Strukturen innerhalb des (Schul-) Systems.

Neben den notwendigen strukturellen Gegenmaßnahmen zur Überwindung dieser Misere – wie zum Beispiel eine spätere Aufteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen, eine Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten, eine Ausweitung der kostenlosen Förderangebote – ist es notwendig, dass die Stigmatisierung und Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen innerhalb des (Aus-)Bildungssystem offen diskutiert wird, um Lösungsvorschläge unterbreiten zu können. Die Gesellschaft muss sich außerdem endlich mit dem Thema Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzen. Auch hier gibt es immensen Nachholbedarf.

„Diese Einbürgerungspolitik ist auch der Grund dafür, dass Millionen von Menschen keinen Zugang zu den Wahlurnen haben und von demokratischen Rechten ausgeschlossen sind.“



Liebe für und Verantwortung gegenüber der Familie reichen nicht aus, das Versprechen einzuhalten, dass spätestens die zweite Generation bessere Chancen bekommt.

Foto: Paritätischer in Bayern

Armut als Ergebnis

Die schlechte Ausgangslage im Bildungssystem hat Auswirkungen auf die Stellung im Arbeitsmarkt und generell auf die Armutssituation der Menschen. Die Diskriminierung und die Herrschaftsverhältnisse, die aus der Migrantisierung entstehen, haben konkrete Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stellung und den Chancenhorizont sehr vieler Personen.

Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, sind statistisch gesehen ärmer als die Gesamtbevölkerung. Laut Mikrozensus lag die Armutsgefährdungsquote bei den zugewanderten Menschen und ihren Nachkommen im Jahr 2015 bei 27,7 Prozent, während sie bei der restlichen Bevölkerung bei 12,5 Prozent lag. Bei den Kindern unter sechs Jahren liegt die Quote bei 31,1 Prozent gegenüber 13,7 Prozent, was eine Differenz von mehr als 17 Prozentpunkten bedeutet: Jedes dritte Kind der Gruppe der zugewanderten ist von Armut bedroht. Bei der Untergruppe mit eigener Mobilitätserfahrung betrifft es fast jedes zweite Kind (49,2 Prozent).

Politik spielt ein gefährliches Spiel

Der erste Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung und zur Einbindung der Menschen in die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse ist eine Entkulturalisierung der Integrationspolitik. Integrationspolitik soll Sozialpolitik sein und sich nicht nur auf die Vermittlung von Sprache und vermeintlich deutschen Werten konzentrieren (bei der gute nachbarschaftliche Beziehungen und menschliche Freundschaften als „Dialog der Kulturen“ umgedeutet werden), während auf der anderen Seite an allen Schrauben der sozialen Ausgrenzung gedreht wird. Beispiel hierfür sind der vollständige Ausschluss bestimmter Gruppen von Personen aus den Leistungen des SGB II und SGB XII, die Verschärfungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Aussetzung der Familienzusammenführung für sogenannte subsidiär geschützte Menschen u.a.

Hier spielt die Politik ein gefährliches Spiel. Zum einen werden gesetzliche Anpassungen und Erneuerungen versprochen, die die Einwanderung nach Deutschland neu regulieren sollen. Diese Anpassungen reglementieren aber im Kern nur den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften. Zum anderen werden Verschärfungen angekündigt, die den Zuzug von allen anderen Menschen eindämmen soll, insbesondere aus angeblichen fremden Kulturen.

Das Thema Einwanderung wird bei den Bundestagswahlen eine entscheidende Rolle spielen, wie schon beim Brexit-Referendum oder bei den Wahlen in den USA. Eine Gruppe von Menschen wird als Sündenbock für die Arbeitslosigkeit, die Kriminalität, den Wohnungsmangel und vieles mehr deklariert. Diese Gruppe kann sich sehr schwer dagegen wehren, da sie seit Jahrzehnten selbst ausgegrenzt wird, die meisten Personen der Gruppe die Staatsangehörigkeit nicht besitzen und daher kein ernsthaftes Wählerpotential bilden. Der Fokus auf diese Gruppe droht alle anderen Politikbereiche verblassen zu lassen. Es geht nicht mehr um Renten, Sozialwohnungsbau, Finanzierung der Kommunen, Kinderarmut, Umweltschutz, Umverteilung von Reichtum, Bankenregulierung oder Bildungspolitik, sondern um diffuse Sorgen, um eine vermeintlich deutsche (Leit-)Kultur und um einen konstruierten Kampf der Kulturen und Religionen. Am Ende dient dieser Diskurs nur den radikalen Gruppierungen – den islamistischen wie den rechtsextremen.

Gelebtes Willkommen: Patenschaften schaffen Verbindungen



Patenschaften erleichtern Integration

hilft sich auch mal abzugrenzen, der aber auch korrigierend eingreifen kann, wenn das Engagement zu viel wird. Sie organisiert Patentreffen und Veranstaltungen zum gemeinsamen Austausch. Besonders was die Bürokratie angeht, ist professionelle Unterstützung notwendig, damit aus Sorglosigkeit nicht versehentlich eine falsche Beratung wird, was negative Folgen auch für die Geflüchteten haben kann. Ein fehlerhaft begonnenes Praktikum und der Zoll steht vor der Tür.

Vernetzung im Sozialraum erhöht Wirkung

Das Patenprojekt von Startklar ist vor Ort sehr gut vernetzt und arbeitet mit den Sozialämtern, den Jugendämtern, den Ausländerbehörden der Landratsämter, mit den Verwaltungen und Rathäusern der verschiedenen Gemeinden, mit den Jobcentern, den Asylsozialberatungen und den Helferkreisen zusammen. Außerdem gibt es gute Kontakte zu den vor Ort ansässigen Betrieben, um Praktika oder Ausbildungsstellen vermitteln zu können.

Paten zu finden sei schwieriger geworden. „Die Paten fliegen nicht zu. Das geht nur über eine direkte Ansprache“, erzählt Britta Schätzel. Das sei in der Stadt etwas einfacher als auf dem Land. Viele der Paten sind bereits engagiert, z.B. im Helferkreis. Das macht es leichter, sie für eine Patenschaft zu mobilisieren. Allerdings schrumpfen die Helferkreise. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind zunehmend

Fotos auf den folgenden Seiten: Britta Schätzel (Patenprojekt von Startklar Soziale Arbeit gGmbH), Helga Huber (Startklar Soziale Arbeit gGmbH) und Paritätischer in Bayern

Eineinhalb Jahre nach dem Sommer, in dem tausende Flüchtlinge täglich nach Deutschland kamen, sind noch viele Freiwillige in der Flüchtlingshilfe aktiv. Die Hilfsangebote wurden professionalisiert, aber immer noch wirkt das Engagement überwiegend in Lücken, in denen es sonst kaum Angebote gibt. Das Patenprogramm des Bundesfamilienministeriums „Menschen stärken Menschen“ setzt genau hier an. Freiwillige erhalten durch diese organisierte Form der Hilfe eine gewisse Struktur und fachliche Unterstützung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist einer der Programmträger. Im vergangenen Jahr ermöglichte der Paritätische in Bayern den Aufbau von 112 „Patenschafts-Tandems“.

Die „Startklar Soziale Arbeit“ gGmbH hat im Rahmen dieses Bundesprogramms 40 schriftliche Patenvereinbarungen abgeschlossen. Insgesamt werden im Patenprojekt von „Startklar“ 72 Patinnen und Paten in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein betreut, die sich um mehr als 80 Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber kümmern. Einige Paten sind selbst Flüchtlinge.

Britta Schätzel, Sozialarbeiterin und Soziologin, organisiert das Patenprojekt in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein. Die Patinnen und Paten und die betreuten Asylbewerber können sich an sieben Tagen in der Woche an sie wenden und erhalten von ihr professionelle Unterstützung. Die Paten brauchen fachlichen Austausch und den Kontakt nach außen – jemanden der unterstützt, der

frustriert, weil die Menschen, um die sie sich kümmern, von Abschiebung bedroht sind, oder weil ihnen, nachdem sie erfolgreich in Arbeit integriert wurden, die Arbeitserlaubnis entzogen wurde.

Die Projektleiterin legt großen Wert darauf, dass es bei den Patenschaften um ein Ehrenamt und nicht um professionelle Sozialarbeit geht – auch wenn es für viele gerade volljährig gewordene Asylbewerber die einzige Unterstützung ist, die sie bekommen. Die Paten bestimmen selbst, wie viel Zeit sie einbringen, was sie mit den meist jungen Menschen gemeinsam unternehmen. Sie ermöglichen einen Kontakt zum normalen Alltag. Sie kochen zusammen, gehen spazieren, schwimmen, machen Mannschaftssport wie Fußball oder Volleyball zusammen, lernen gemeinsam oder helfen den Geflüchteten bei der Suche nach einem Praktikum oder einer Ausbildungsstelle.

Durch das Bundesprogramm können auch Sachkosten finanziert werden, zum Beispiel Freizeitaktivitäten oder Dolmetscher. Die gesamten Kosten des Projekts sind durch das Bundesprogramm bei Weitem nicht gedeckt. Für die professionelle Begleitung braucht es Personal – und das kostet. Zur Aufgabe der Projektleiterin gehört es daher, Spenden einzusammeln, was mit einem hohen Zeitaufwand verbunden ist.



Innovationskraft durch Patenschaften

Durch das Patenprojekt sind bereits neue Projekte in den Gemeinden entstanden, zum Beispiel eine Cricketmannschaft in Kirchan-schöring oder eine Metallwerkstatt zur Beschäftigung von Flüchtlingen. Das Patenprojekt hat damit auch eine strukturelle Entwicklungskraft für das Gemeinwesen. „Für solche wichtigen zivilgesellschaftlichen Projekte braucht es die Möglichkeit einer Regelfinanzierung“, so Britta Schätzkel. Sie regt an, ein Ministerium für Stadtentwicklung, Inklusion und Bürgerschaftliches Engagement zu schaffen, denn diese drei Bereiche sind von herausragender Bedeutung, wenn es um eine gute Zukunft des Zusammenlebens in Deutschland geht.

Aus spontan wird strukturiert: Von losen Helferkreisen zu Patenprojekten

Patenprojekte wie „Menschen stärken Menschen“ bieten Engagierten aus selbstorganisierten Helferkreisen eine professionelle Struktur und Unterstützung. Lose Helferkreise werden durch Patenprojekte zunehmend umstrukturiert. Es entstehen Verantwortungs- und Aufgabenbereiche für einzelne Geflüchtete. Um sie und ihre Familien herum entstehen teilweise ganze Unterstützerkreise. Aus der Notversorgung wird Beziehungsarbeit. Der Paritätische Gesamtverband ist seit Beginn einer der Vergabepartner im Programm. Die Landesverbände fördern mit einem Sockelbetrag Mitgliedsorganisationen, die Patenprojekte in ihrer Region anbieten. So können notwendige Rahmenbedingungen für Engagement geschaffen werden, wie Austauschtreffen, Fahrtkostenerstattung, Versicherungsschutz und gegebenenfalls Fortbildungen. Für 2017 sind auch von Landesebene fachliche Austauschtreffen geplant. 2017 wird der Landesverband bis zu 200 Patenschaften mit jeweils 200 Euro unterstützen. Auch in 2018 soll es weitergehen, eine erste Evaluation hat bereits stattgefunden. Mitgliedsorganisationen, die für 2017 noch am Programm interessiert sind, können sich beim Referat Bürgerschaftliches Engagement melden:

monika.nitsche@paritaet-bayern.de



Im Rahmen des Programms „Menschen stärken Menschen“ wurden im Jahr 2016 folgende Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern gefördert:

- **Verein für Fraueninteressen e.V.** mit dem Projekt JUNO
- **Nachbarschaftshilfe Seefeld e.V.**, MehrGenerationenHaus
- **Sozialteam-Soziotherapeutische Einrichtungen** für Niederbayern gemeinnützige GmbH
- **Startklar Soziale Arbeit gGmbH**, ehem. Startklar Jugendhilfe gGmbH
- **Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Unterfranken**, eigene Patenprojekte in Schweinfurt, Aschaffenburg, Würzburg

„Wir schaffen Verbindungen. Ohne die geht nichts.“

Faryal Ashiq aus Pakistan macht ein Praktikum im Salon von Friseurmeister Dirk Huber. Sie schaut interessiert über die Schulter und berichtet von ihrer Ankunft in Bayerisch Gmain: „Nur Berge, wenig Menschen.“ Die ausgebildete Kosmetikerin kommt aus einer Millionenmetropole.

Faryal Ashiq lebt seit 16 Monaten mit ihrer Familie in der Gemeinschaftsunterkunft in Freilassing. Sie warten auf eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über ihren Asylantrag. Da Pakistan nicht zu den Ländern mit „sicherer Bleibeperspektive“ zählt, hat Faryal Ashiq keinen Zugang zu einem finanzierten Deutschkurs oder einem Integrationskurs und erhält keine Beschäftigungserlaubnis. Dementsprechend spricht sie wenig deutsch. Ihre Kinder sind acht und fünf Jahre alt. Eines geht in die Grundschule, das andere in den Kindergarten. Die beiden sprechen bereits sehr gut deutsch. Oft dolmetschen sie für ihre Mutter.

Das Praktikum darf sie nur machen, wenn sie dabei kein Geld verdient. Und wenn der richtige Antrag beim richtigen Amt gestellt wird. Susanne Aigner, ihre Patin, kümmert sich darum, dass der Praktikumsvertrag rechtzeitig beim Landratsamt vorliegt. Seit drei Monaten treffen sich die beiden regelmäßig. Sie unterstützt Faryal Ashiq dabei, Anschluss an einen normalen Alltag in Deutschland zu bekommen. Susanne Aigner arbeitet auch hauptamtlich für den Jugendhilfeträger. „Für mich ist es sehr spannend, durch die Patenschaft die ehrenamtliche Seite kennenzulernen“, erzählt sie. Dadurch habe sie die Bürokratie noch einmal ganz anders kennengelernt, dort wo sie zum Hindernis wird. Sie möchte gern Frauen unterstützen, die oft im Hintergrund bleiben. „Wir schaffen Verbindungen. Ohne die geht nichts.“ So hat sie auch das Praktikum organisiert. Der Friseurmeister Dirk Huber bietet Faryal Ashiq die Möglichkeit, in das Friseurhandwerk zu schnuppern. Er spricht von Sprachbarrieren, der Bürokratie, den Grenzen seiner Möglichkeiten. Als die Anfrage kam, hat er sofort zugesagt. Er betreut auch noch einen afghanischen Praktikanten, der gern eine Ausbildung zum Friseur machen möchte. Und die Kunden? „Sie haben durch die Bank positiv und interessiert reagiert“, erzählt Dirk Huber.

Ehrenamtlich arbeiten dürfen Flüchtlinge mit „geringer Bleibeperspektive“ übrigens auch. Das macht Faryal Ashiq. Sie kocht regelmäßig bei „KONTAKT“, dem Bürgerzentrum und Mehrgenerationenhaus in Freilassing, um gebraucht zu werden, um Anerkennung zu bekommen, Deutsch zu lernen und um andere Menschen zu treffen. Zum „Netzwerken“, fasst Faryal Ashiq zusammen und spricht das Wort perfekt aus.



„Safaa ist der Boss!“

Doris von der Ropp begleitet als Patin die Familie Al Mahayri seit ihrer Ankunft in Kirchanschöring vor einem Jahr. Kurz nach der Ankunft starb der schwerkranke Vater nach einer über fünf Jahre dauernden Flucht, mit den letzten aufreibenden Stationen in Passau, München, Garmisch, München, Inzell, und letztlich Kirchanschöring im Landkreis Traunstein. Wenigstens am Ende seines Lebens wurde er palliativ versorgt. Die Patin hat ein Netzwerk rund um die Beerdigung des Vaters mobilisiert und damit in kürzester Zeit eine dem religiösen Ritus entsprechende Beisetzung in Kirchanschöring organisiert.

Anfangs war Doris von der Ropp häufiger bei der Familie. Sie hilft bei kleineren und größeren Problemen, sie ist Ansprechpartnerin der Lehrer des jüngsten Sohnes, begleitet bei offiziellen Terminen. Ihr Mann Arved von der Ropp hat sie und die Familie nach Deggendorf zur Anhörung gefahren. Er übernimmt öfter Fahrdienste für die Familie und für andere Flüchtlinge zum Sport oder zum Sprachkurs, weil die öffentliche Verkehrsanbindung schwierig ist. Mangelnde Mobilität erschwert die Integration.

„Mangelnde Mobilität erschwert die Integration.“

Heute kommt Doris von der Ropp seltener in die Familie. Sie gibt den jungen Männern auch mal etwas „Zunder“, wenn es nötig ist. „Safaa, die Mama, hat es nicht gelernt, auch mal auf den Tisch zu hauen“, erzählt sie. Sie stärkt und stabilisiert die Mutter persönlich und in ihrer verantwortlichen Mutterrolle, macht ihr Komplimente, fordert aber auch ihr Durchsetzungsvermögen gegenüber den (fast) erwachsenen Söhnen ein. In der Gemeinschaftsunterkunft, einer

Doppelhaushälfte, leben neben ihr und ihren drei Söhnen fünf weitere junge syrische Männer. Als einzige Frau besteht die Gefahr, dass sie von den Männern ausgenutzt wird. Doris von der Ropp hilft, gemeinsame Regeln für das Zusammenleben auf engstem Raum zu finden. Die erste Regel lautet: „Safaa ist der Boss!“

Alaa, der älteste Sohn, hat mittlerweile sehr gut Deutsch gelernt. Er ist hochmotiviert, aber zum Nichtstun und Abwarten verdammt. Er wartet seit Wochen auf einen neuen Sprachkurs. Allein das ist schon eine Herausforderung im ländlichen Raum.

Damit überhaupt ein Kurs auf C1 Niveau zusammen kommt, braucht es eine Mindestteilnehmerzahl, die im Landkreis aktuell nicht er-

„Er braucht eine klare, haltgebende Tagesstruktur, die er nicht hat. Er braucht psychologische Unterstützung, die es dort nicht gibt.“

reicht ist. In einer Großstadt wäre das kein Problem. Und dann braucht es die Möglichkeit, zum Kursort zu gelangen. Er fährt viel Fahrrad. Er schwimmt gern. Im letzten Sommer hat er zwei Jungen das Leben gerettet, bevor der Bademeister reagieren konnte. Sie hatten auf Arabisch um Hilfe gerufen und niemand hat sie verstanden.

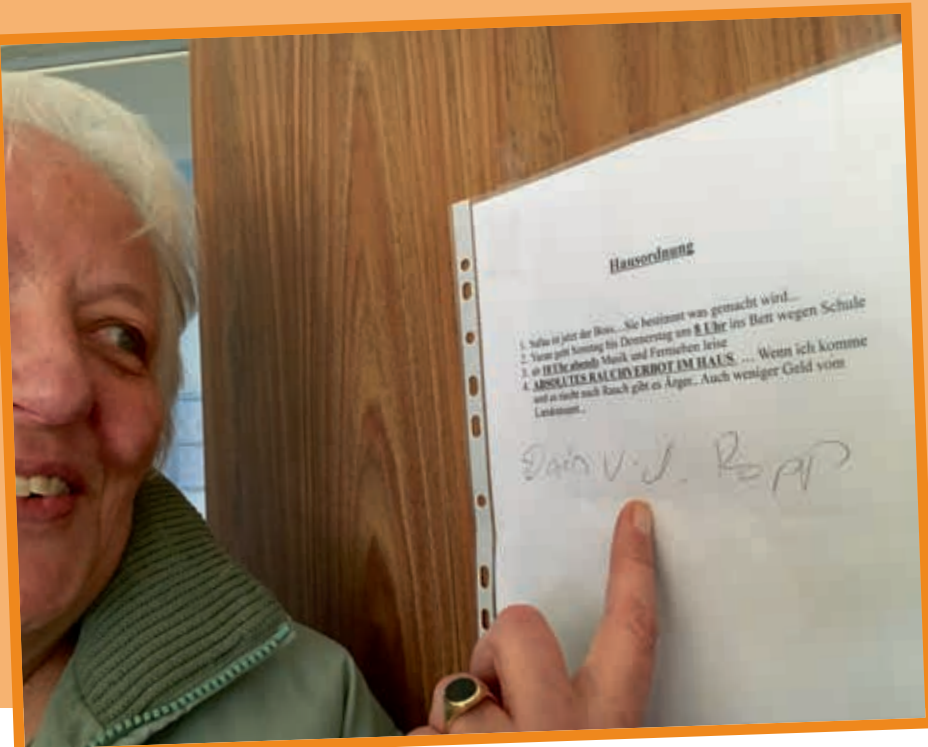


Überhaupt ist Alaa recht sportlich. Fußball, Fitness, „Hop-Hop“ – so die Mutter. Der junge Mann verbessert lächelnd und meint „Hip-Hop“. Die Beschäftigung lenkt ihn ab. Er macht Termine selbst und braucht weniger Unterstützung. Doris von der Ropp berichtet: „Wir kommunizieren über WhatsApp. Sie sollen ja selbständig werden. Ich habe eine erwachsene Tochter, da habe ich gelernt loszulassen. Aber: Wenn etwas ist, dann bin ich da.“

„Er ist hochmotiviert, aber zum Nichtstun und Abwarten verdammt.“

Der mittlere Sohn hat große Schwierigkeiten, sich zurechtzufinden. Die fünfjährige Flucht, die in die Zeit seiner Pubertät fiel, und der Tod des Vaters belasten ihn sehr. Neben der Unterstützung durch das Patenprojekt bekommt er keine spezielle Jugendhilfeförderung, auf die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Anspruch haben. Psychische Schwierigkeiten und Probleme sind trotz engagierter Unterstützung quasi vorprogrammiert. Es gab Probleme in der Schule, die er in der Konsequenz verlassen musste. Er braucht eine klare, haltgebende Tagesstruktur, die er nicht hat. Er braucht psychologische Unterstützung, die es dort nicht gibt.

Belastend für die Familie ist, dass bereits ein Teil einen Flüchtlingsstatus hat und ein Teil noch im Asylverfahren ist. Den Jahreswechsel gemeinsam mit den älteren Geschwistern zu feiern, die in Holland leben, scheiterte daran, dass der jüngste Sohn Yazan Deutschland nicht verlassen darf. Doris von der Ropp ist froh, dass sie eine syrische Familie betreut, die in Deutschland bleiben darf – wenn auch unklar ist wie lange. Für Paten, die sich um afghanische Flüchtlinge kümmern, sei die Situation sehr belastend.



„Wir sind auch Menschen!“

Kricket in Kirchanschöring: Das Team gibt es schon länger. Seit Kurzem ist der 25-jährige Ali Raza, ein engagierter Mann aus Pakistan, der neue Trainer des Teams. Der Sportverein wird für sein Cricket-Team durch das Bundesprogramm „Integration durch Sport“ gefördert. Organisiert hat das eine Freiwillige im Patenprojekt. Ali Raza hat bereits als Kind Cricket gespielt und war der Käpt'n seiner Dorfmannschaft. Erste Erfolge gibt es schon: Ab April spielt das Kirchanschöringer Cricket-Team in der Bayernliga.

Ali Raza ist nicht nur ehrenamtlicher Trainer. Er hilft auch im Helferkreis bei Übersetzungen für Asylbewerber aus Pakistan und ist selbst als Pate im Patenprojekt aktiv. Er kümmert sich um einen jüngeren Landsmann, begleitet ihn zu Ärzten oder zum Anwalt und hilft ihm beim Lernen der deutschen Sprache. Er selbst wartet auf das Zustandekommen eines C1 Kurses. Der Kurs wäre ein weiteres Ticket für seine berufliche Laufbahn, denn er möchte gern studieren.

„Rechtsunsicherheiten und bürokratische Hürden bei der Einstellung von Geflüchteten werfen viele Fragen auf und verunsichern die Unternehmen.“

Ali Raza arbeitet als Gießereimechaniker bei der Firma Mafo in Teisendorf, einem mittelständischen Zulieferer in der Mobilitätsbranche. Er lebt seit drei Jahren in Deutschland, hat einen Hauptschulabschluss und hier mit einer Ausbildung angefangen. Währenddessen hat die IHK seine pakistanische Ausbildung anerkannt.

„Der Anfang war schwer. Die haben nur bayerisch geredet. Der Chef hat den Kollegen gesagt, ‚Ali ist neu hier, kümmert euch um ihn‘. Die Meister sind sehr nett. Jetzt geht es auch gut.“ Die Fachterminologie ist ihm bereits jetzt geläufig und er spricht von seiner Tätigkeit für das Unternehmen immer von „wir“. Aber er erwähnt auch – beiläufig – wann es Schwierigkeiten in der Kommunikation gibt: wenn Zeitdruck im Arbeitsalltag herrscht.

Was so einfach anmutet, ist ein Prozess, der zufällig klappen kann, aber eben auch nicht. Bei Ali Raza und der Firma Mafo hat alles gepasst. Rechtsunsicherheiten und bürokratische Hürden bei der Einstellung von Geflüchteten werfen viele Fragen auf und verunsichern die Unternehmen. Die Kammern beraten hier gut. Kompetenzfeststellungsverfahren und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssen jedoch vereinfacht werden. Auch die Verfahrensgebühren und

teilweise sehr hohen Kosten der Dokumentenbeschaffung bilden häufig hohe Hindernisse im Anerkennungsverfahren. Und nicht zuletzt

sollten die Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung bzw. die Förderung der beruflichen Weiterbildung besser zugänglich gemacht werden, um den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Ali Raza hat Glück, dass er im Landkreis Berchtesgadener Land lebt. Hier wird die Weisung des bayerischen Innenministers zugunsten der Flüchtlinge ausgelegt, und auch Menschen ohne gute Bleibeperspektive erhalten eine Beschäftigungserlaubnis. Ali Razas Erlaubnis läuft noch bis August. Sie muss jedes Jahr neu beantragt werden. Im benachbarten Landkreis Traunstein wird die Weisung restriktiv ausgelegt. Vielen gut integrierten Flüchtlingen wurde die Beschäftigungserlaubnis entzogen. Sie wurden von einem Tag auf den anderen arbeitslos und sind seitdem zum Nichtstun verdammt. Ausbildungen werden nicht mehr genehmigt. Das ärgert die ehrenamtlichen Paten und die Helferkreise maßlos, die sich unermüdlich für die Integration der Flüchtlinge eingesetzt haben. Ali Raza macht diese Politik traurig: „Wir Asylsuchenden sind genauso Menschen wie anerkannte Flüchtlinge!“

Ali Raza ist bekannt in der Gemeinde. Über ihn wird in der Zeitung berichtet. Sehr angetan davon ist auch Karl-Heinz Schörghofer, einer der drei Vorstände der Mafo Systemtechnik AG: „Das Engagement von Ali Raza finden wir sehr beachtlich. Ali ist sehr bescheiden. Wir haben erst aus der Zeitung davon erfahren.“

Ali Raza möchte auch etwas für Pakistan erreichen. Sein neuestes Engagement ist ein Schulprojekt in seinem Heimatdorf. Wenn Dorfversammlungen stattfinden, wird er nach Möglichkeit per Skype zugeschaltet. Sein Dorf stellt ihm einen Bauplatz zur Verfügung. In Kirchanschöring wird jetzt für den Bau der Schule gesammelt. Die schaffen das!



Ali Raza ist Gießer, Crickettrainer und Pate

„Ich bekomme viel zurück.“

Eugen Tites betreut als ehrenamtlicher Pate eine achtköpfige Familie aus Afghanistan. Selbst vor vielen Jahren aus Rumänien nach Deutschland gekommen, weiß er, was es bedeutet, seine Heimat zu verlassen und an einem neuen Ort wieder Fuß zu fassen. Seine eigene Migrationsgeschichte war aber nicht ausschlaggebend für sein Ehrenamt. „Daran ist der Bürgermeister schuld. Die Gemeinde und viele mir fremde Menschen haben mir bei der Hochwasserkatastrophe geholfen. Jetzt möchte ich etwas zurückgeben“, erzählt Eugen Tites.

Und er gibt viel. Sein Ehrenamt ist beinahe ein Hauptamt. Pro Tag ist er mehr als vier Stunden ehrenamtlich aktiv. Jeden Tag ist er bei der Familie. Weihnachten haben sie selbstverständlich zusammengefeiert. Er findet eine Spielgruppe für den zweijährigen Sohn, weil die Kitas keine Plätze haben. Für den Kindergarten der vierjährigen Tochter und die Schule der älteren Kinder ist er der wichtigste Ansprechpartner. Er sorgt dafür, dass die Läusebehandlung richtig durchgeführt wird, weil die Eltern die Packungsbeilage nicht verstehen – weil sie nicht lesen können und kein Deutsch sprechen. Er hat einen Integrationskurs für den Vater organisiert, der erstmal einen Alphabetisierungskurs braucht. Die älteste Tochter möchte mit nach Salzburg ins Skilager der Schule fahren. Dafür organisiert er die Genehmigung. Er kümmert sich um die Post und verwaltet den Familienkalender.

Für die elfjährige Natschma hat er eine Hausaufgabenhilfe organisiert. Sie ruft ihm zu, dass in zwei Wochen Tag der offenen Tür in der Realschule



ist. Sie geht in die vierte Klasse und bei ihr steht der Übertritt an. Eugen Tites erzählt, dass die Kinder schnell mitbekommen haben, dass die Realschule besser ist als die Mittelschule, die die älteste Tochter besucht. Natschma lernt eifrig, um den Übertritt zu schaffen. „Ich lerne viel dabei und bekomme viel zurück“, erzählt Eugen Tites, der langsam an die Grenze des ehrenamtlich Leistbaren kommt. Sein Engagement ist ein Beispiel dafür, wo ein Ehrenamtlicher Aufgaben übernimmt, für die es professionelle Unterstützung durch das Jugendamt geben müsste.

Familienvater Hasan weiß die Hilfe sehr zu schätzen und hilft als „Chefmechaniker“ in der Fahrradwerkstatt, die Eugen Tites ehrenamtlich für die Flüchtlinge organisiert. Anfangs waren noch Euro-Jobs möglich, diese sind aktuell ausgesetzt. Die Flüchtlinge helfen trotzdem weiter mit. Neben der Patenschaft und der ehrenamtlichen Arbeit in der Fahrradwerkstatt ist er noch im Helferkreis aktiv. Dort merkt er, dass das Engagement rückläufig ist. Die Stimmung im Helferkreis hat sich gewandelt, berichtet Eugen Tites: „Viele sind frustriert und sauer. Sie haben sich um Flüchtlinge gekümmert und ihnen geholfen, in Deutschland Fuß zu fassen. Dann wird ihnen die Arbeitserlaubnis entzogen oder sie erhalten keine Aufenthaltsgenehmigung. Man wird um die Früchte seiner Arbeit betrogen. Manche sagen, dass sie nicht mehr kommen wollen. Andere bleiben einfach weg. Ich habe Glück gehabt, weil meine afghanische Familie bleiben darf.“

„Manchmal frage ich mich: Warum soll ich lernen, wenn ich nicht weiß, ob ich bleiben darf?“

Hashmatullah Achekzai (18 Jahre) aus Afghanistan und Ayad Alfalahi (19 Jahre) aus dem Irak sind vor mehr als einem Jahr als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Sie wurden zunächst in einem Clearinghaus von Startklar betreut. Jetzt leben beide in einer Gemeinschaftsunterkunft. Hashmatullah Achekzai wurde an seinem 18. Geburtstag verlegt, Ayad Alfalahi kurze Zeit danach. Für beide war der Wechsel von einer betreuten Jugendhilfeeinrichtung in eine Gemeinschaftsunterkunft mit erwachsenen Asylbewerbern sehr belastend. Ayad Alfalahi: „Ich dachte nur, ich will hier raus. Immer wieder bin ich traurig.“ Mittlerweile haben sich beide arrangiert. Hashmatullah Achekzai stört am meisten der Lärm in der Gemeinschaftsunterkunft, weil er ihn vom Lernen abhält.

„Das lange Warten und die vielen Ablehnungsbescheide bei anderen Flüchtlingen zermürben und machen ihnen Angst.“

In der Gemeinschaftsunterkunft sind die beiden auf sich gestellt. Ayad Alfalahi schildert: „In der Unterkunft gibt es eine Asylsozialberatung. Die ist noch nicht da, wenn ich in die Berufsschule gehe. Wenn ich wieder komme, ist sie nicht mehr da.“ Die Strukturen für Geflüchtete sind nicht auf die Lebenswirklichkeit der jungen Männer abgestimmt.

Unterstützung haben die beiden durch Patinnen erhalten, die über das Patenprojekt von Startklar vermittelt wurden. Da es kein Übergangsmanagement zwischen Jugendhilfe und der Selbstständigkeit ohne Betreuung gibt, füllt das Patenprojekt eine Lücke.

Hashmatullah Achekzai und Ayad Alfalahi sind sehr ehrgeizig. Sie lernen viel Deutsch und haben Zukunftspläne. Hashmatullah Achekzai spricht sechs Sprachen. Er lernt jeden Tag 50 neue deutsche Vokabeln, die er auf kleine Karten geschrieben und immer in der Tasche hat. So lernt er selbst an der Bushaltestelle. „Ich möchte Zahntechniker werden“, erzählt er. Seine Patin Inge Neumann hat ihm eine Praktikumsstelle bei einem Zahntechniker besorgt. Ayad Alfalahi macht gerade ein Praktikum im Büro von „Startklar“. Mit seiner Patin Heike lernt er Deutsch. Er bringt ihr dafür Arabisch bei. Er kann sie jederzeit anrufen, wenn er Probleme hat. Seine große Leidenschaft ist das Angeln. Er war im Irak Fischer und möchte hier unbedingt den Angelschein machen. Er hat einen Kurs besucht, ist aber das erste Mal in der Prüfung durchgefallen, weil er

mit dem Computer nicht zurechtkam. Dank seiner Patin steht jetzt ein PC in seinem Zimmer, an dem er üben kann. Ayad Alfalahi hat selbst auch eine Patenschaft übernommen für einen jüngeren Flüchtling, dem er das Schwimmen beibringt.



Ayads und Hashmatullahs Achekzai größter Wunsch ist es, endlich eine Anerkennung zu erhalten. Das lange Warten und die vielen Ablehnungsbescheide bei anderen Flüchtlingen zermürben und machen ihnen Angst. Der wissbegierige Hashmatullah Achekzai fragt sich manchmal: „Warum soll ich lernen, wenn ich nicht weiß, ob ich hier bleiben darf? Ich möchte gern in Deutschland bleiben. Nach Afghanistan gehe ich auf keinen Fall wieder zurück.“



„Ich bin in Sicherheit.“

Foto: Eva Schramm

und hat mit meinem Vater gesprochen. Aber mein Vater fand das nicht so schlimm. Am Abend hat meine Mutter zu mir gesagt: „Abdullah, Du bist der einzige Junge, wir müssen einen Weg finden, dass du überleben kannst.“ Denn viele Kinder sind gestorben und weggenommen worden. Mein Vater wollte nicht, dass ich weggehe, aber meine Mutter hat ihm das nicht erzählt. Meine Mutter hat dann ihre Sachen verkauft und alles organisiert, dass ich weggehen kann. Meine Mutter hat für mich ein Handy gekauft, dass ich sie jederzeit anrufen kann. Ich wollte nach Europa gehen. Egal wo, Hauptsache ich kann ein gutes Leben haben.

Meine Flucht:

Am 06.07.2012, mit 14 Jahren, habe ich mein Zuhause verlassen. Ohne meine Familie. In Deutschland angekommen bin ich über ein Jahr später, am 02.12.2013. Manche Menschen sind vier oder fünf Jahre auf der Flucht.

Wir sind mit einem großen Auto ungefähr drei Tage nach Äthiopien gefahren und haben immer draußen geschlafen. Im Auto konnten wir nicht schlafen, weil es so heiß und eng war. Wir haben während der Fahrt wenig Essen gekriegt. Wir wollten nur überleben.

In Addis Abeba waren wir ungefähr zwei Wochen. Dann mussten wir weiter in den Sudan, aber es war schwierig über die Grenze zu kommen, weil die Soldaten die Grenze kontrolliert haben. Wir haben zwei Monate gewartet, und konnten nicht raus gehen, damit man uns nicht sieht. In einer Nacht hatten wir die Chance, über die Grenze zu gehen. Wir waren einen Monat in der Hauptstadt vom Sudan. Dort haben wir eine Jacke und eine Brille gekriegt für die Sahara. In der Sahara ist es am Abend sehr kalt und am Tag sehr heiß. Am Tag sieht man fast gar nichts, weil es so hell ist. Wir sind mit 27 Personen mit einem Jeep gefahren. Es war ganz eng. Ich habe immer meine Mutter angerufen und erzählt, wie es mir geht und wo ich gerade bin.

Ich bin Abdullah!

Erlebnisbericht eines Flüchtlings

Abdullah, 18 Jahre alt, kommt aus Somalia und lebt seit drei Jahren in Deutschland. Hier berichtet er über seine Erlebnisse in der Heimat, die monatelange Flucht und das Ankommen in Bayern.

Ich bin Abdullah aus Somalia. Meine Flucht nach Deutschland hat über ein Jahr gedauert und 3000 Euro gekostet. Das ist meine Geschichte. Sie aufzuschreiben ist wichtig für mich. Ich hoffe aber, dass meine Geschichte auch anderen helfen kann, weil sie Mut macht. Weil es mir heute gut geht.

Über mich:

Ich komme aus Somalia in Ostafrika und bin 18 Jahre alt. Ich bin seit drei Jahren in Deutschland. Ich besuche gerade die Altenpflegeschule und lerne Altenpflegehelfer. Mein Ziel ist, dass ich examiniert werde.

Mein Leben in Somalia:

In Somalia habe ich mit meiner Mutter und meiner Familie in der kleinen Stadt Biyaade gelebt. Meine Familie war nicht ganz arm und hatte immer etwas zu essen. Ich war vier Jahre

in der Schule. Mein Vater wollte, dass ich danach mit 13 auf die Privatschule gehe. Ihm war wichtig, dass ich den Koran richtig lerne. Am Anfang habe ich viel gelernt. In der ganzen Stadt waren die Privatschulen der islamistischen al-Shabaab. Auch der Chef von meiner Schule war dabei. Er hat geschaut, welche Kinder stark sind. Mit 16 hat er den Kindern Jacken gegeben. Wenn man diese Jacke hat, wird man ein oder zwei Monate später abgeholt und dann muss man irgendwo kämpfen. Mein Vater wollte, dass ich die Sachen aus dem Koran lerne, aber nicht, dass ich kämpfe. In der Schule haben sie gesehen, dass ich wache Augen habe und wollten, dass ich kämpfe. An einem Tag haben die dann mit der Regierung gekämpft und gegeneinander geschossen. Ich habe das alles gesehen. Ich bin zu meiner Mutter gelaufen und habe alles erzählt. Meine Mutter war sehr schockiert

Auf der Flucht zahlst du alles Geld auf einmal. Wenn du es in der Tasche hast, nimmt man Dir das Geld weg. Die schreiben alles auf, was Du isst und was Du brauchst und rechnen alles zusammen ab. Als Kind muss man weniger bezahlen, weil man weniger Platz braucht und weniger isst. In der Mitte der Sahara mussten wir aber wieder Geld bezahlen. Ich habe gleich meine Mutter angerufen, sonst hätte ich nicht weiterfahren können. Am nächsten Tag ist mein Geld gekommen. Viele Leute waren traurig, weil sie kein Geld hatten. Manche waren Monate da. Die Frauen sind da oft vergewaltigt worden. Gott sei Dank habe ich das nicht gesehen, sondern gehört. Die Frauen erzählen das nicht. Die Leute sagen zu den Frauen am Abend: „Komm mit, Du kriegst was zu essen“ und nehmen die Frau mit und machen, was sie wollen.

Am Ende der Wüste mussten die Erwachsenen noch mehr Geld bezahlen. Ich habe meine Mutter angerufen und meine Tante hat das Geld aus Mogadischu geschickt. Wir wollten weiter nach Tripolis, aber der Fahrer hat Angst gehabt. Er hat gesagt „wir machen Pause“ und ist einfach verschwunden.

Wir waren alleine und es war kalt und wir hatten viel Durst. Der Fahrer hat die Polizei angerufen, weil wir sonst gestorben wären. Dann musste ich vierzehn Tage in den Knast. In Libyen war ich insgesamt fast ein Jahr.

Ich habe nochmal Geld gebraucht für das Boot. Das war zwölf Meter lang und auf dem Boot waren 120 Leute. Wir sind ungefähr eine dreiviertel Stunde gefahren, dann ist das Boot untergegangen. Der Mann, der alles organisiert hat, wusste, dass das Boot untergeht, weil es kaputt war. Er wusste, dass die Leute sterben, wenn er nicht die Polizei ruft. Die Polizei hat uns wieder nach Tripolis gebracht. Ich war da wieder im Knast, aber da ist es leicht rauszukommen. Die Leute wollen nur Geld haben, dann kannst Du rausgehen.

Dann kam ich in eine Stadt, wo die ganzen Afrikaner sind, die nach Europa wollen. Ich habe nochmal meine Mutter angerufen und nach Geld gefragt, um ein neues T-Shirt zu kaufen und was zu essen. Du hast ja immer nur ein T-Shirt. Meine Mutter hat nochmal Geld

geschickt, auch für das Boot. Das war am 25.07.2013. Wir sind mit 125 Leuten mit einem 12-Meter Boot gefahren. Wir waren drei Tage unterwegs. Wir wurden von Soldaten erwischt. Sie haben uns Essen und Wasser gegeben und Rettungswesten. Wir mussten auf denen ihr Schiff und sind noch weiter gefahren. Dann mussten wir mit einem großen Bus weiterfahren in einen Knast. Der war sehr groß. Da war ich einen Monat und zehn Tage.

Irgendwann im September bin ich rausgekommen in eine Flüchtlingsunterkunft. Ich wollte aber weiter, wohin, wo ich ein gutes Leben bekommen kann. Ich habe Geld von meiner Mutter bekommen und mir eine Fahrkarte gebucht. Das war Ende 2013 und ich bin mit einem Bus nach Prien gefahren. Ich wusste nicht, dass ich in Deutschland bin. Dort hat uns die Polizei angehalten. Ich habe gesagt „ich bin Refugee“ und die haben gleich gemerkt, dass ich minderjährig bin. In Deutschland war es sehr kalt. Ich habe eine Nacht bei der Polizei übernachtet, dann hat mich das Jugendamt abgeholt.

Meine Zeit in Deutschland:

Als ich in Deutschland angekommen bin, war ich 15 Jahre alt. Meine ersten dreieinhalb Monate in Deutschland habe ich im Clearinghaus 2 von „Startklar“ verbracht. Ich habe dort viele Sachen gelernt: Wie man in der Früh aufsteht und in die Schule geht. Wie man die deutsche Sprache schreibt, wie man kocht und was man machen muss, wenn man zuhause ist. Also dass man Wäsche und Haushalt machen muss und dass man um 10 Uhr ins Bett gehen muss, wenn man in der Früh aufstehen muss.

Ich konnte einige Zeit in einer Wohngruppe von Startklar leben. Ich hatte gute Mitbewohner und nette Betreuerinnen. Wir haben uns gut verstanden. Wir waren am Anfang in der WG vier Jungs und alle beschäftigt mit der Schule und so Sachen. Es hat mir gut gefallen, weil ich das Gefühl hatte, dass ich jetzt was erreiche. Ich hab das durchgezogen. Es war mein

Ziel, dass ich so lange in der WG bleibe, bis ich meinen Abschluss und eine Ausbildungsstelle habe. Das habe ich geschafft.

Für mich war das, was ich gelernt habe, wichtig. Die Betreuer haben uns gezeigt, wie wir das machen können und wie wir das schaffen. Sie waren zu uns nett, wie eine Familie. Ich hab von den Betreuern gelernt, wie ich weiterkomme und vor allem, dass ich mit meinen Paten weitermache.

Ich bin ausgezogen, als ich bemerkt habe, dass ich meine eigenen Sachen machen kann. Es sind so viele Sachen, die man sieht und dann halt einfach übernimmt. Und es sind viele Sachen, die mir jetzt helfen. Am meisten die Sprache, weil ich jeden Tag mit Betreuern und mit den anderen Jugendlichen reden und Spaß machen musste. Ich hab mich auch verbessert, z.B. beim Schreiben und wie man am besten lernen kann. Am 30.9.2016, am Freitag, bin ich ausgezogen. Ich habe mir gedacht: „Wenn du weiterkommen willst, ist das für dich wichtig. Du bist jetzt in Deutschland, du bist in Sicherheit, du fühlst keinen Stress mehr“.

Wie es mir heute geht:

Mir geht's jetzt 100 Prozent super. Die Schule läuft super. Die Probezeit habe ich bestanden und die Sachen, die wir jetzt lernen sind nicht so schwierig, weil ich letztes Jahr viel gelernt habe. Wenn es schwierig wird, dann versuche ich, mir eine Hilfe zu suchen: Meine Paten oder meinen Qualipaten oder die Betreuer in der WG. Ich habe im Moment keine Arbeitserlaubnis. Ich will aber gerne schnell arbeiten und Geld verdienen und nicht Geld von Deutschland bekommen. Ich bin stolz auf mich, dass ich jetzt vieles selber machen kann, dass ich selbstständig bin. Ich habe meine Zeit genutzt, die ich in der WG war. Ihr habt an mich geglaubt.

Abdullah S. mit Hilfe von Eva Schramm ■

**„Ich wollte nach Europa gehen.
Egal wo, Hauptsache ich kann
ein gutes Leben haben.“**

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Kinder- und Jugendhilferecht

Alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft – haben das gleiche Recht auf den Zugang zu notwendigen und geeigneten Hilfen!

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ So lautet der erste Paragraph im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII). In der UN Kinderrechtskonvention ist festgelegt, dass einem Flüchtling derselbe Schutz zu gewähren ist, wie jedem anderen Kind. Auch die Genfer Flüchtlingskonvention schließt sich dem an und führt aus, dass Flüchtlingskinder grundsätzlich die gleiche Behandlung wie Staatsangehörige des Aufnahmestaates genießen.

Vor diesem rechtlichen Hintergrund ist schwer nachvollziehbar, warum unbegleitete minderjährige Flüchtlinge grundsätzlich anders behandelt werden sollen als deutsche Jugendliche mit vergleichbarem Bedarf. Das fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) seit längerem. Für den Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg ist „unser Jugendhilferecht weder auf die große Zahl noch auf die besonderen Bedürfnisse der Unbegleiteten zugeschnitten, die meist 16- und 17-jährigen jungen Männer gelten in ihren Herkunftsländern schon als Erwachsene. Sie brauchen vor allem Sprachunterricht, Ausbildung und eine betreute Wohngruppe und oft nicht das sozialpädagogische Maximalprogramm.“ So wurde er am 2. April in der „Welt“ zitiert. Unterstützung bekommt der DStGB vom bayerischen Finanzminister Markus Söder. „Die Kosten müssen runter“, fordert er. Nicht jeder Jugendliche sei traumatisiert und brauche die besondere Betreuung durch die Jugendhilfe.

Das Lobbying war scheinbar erfolgreich. Am 12. April 2017 hat das Bundeskabinett dem Regierungsentwurf zur Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zugestimmt. Die Pläne der Bundesregierung ermöglichen den obersten Landesjugendbehörden, mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden der Träger der freien Jugendhilfe Rahmenverträge speziell die Leistungen für unbegleitete ausländische junge Menschen betreffend abzuschließen. Vom Abschluss dieser Verträge und deren Beachtung hängt die Kostenerstattung ab. Künftig können die Länder die Kostenerstattungen an Kommunen einstellen, wenn es keine gesonderten Rahmenverträge für Spezialeinrichtungen für Flüchtlinge gibt.

Paritätischer in Bayern kritisiert Kabinettsbeschluss

Bisher gibt es eine Gleichbehandlung in der Leistungsfinanzierung für deutsche und ausländische Kinder. Es steht zu befürchten, dass, wenn der neue Paragraph 78 des Regierungsentwurfs SGB VIII so bleibt, wie er jetzt im Entwurf steht, das Land Bayern den Kommunen die Kosten für die Unterbringung nur noch dann erstattet, wenn die jungen Flüchtlinge ausschließlich in Spezialeinrichtungen betreut werden, für die entsprechende Rahmenverträge bestehen. Die Folge wäre, dass sich die Unterbringung nicht nach ihren individuellen Bedarfen, sondern nach Flüchtling oder nicht Flüchtling richtet. Denn die Vereinbarungen nach § 78b Abs. 1, auf die sich diese Rahmenverträge beziehen sollen, können nur einrichtungsbezogen und nicht personenbezogen abgeschlossen werden. Dagegen setzt sich der Paritätische in Bayern ganz entschlossen ein.

Jugendhilfe-Angebote müssen sich nach dem Hilfebedarf der Jugendlichen richten, der in einem Hilfeplanverfahren festgestellt wird, und dürfen nicht nach Kategorien wie Flüchtling oder nicht Flüchtling gewährt werden.

„Mit einer solchen Entscheidung werden Kinder und Jugendliche minderen Rechts geschaffen“, kritisiert der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers. Konsequenz dieser Regelung wäre ein Zweiklassen-System in der Kinder- und Jugendhilfe.

Margit Berndl, Vorstand des Paritätischen in Bayern, kritisiert die geplante Änderung „als eine Diskriminierung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge“.

Der individuelle Bedarf muss im Mittelpunkt stehen

Das Unterbringungsangebot sollte immer am individuellen Bedarf und an der Unterstützung ausgerichtet werden, die notwendig ist, damit sich Kinder und Jugendliche im Sinne des Paragraph 1 SGB VIII entwickeln können. Es handelt sich bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nicht um eine homogene Gruppe Jugendlicher. Sie kommen aus kulturell, religiös und sozial verschiedenen Herkunftsländern und Familien. In ihren Heimatländern und auf der Flucht haben sie unterschiedlich prägende Erfahrungen gemacht. Auch wenn sie es geschafft haben, nach Deutschland zu flüchten,

„Die Folgekosten einer misslungenen Integration werden sehr viel höher sein als eine gute Betreuung von Anfang an.“



Dieses Bild wurde in einer Einrichtung für unbegleitete junge Flüchtlinge fotografiert.
Foto: Paritätischer in Bayern

haben sie dadurch nicht automatisch Fähigkeiten erworben, die ihnen helfen zu wissen, welches Verhalten in welchem Kontext in Deutschland erwartet wird. Sie brauchen Unterstützung um zu verstehen, wie das deutsche Bildungssystem funktioniert und zu wissen, was ihre Rechte und Pflichten sind. Je nach Kulturkreis, aus dem sie stammen, sind Regeln des alltäglichen Umgangs miteinander völlig verschieden, zum Beispiel das Verhalten gegenüber Homosexuellen. Auch friedliches Lösen von Konflikten muss teilweise erst erlernt werden. Ziel ist es, den jungen Menschen möglichst bald zu verselbstständigen. Dazu braucht es ausreichend Unterstützung und diese erfordert entsprechende Rahmenbedingungen, wie z.B. ausreichende personelle Ressourcen. Diese Unterstützung ist aber je nach Unterbringungsangebot unterschiedlich und muss zum Bedarf des Jugendlichen passen.

Auch der Übergang in eine berufliche Zukunft, die ihnen eine eigenständig finanzierte Existenz ermöglicht, ist ohne adäquate Begleitung äußerst schwierig. Bis zu welchem Alter kann ein Schulabschluss nachgeholt werden? Welche Unterlagen werden benötigt, um eine Arbeit aufnehmen zu können? Wer ist wann der geeignete Ansprechpartner? Neben diesen Fragen schwingen immer die existentiellen Fragen mit: Kann ich hier bleiben? Wie lange noch? Wie geht es der Familie im Heimatland? Werde ich meine Eltern und Geschwister je

wiedersehen? Diese Fragen und das oftmals große Heimweh belasten die Jugendlichen teilweise erheblich.

Bekannt ist auch, dass etwaige Traumatisierungen sich nicht von Beginn an zeigen, sondern vielmehr erst zeitversetzt offenbar werden, wenn sich die Jugendlichen sicher fühlen. Die Personalausstattung in Einrichtungen des Jugendwohnens reicht nicht um derartige Bedarfe aufzufangen.

Kosten müssen langfristig betrachtet werden

So individuell, wie die prägenden Erfahrungen dieser Jugendlichen sind, so individuell müssen auch die Angebote der Unterbringung und der pädagogischen Begleitung sein. In einem Clearingverfahren bzw. im Hilfeplanverfahren muss der individuelle Bedarf ermittelt und auf dessen Grundlage über die geeignete Unterbringung entschieden werden. Dabei stehen unterschiedliche Angebote je nach Bedarf zur Verfügung. Zeigt sich, dass der Jugendliche auch mit einem geringeren Betreuungsschlüssel und einer weniger intensiven Unterbrin-

gung ohne erzieherischen Anspruch gut zu Recht kommt, reicht ein entsprechend geringeres Hilfsangebot. Hier kann eine Unterbringung im Jugendwohnen die richtige Wahl sein, wenn sich der Betreffende in schulischer oder beruflicher Ausbildung befindet und keinen erzieherischen Bedarf mehr hat.

Begonnene Integrationsprozesse sollten verstetigt werden. Sind die jungen Flüchtlinge noch nicht in der Lage, ihr Leben selbstständig zu meistern, müssen Hilfen auch über die Volljährigkeit hinaus entsprechend des konkreten Hilfebedarfs gewährt werden. Abbrüche der Hilfsmaßnahmen stellen bisherige Erfolge infrage.

Die jetzt geplante Regelung verletze den Gleichheitsgrundsatz, kritisiert der Paritätische Gesamtverband. Es dürfe kein Unterschied zwischen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und in Deutschland geborenen Kindern und Jugendlichen gemacht werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband wird die Beratungen des Gesetzentwurfs kritisch begleiten und sich dafür einsetzen, dass diese geplante Änderung nicht umgesetzt wird.

„Die Folgekosten einer misslungenen Integration werden sehr viel höher sein als eine gute Betreuung von Anfang an“, so Margit Berndt.

Moe ■

„Deutschland hat die Tür für uns aufgemacht, damit wir hier besser leben können.“

Interview mit Mahmud Alharnawi, einem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling, und Marianne Wanninger, seiner Betreuerin.

Der 17-jährige Mahmud Alharnawi aus Syrien lebt in einer Wohngruppe des „Kinderschutz München“ in Markt Indersdorf gemeinsam mit acht anderen Jugendlichen. Er kommt aus Rakka, der inoffiziellen Hauptstadt des IS, wo er einige Zeit im Gefängnis des IS war.

Beim Personalschlüssel von 6,08 Stellen kümmern sich fünf Hauptamtliche tagsüber um die Jugendlichen, der Rest ist mit Fachkräften im Abend- und Nachtdienst besetzt. Marianne Wanninger ist die Leiterin der Wohngruppe, die es seit Januar 2015 gibt.

Der Paritätische: Seit wann leben Sie in Deutschland und wie war Ihr erster Eindruck, als Sie ankamen?

Mahmud Alharnawi: Ich bin am 31. Juli 2015 nach Deutschland gekommen. Eigentlich wollte ich weiter nach Dänemark, wo ein früherer Mitschüler lebt. Anfangs war es für mich schwierig in Deutschland, weil ich niemanden kannte. Ich bin oft nach München rein gefahren, um Freunde aus der Bayernkaserne zu treffen. Jetzt habe ich Freunde hier aus der Schule und über den „Kinderschutz“.

Der Paritätische: Haben Sie noch Familie in Syrien?

Mahmud Alharnawi: Meine Mutter lebt noch mit meinen Schwestern dort. Mein Vater ist gestorben. Mein Bruder lebt mittlerweile in Dortmund. Er kam ein paar Monate nach mir mit meinem Onkel, Tante und Cousins nach Deutschland. Ein Cousin lebt in Mühldorf.



Foto: Paritätischer in Bayern

Marianne Wanninger: Es sind oft die ältesten Söhne, die nach Europa kommen. Viele stehen unter großem Druck, dass sie Geld nach Hause schicken sollen. Die Familien haben viel Geld gezahlt, um dem Ältesten die Flucht zu ermöglichen. Telefonate nach Hause werfen die Jugendlichen oftmals zurück.

Der Paritätische: Wie sieht Ihr Alltag hier aus?

Mahmud Alharnawi: Ich lerne sehr viel. Die deutsche Sprache. Und für die Schule. Ich gehe in die 9. Klasse. Im Sommer mache ich meinen Schulabschluss. In der Wohngruppe kochen wir zusammen. Ich wasche meine Wäsche selbst. Mittwochs ist Sozialtraining. Mal treffe ich meine Freunde. Für anderes, Sport zum Beispiel, habe ich keine Zeit, weil ich viel lerne.

Marianne Wanninger: Die Jungs sind sehr dankbar, dass sie lernen dürfen. Sie brauchen eine verlässliche Tagesstruktur, das gibt ihnen Halt damit sie abgelenkt sind. Zu viel Freiheit in einem Land, das sie nicht kennen, tut ihnen nicht gut. Über ihnen hängt immer das Damoklesschwert der Ablehnung. Besonders die Afghanen haben große Angst. Sie schlafen schlecht, ihnen fällt es zunehmend schwer Perspektiven für sich zu sehen.

Der Paritätische: Sind Sie religiös und können Sie in Deutschland Ihre Religion praktizieren?

Mahmud Alharnawi: Ich bin Muslim. Ich feiere die muslimischen Feiertage, Ramadan zum Beispiel. Ich war in Deutschland noch nicht in einer Moschee. Weihnachten fand ich super. Wir

waren mit der Klasse dreimal in der Kirche. Ich möchte von Ethik in den Religionsunterricht wechseln, um mehr über den christlichen Glauben zu erfahren.

Marianne Wanninger: Den Jugendlichen muss klar sein, dass in Deutschland verschiedene Religionen nebeneinander Platz haben. Toleranz müssen sie erst lernen. Deshalb ist ein Ausgleich zwischen den Ethnien innerhalb der Wohngruppen sehr wichtig.

Der Paritätische: Was gefällt Ihnen in Deutschland?

Mahmud Alharnawi: Ich finde es total cool, dass Konflikte mit Worten und nicht mit Schlägereien gelöst werden. Und dass man bei der Polizei eine Anzeige machen kann und die sich kümmert. Ich habe mir im Internet ein billiges Handy gekauft. Nachdem ich das Geld bezahlt habe, wurde das Handy nie geschickt. Jetzt wurde der Betrüger gefasst.

Der Paritätische: Haben Sie negative Erfahrungen in Deutschland machen müssen?

Mahmud Alharnawi: In Markt Indersdorf habe ich keine negativen Erfahrungen gemacht. Die Nachbarschaft ist sehr freundlich. Unsere Wohngruppe hat ein Grillfest gemacht, zu dem auch einige Nachbarn gekommen sind. Nach dem Anschlag in Berlin wurde ich seltsam angeschaut. Der Anschlag tat mir weh. Ich hoffe, dass sowas nicht wieder passiert. Ich bin vom Krieg weggegangen. Deutschland hat die Tür für uns aufgemacht, damit wir hier besser leben können, und was machen die? Für mich ist das ganz schwierig.

Der Paritätische: Fühlen Sie sich gut betreut in Deutschland? Hatten Sie auch mal Probleme mit den Behörden?

Mahmud Alharnawi: Bisher hat alles gut geklappt. Die Anträge vom Jugendamt wurden immer bewilligt. Zweimal im Monat bekomme ich eine Fahrkarte nach Mühldorf bezahlt, damit ich meinen Cousin besuchen kann. An meinem 17. Geburtstag hatte ich meine Anhörung. Da warte ich noch auf einen Bescheid.

Der Paritätische: Frau Wanninger, wo braucht es aus Ihrer Sicht mehr Unterstützung?

Marianne Wanninger: Sprache ist das A und O für Integration. Da braucht es mehr Unterstützung, zum Beispiel durch ehrenamtliche Helfer. Viele der Jugendlichen sind traumatisiert. Ein Junge aus Eritrea war sechs Jahre lang auf der Flucht. Mahmud hat jetzt einen Therapieplatz angeboten bekommen, aber es gibt zu wenige. Auch die Ausstattung mit pädagogischen Fachkräften ist zu gering, es braucht adäquate Betreuungsschlüssel, damit der individuelle

Hilfebedarf für die Klienten gut abgedeckt werden kann. Dies sollte vor den Kosten für eine Hilfeform gehen.

Da es auf dem Markt zu wenig pädagogisches Fachpersonal gibt, sollte es schnelle und qualifizierte Angebote für Quereinsteiger geben zur Nachqualifizierung in dieser Hinsicht.

Bei gesundheitlicher Versorgung mahlen die bürokratischen Mühlen sehr langsam. Die Behörden fühlen sich nicht zuständig. Die Ärzte können ohne Schein nicht abrechnen. Probleme gibt es vor allem bei Fachärzten, zum Beispiel beim Augenarzt oder Zahnarzt.

Der Paritätische: Was wünschen Sie sich für Ihre Zukunft?

Mahmud Alharnawi: Mein größter Wunsch ist, dass meine Familie nach Deutschland kommt. Ansonsten möchte ich viel lernen und eine Ausbildung als Sozialpfleger machen. Ich möchte gern älteren Menschen helfen.

Das Interview führten Melanie Mönnich und Susann Engert ■



Der **KINDERSCHUTZ MÜNCHEN** wurde **1901** gegründet. Er ist anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Träger von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sowie Vormundschafts- und Betreuungsverein mit Sitz in München.

Der **KINDERSCHUTZ MÜNCHEN** trägt mit seiner Arbeit dazu bei, Kinder, Jugendliche und ihre Familien **vor sozialer Ausgrenzung und seelischer Vernachlässigung zu schützen** und die Lebenschancen benachteiligter und von Ausgrenzung bedrohter Menschen zu verbessern.

In beinahe allen seiner **über 50 Einrichtungen** werden je nach Belegungsnachfrage der Jugendhilfeträger auch Flüchtlingskinder, unbegleitete minderjährige Jugendliche oder junge erwachsene Flüchtlinge betreut. In den stationären Erziehungsangeboten sind vier von fünf Wohngruppen mit mindestens einem Anteil an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen belegt. Im Bereich Vormundschaften sind heute **rund 60 Prozent** der Klienten minderjährige Flüchtlinge. Ziel ist hierbei immer die bestmögliche Hilfe zu einer erfolgreichen Integration. Mehr Information auf **www.kinderschutz.de**

Thema Abschiebung gewinnt zunehmend an Bedeutung in der Flüchtlingspolitik

Politische Signale stehen auf weitere Verschärfung – trotz vorläufigem Abschiebestopp nach Afghanistan

(3) § 58 Absatz 1b, § 59 Absatz 8, § 60 Absatz 1 bis 5 und 7 b anzuwenden.

§ 58 Abschiebung

(1) Der Ausländer ist abzuschieben, wenn die Ausreisepflicht wurde oder diese abgelaufen ist, und die freiwillige Erfüllung Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Über Bei Eintritt einer der in § 59 Absatz 1 Satz 2 genannten Voraussetzungen der Abschiebung des Ausländer vor deren Ablauf abgeschoben werden.

(1a) Vor der Abschiebung eines unbegleiteten minderjährige dass dieser im Rückkehrstaat einem Mitglied seiner Familie,

Der Paritätische setzt sich seit vielen Jahren für Menschen ein, die aufgrund ihrer unsicheren Aufenthaltsperspektive nur einen unzureichenden Zugang zu Teilhabe- und Integrationsmöglichkeiten haben. Die 2015 eingeführte stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz wurde vom Verband deshalb ausdrücklich begrüßt. Sollte sich doch mit deren Einführung die Situation langjährig Geduldeter endlich verbessern. Die Erfahrung aus der Praxis zeigt jedoch, dass die Bleiberechtsregelung bisher viel zu zurückhaltend angewendet und zu eng ausgelegt wird, sodass die meisten ausreisepflichtigen Personen weiterhin mit der drohenden Abschiebung leben müssen.

Erweiterung der Abschiebemöglichkeiten selbst für schwer traumatisierte Flüchtlinge untergräbt das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Statt die gesetzlichen Regelungen für das Bleiberecht so anzuwenden, dass es die größtmögliche Wirkung für Geduldete erzielt, gewinnen in der politischen Debatte die Themen Abschiebung, Rückführung und die sog. Freiwillige Rückkehr an Bedeutung. Bereits mit der Einführung des Asylpakets II (beschleunigte Asylverfahren) im März 2016 wurden die Möglichkeiten der Abschiebung erweitert. Von Abschiebungen ist nach dem Aufenthaltsgesetz eigentlich abzuwenden, wenn dem Betroffenen eine konkrete Gefahr droht. Durch das Asylpaket II wird der Begriff der „konkreten Gefahr“ definiert: Sie liege nur bei einer lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankung vor. Existiert eine sogenannte „inländische Gesundheitsalternative“, ist also die Behandlung in mindestens einem Teil des Zielstaats gewährleistet, darf abgeschoben werden. In der Gesetzesbegründung wird zudem behauptet, dass Posttraumatische Belastungsstörungen

(PTBS) nicht als schwerwiegende Erkrankung anzusehen seien und diese damit kein Abschiebungshindernis darstellen würden. Die Bundespsychotherapeutenkammer hält dem entgegen, dass es sich bei PTBS sehr wohl regelmäßig um eine schwerwiegende Erkrankung handeln würde. Die Regelungen seien „fachlich nicht fundiert, inhuman und lebensgefährdend.“ Aber nicht nur eine nicht behandelte PTBS kann im Herkunftsland im schlimmsten Fall zum Suizid führen – auch andere schwerwiegende Krankheiten können unbehandelt lebensbedrohlich sein. Außerdem wird seit März 2016 grundsätzlich gesetzlich vermutet, dass der Abschiebung keine gesundheitlichen Gründe entgegenstehen. Der Amtsermittlungsgrundsatz der Behörden wird damit ausgehebelt und die Betroffenen müssen selbst der Abschiebung entgegenstehende Gründe nachweisen. Dies kann nur durch eine qualifizierte ärztliche Bescheinigung geschehen. Psychologische Gutachten sind explizit davon ausgenommen, stellen also kein Gutachten dar, das gegen eine Abschiebung sprechen könnte. Zugleich müssen Betroffene ärztliche Bescheinigungen unverzüglich vorlegen. Verletzt der Betroffene die Pflicht zur unverzüglichen Vorlegung des Attests, muss die Behörde etwaige gesundheitliche Probleme nicht mehr berücksichtigen. In der Praxis ist das kaum möglich, derart schnell ein qualifiziertes ärztliches Gutachten der Behörde vorzulegen. Die Regelung untergräbt das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen kaum vereinbar. Beispielhaft steht dafür der Fall eines Afghanen, der schon 2003 nach Deutschland kam. Hier bedurfte es einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, um die Abschiebung des schwer traumatisierten, aber dennoch gut integrierten Mannes, im letzten Moment – der Betroffene war bereits auf dem Weg zum Flughafen München – zu stoppen.

„Erfolgreiche Flüchtlingspolitik kann nicht an der Zahl der abgeschobenen oder zurückgekehrten Menschen gemessen werden.“

Bis sich die Sicherheitslage in Afghanistan deutlich verbessert hat, sollte die Abschiebung dorthin unterbleiben

Ohnehin erscheint es angebracht, angesichts des Berichts des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) zu Afghanistan vom Januar dieses Jahres, generell auf Abschiebungen dorthin zu verzichten. Wie UNHCR feststellte, ist trotz einer deutlich verschlechterten Sicherheitslage die Gesamtschutzquote afghanischer Asylanträge von bundesweit 78 Prozent (2015) auf ca. 60 Prozent (2016) gesunken. Und das, obwohl durch die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) in der ersten Jahreshälfte 2016 1.601 zivile Todesopfer und 3.565 verletzte Zivilpersonen dokumentiert wurden. Dies entspricht einem Anstieg um vier Prozent gegenüber der absoluten Zahl von Opfern im Verhältnis zum ersten Halbjahr 2015. Afghanistan ist für Zivilpersonen so unsicher wie schon seit 2009 nicht mehr. Da sich die Faktengrundlage in den letzten Monaten deutlich verändert hat, kommt UNHCR deshalb auch zu dem Schluss, dass „bei einem bereits länger zurückliegenden negativen Abschluss eines Asylverfahrens somit häufig Anlass bestehen wird, eine neue Ermittlung des Schutzbedarfs vorzunehmen“.

Der verheerende Anschlag in Kabul nahe der deutschen Botschaft am 31. Mai 2017 mit mehr als 150 Todesopfern hat wieder einmal gezeigt, dass Afghanistan nicht sicher ist. Der Paritätische in Bayern begrüßt, dass auch die Bundesregierung endlich zu dieser Einsicht gekommen ist und die Abschiebungen nach Afghanistan zumindest teilweise ausgesetzt hat.

Große Besorgnis über Eskalation in der Abschiebep Praxis

Lange zeigten die politischen Signale aus Bayern und der Bundesebene in eine ganz andere Richtung. Im Januar kündigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann an, dass das Land sich weiterhin konsequent an Rückführungen des Bundes nach Afghanistan beteiligen werde und kritisiert gleichzeitig Schleswig-Holstein für dessen Abschiebestopp nach Afghanistan. Im Februar 2017 hielt auch die Bundeskanzle-

rin Angela Merkel die Rückführung für „die wichtigste Herausforderung der Migrationspolitik“. Gemeinsam mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer wurde am 9. Februar 2017 ein 15-Punkte-Plan zur effektiveren Abschiebung abgelehnter Asylsuchender verabschiedet, der in den im gleichen Monat vorgelegten Referentenentwurf eines „Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ eingeflossen ist.

Besorgt zeigt sich der Paritätische in Bayern über die Eskalation in der Abschiebep Praxis wie an einer Nürnberger Berufsschule in der letzten Maiwoche. Sie führte zu großer Verunsicherung und einem Gefühl der Ohnmacht – bei den betroffenen Flüchtlingen, bei den Mitschülerinnen und Mitschülern, bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei den ehrenamtlich Engagierten und den Hauptamtlichen in der Flüchtlingshilfe. Mit großer Sorge sieht der Paritätische in Bayern wie dadurch Vertrauen in die Politik und in den Staat und seine Institutionen verloren geht. Zudem wird die Spaltung der Bevölkerung verschärft.

Die aktuellen politischen Diskussionen vermitteln den Eindruck, dass alle Personen, über deren Asylantrag negativ entschieden wurde, auch tatsächlich abgeschoben werden könnten – wenn sie es nicht selbst verhinderten. Tatsächlich wissen die in der Flüchtlingsarbeit tätigen Organisationen, dass es zahllose, nicht selbst verschuldete Gründe gibt, aufgrund derer eine Abschiebung nicht möglich ist.

Der einzelne Mensch muss wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden

Aus Sicht des Paritätischen ist es Zeit, die Lebenssituation des Einzelnen in den Mittelpunkt der aktuellen Diskussion zu stellen. Erfolgreiche Flüchtlingspolitik kann nicht an der Zahl der abgeschobenen oder zurückgekehrten Menschen gemessen werden. Entscheidend ist vielmehr, ob in jedem Einzelfall in einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren geprüft wurde, ob ein Schutzbedarf besteht und falls dies nicht der Fall ist, ob Abschiebehindernisse existieren. Dabei sollten bereits erbrachte Integrationsleistungen, wie die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes stärker berücksichtigt werden.

Beim Thema Rückkehr muss die Sicherheit und Würde des einzelnen garantiert werden. Dazu gehört, dass niemand in Länder zurückgeführt wird, in denen Bürgerkrieg herrscht oder sonstige Gefahren für Leib oder Leben der Rückkehrer bestehen.

Auch in der Abschiebep Praxis müssen Kriterien der Humanität gelten, fordert der Paritätische in Bayern. Junge Flüchtlinge aus den Klassenzimmern zu holen oder mitten in der Nacht aus Flüchtlingsunterkünften ist inhuman und erzeugt Angst und Verunsicherung bei allen, die das mit ansehen müssen. Die Geflüchteten haben oft keinerlei Gelegenheit, sich von Freunden und Bekannten zu verabschieden. Geschützte Orte müssen akzeptiert werden; dazu zählen auch Schule und Ausbildungsplatz. Dass die Mitschüler des jungen Afghanen in Nürnberg sich mit ihm solidarisiert haben, war eindrucksvoll und zeigt, dass es viele Menschen in Bayern gibt, die sich gegen diese rigide Abschiebepolitik und -praxis stellen. Das Einlenken der Bundesregierung belegt, dass der Protest gewirkt hat.

Se ■

Integration von Flüchtlingen: Zwischen Willkommen und Abgrenzung

Widersprüchliche Politik der Bayerischen Staatsregierung erschwert Integration

Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern

Das geringfügig überarbeitete Grußwort hat Margit Berndl am 22. Februar 2017 in Würzburg gehalten beim Fachtag „Alle gehören dazu – Kulturelle Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt gestalten“.

„Wir möchten sicher und in Frieden leben!“ Das antwortete Alaa, ein junger syrischer Flüchtling, auf die Frage, was sein größter Wunsch für seine Familie ist. Außerdem möchte er einen C1-Deutschkurs machen, denn er möchte gern studieren, damit er für seine Mutter und seine Geschwister sorgen kann. „Alaa ist sehr wissbegierig. Er fragt mir ständig Löcher in den Bauch“, erzählt Doris von der Ropp, die die Familie als Patin seit ihrer Ankunft in Kirchanschöring begleitet.

Familie Al Mahayri war fünf Jahre lang auf der Flucht. Vor eineinhalb Jahren kamen sie nach Deutschland. Fünfmal mussten sie in Bayern ihren Standort wechseln, bevor sie in dem kleinen Dorf in Oberbayern in eine Gemeinschaftsunterkunft zogen. Kaum waren sie dort angekommen, starb der schwerkranke Vater. Vom ersten Tag der Ankunft im Dorf hat sich der Helferkreis um die Familie gekümmert.

Alaa ist 21 Jahre alt. Momentan wartet er darauf, dass er den nächsten Sprachkurs machen kann. Das Warten zermüht ihn. Sein jüngerer Bruder Amer ist gerade 18 geworden und kürzlich von der Schule geflogen. Die Flucht und der Tod des Vaters haben ihn völlig aus der Bahn geworfen. Für eine Therapie fehlt es an Plätzen. Yazan ist der Sonnenschein der Familie. Er geht in die Grundschule im Dorf. Er ist der einzige Flüchtling in der Klasse. Er ist beliebt und wurde in der Klasse gut aufgenommen. Seine Mutter Safaa geht mit der Mutter eines Mitschülers einmal die Woche zum Yoga. Von allen in der Familie ist der neunjährige Yazan am schnellsten in Deutschland angekommen.

Dieses Beispiel zeigt, was für eine erfolgreiche Integration notwendig ist und was sie erschwert.

- Da ist der große Integrationswille, der bei vielen Flüchtlingen sehr ausgeprägt ist. Sie wollen Deutsch lernen, eine Ausbildung machen, arbeiten.
- Für die Integration ist es wichtig, dass die Menschen das Gefühl haben, sicher und in Frieden zu leben, wie es Alaa ausgedrückt hat.
- Viele Menschen haben Schlimmes erlebt. Sie kommen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Deshalb brauchen viele Unterstützung und Begleitung, um bei uns anzukommen und Teil unserer Gesellschaft zu werden.
- Wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist der Spracherwerb, ein Schulabschluss bzw. eine Ausbildung und ein Arbeitsplatz.
- Und schließlich braucht es für eine erfolgreiche Integration die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, Flüchtlinge in ihrer Mitte aufzunehmen. Die ist mindestens genauso wichtig wie der Integrationswille der Flüchtlinge.

1. Die erste Voraussetzung ist Sicherheit.

Das Thema Sicherheit wird in der politischen Debatte unter dem Aspekt der inneren Sicherheit zwar oft in einen Zusammenhang mit Asylbewerbern gestellt. Dass das Gefühl von persönlicher Sicherheit und Perspektive ein wichtiger Erfolgsfaktor für Integration ist, spielt in der politischen Debatte hingegen keine Rolle.

Das Gefühl, in Sicherheit zu sein und eine Perspektive zu haben, angekommen zu sein, ist eine Grundvoraussetzung für Integration. Viele Flüchtlinge leben in großer Unsicherheit. Sie wissen oft nicht, ob und wie lange sie in Deutschland bleiben dürfen, weil nach wie vor die Asylverfahren sehr lange dauern. Sie werden häufig von einer Sammelunterkunft in die nächste geschickt. Familie Al Mahayri war an fünf verschiedenen Standorten untergebracht.

Für Integration braucht es stabile Wohnverhältnisse. Je größer eine Gemeinschaftsunterkunft, umso schwieriger ist es, mit der einheimischen Bevölkerung in Kontakt zu kommen. Umso schwieriger wird die Integration. Deshalb ist es unverständlich, warum die Bayerische Staatsregierung wieder auf große Sammelunterkünfte setzt, statt auf eine dezentrale Unterbringung.

„Für eine erfolgreiche Integration braucht es die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, Flüchtlinge in ihrer Mitte aufzunehmen.“

„Das **Kinder- und Jugendhilfegesetz** gilt für alle Kinder und Jugendlichen **unabhängig** von ihrem Herkunftsland und ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus. Sie müssen nach ihrem individuellen Bedarf **unterstützt** werden und nicht nach ihrem Geburtsdatum.“

Hinzu kommt die Angst vor Abschiebung. In den Medien werden viele Beispiele genannt von gut im Arbeitsmarkt integrierten Flüchtlingen, die abgeschoben werden. Monatlich starten Flieger mit abgeschobenen Flüchtlingen nach Afghanistan. Beamte kommen teilweise mitten in der Nacht, um die Flüchtlinge aus den Unterkünften abzuholen. Das erzeugt Angst bei allen, die das mit ansehen müssen – auch wenn sie selbst noch gar keinen Ablehnungsbescheid haben. Das ist kein menschenwürdiger Umgang, und es ist das Gegenteil von einem Leben in Sicherheit.

Wie sicher Afghanistan ist, zeigt das Beispiel des 23-jährigen Atikullah Akbari, eines aus Bayern nach Kabul abgeschobenen Flüchtlings, der bei einem Terroranschlag in Kabul verletzt wurde. Zynisch ist die Bemerkung des Bundesinnenministers de Maizière, die Bürger seien zwar Opfer aber nicht Ziel der Taliban. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen hebt in seinem Lagebericht hervor, dass sich die Sicherheitslage im ganzen Land seit April 2016 deutlich verschlechtert hat. Der Paritätische fordert deshalb einen Abschiebestopp nach Afghanistan.

Zum Thema Sicherheit gehört auch Verlässlichkeit und Kontinuität. Diese brauchen die Flüchtlinge, aber genauso Unternehmen, Träger sozialer Einrichtungen und Ehrenamtliche.

2. Die zweite wichtige Voraussetzung für Integration ist Begleitung und Unterstützung.

Viele Flüchtlinge brauchen Unterstützung, um sich in Deutschland zu Recht zu finden. Das gilt besonders für Minderjährige. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden in der Jugendhilfe betreut. Kinder und Jugendliche, die mit ihrer Familie geflohen sind, brauchen auch mehr Unterstützung. Ihre Eltern oder andere Verwandte können oft nicht den notwendigen Halt und Orientierung geben, weil sie sich selbst erst einmal halt- und orientierungslos in der Fremde fühlen. Erzieherinnen in den Kindergärten und das Lehrpersonal in den Schulen sind für diese Aufgabe nicht ausreichend ausgestattet. Außerdem fehlt es oft an Zeit, sich auf die individuellen Bedürfnisse der Flüchtlingskinder einzustellen.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz gilt für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem Herkunftsland und ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus. Sie müssen nach ihrem individuellen Bedarf unterstützt werden und nicht nach ihrem Geburtsdatum, denn Bedarfe ändern sich nicht von einem Tag auf den anderen.

Probleme entstehen, wenn sie mit ihrem 18. Geburtstag von einem Tag auf den anderen aus ihrem vertrauten Umfeld herausgerissen werden. Wenn auf eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung in einem geschützten Wohnumfeld gar keine Betreuung in einer Gemeinschaftsunterkunft folgt. Der Abbruch der Schule oder der Ausbildung können die Folge sein. Außerdem besteht die Gefahr, dass sie in die Obdachlosigkeit, Prostitution oder sogar Kriminalität abrutschen oder sich radikalisieren.

Für ältere Asylbewerber gibt es die Asylsozialberatung und die Migrationsdienste. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Beratungsstellen leisten Beachtliches, oft am Rande ihrer Kräfte. Die Kapazitäten in den Beratungsstellen reichen trotz dieses großen Engagements oft nicht aus, um eine angemessene Unterstützung zu gewährleisten.

Ohne das enorme bürgerschaftliche Engagement wäre die Aufnahme der Flüchtlinge an vielen Stellen nicht zu bewältigen. Das Ehrenamt ist zum Teil zum Lückenbüßer in der Flüchtlingshilfe geworden. Bei vielen Helfern ist das Ehrenamt fast schon ein Hauptamt. Das freiwillige Engagement kann und darf aber nicht die professionellen Strukturen ersetzen. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht aus Kostengründen staatliche Aufgaben übernehmen.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen ist wichtig. Hierfür braucht es personelle und finanzielle Ressourcen: für die Akquise von Freiwilligen, deren Anleitung, Supervision und Begleitung. Der Paritätische in Bayern fordert mehr Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen sowohl für Hauptamtliche als auch für Freiwillige.

Ehrenamtliche bilden eine Brücke in die Gesellschaft, z. B. zu Unternehmen. Der persönliche Kontakt hilft, Vorurteile und Ängste abzubauen. Auf dieser Grundlage arbeiten Mentoren- und Patenprojekte, wie das vom Jugendmigrationsdienst des Paritätischen in Aschaffenburg, die ehrenamtlichen Jobcoaches von integrAl-DE in Würzburg oder das Patenprojekt von Startklar in Oberbayern.

„Bürgerschaftliches Engagement darf nicht aus Kostengründen staatliche Aufgaben übernehmen.“

Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen sind in vielen Bereichen der Integration aktiv, besonders in der Jugendhilfe, in der Migrations- und Asylsozialberatung, mit Mentoren- und Patenprojekten.

3. Ganz wesentliche Voraussetzung für gelingende Integration sind Spracherwerb und Qualifizierung.

Das Lernen der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung für Integration. Das fängt schon bei den ganz Kleinen in den Kindertagesstätten an. Je jünger, desto leichter fällt es, die deutsche Sprache zu lernen. Oft werden Kinder zum Dolmetscher für ihre Eltern, weil sie in der Schule eine gute Sprachförderung bekommen. An Bayerns Grund- und Mittelschulen wurden 470 Übergangsklassen eingerichtet, in denen der Spracherwerb im Vordergrund steht.

Erwachsenen Asylbewerbern Deutsch beizubringen, ist eine enorme Herausforderung. Nicht wenige Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, sind Analphabeten. Wie bringt man jemandem Deutsch bei, der in der eigenen Muttersprache nicht schreiben kann, der kaum je eine Schulbildung erhalten hat? Wie sollen diese Menschen fit für den deutschen Arbeitsmarkt gemacht werden?

Wir brauchen mehr und vor allem flächendeckend Deutsch- und Integrationskurse sowie Qualifizierungsangebote. Wichtig ist, dass alle Flüchtlinge so früh wie möglich Integrationsangebote bekommen. Das ist leider nicht der Fall. Flüchtlinge werden unterschieden nach ihrer Bleibeperspektive.

Nur Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive erhalten relativ schnell eine Förderung. Asylsuchende aus so genannten sicheren Herkunftstaaten sind ganz von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen. Das hält der Paritätische für grundsätzlich falsch.

Eine gute Bleibeperspektive haben derzeit Asylbewerber aus den Herkunftstaaten Eritrea, Irak, Iran, Somalia und Syrien. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge heißt es, dass Menschen, die aus Herkunftsländern mit einer Schutzquote von über 50 Prozent kommen, eine gute Bleibeperspektive haben.

Halbjährlich legt das Bundesamt fest, welche Herkunftsländer dieses Kriterium erfüllen. Im vergangenen Jahr lag die Schutzquote von Afghanen bei 55,8 Prozent. Das ist eine offizielle Zahl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Demnach müssten auch Menschen aus Afghanistan eine gute Bleibeperspektive haben und einen Anspruch auf eine frühe Förderung erhalten, auch wenn ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Eine entsprechende Anpassung ist aber bisher nicht erfolgt.

Angesichts der weiterhin langen Asylverfahren lässt es sich kaum rechtfertigen, dass eine große Anzahl von Asylsuchenden von frühen Teilhabeangeboten ausgeschlossen wird, obwohl sie sich in Zukunft dauerhaft rechtmäßig in Deutschland aufhalten werden. Durch diese Politik werden viele Menschen zum Warten und Nichtstun verdammt. Dass das depressiv macht, dafür braucht man nicht sehr viel Phantasie.

Selbst wenn abgelehnte Asylbewerber in ihr Heimatland zurückkehren müssen, haben sie unter Umständen Sprachkenntnisse, Berufserfahrung oder sogar eine Ausbildung, die ihnen möglicherweise hilft, sich dort wieder eine Existenz aufzubauen. Die in Deutschland erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten werden ihnen im Heimatland zumindest nicht schaden.

4. Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor für Integration sind Ausbildung und Arbeit.

Das Bayerische Kultusministerium hat zu Beginn des Schuljahres 2015/2016 440 Berufsintegrationsklassen an Berufsschulen für junge Asylbewerber und Flüchtlinge eingerichtet. Die Zahl konnte bis März auf 1.150 Klassen gesteigert werden. Vor zwei Jahren lag die Zahl noch bei 180. Bei diesem zweijährigen Programm, ein bundesweit anerkanntes besonderes Angebot, lernen die jungen Menschen Deutsch und bereiten sich auf eine Berufsausbildung vor. Im Gegensatz zu diesem positiven Integrationsbemühen steht eine Weisung des Innenministers Herrmann, verstärkt die Bleibeperspektive in der Entscheidung über eine Beschäftigungserlaubnis für Arbeit oder Ausbildung zu berücksichtigen. Dadurch ist massive Unsicherheit entstanden. Neue Arbeits- und Ausbildungserlaubnisse sollen vor allem für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive vergeben werden. Ob ein Flüchtling mit geringer Bleibeperspektive eine Beschäftigungserlaubnis erhält, hängt in Bayern davon ab, wie das jeweilige Landratsamt die Weisung interpretiert und umsetzt. In einigen Landkreisen werden keine Beschäftigungserlaubnisse mehr erteilt und bereits bestehende wurden widerrufen.

„Durch diese Politik werden viele Menschen zum **Warten** und **Nichtstun** verdammt.“



Für Integration braucht es Begleitung und Unterstützung.

Das Ehepaar von der Ropp begleitet die Familie Al Mahayri seit ihrer Ankunft in der Gemeinschaftsunterkunft.
Foto: Britta Schätzel (Patentprojekt von Startklar Soziale Arbeit gGmbH)

„Die ehrenamtlichen Helfer macht diese Politik wütend und fassungslos.“

Große Verunsicherung und Verwirrung hat das Innenministerium auch bei der Umsetzung der mit dem Integrationsgesetz Anfang August 2016 eingeführten 3+2-Regelung gestiftet. Diese Regelung soll abgelehnten Asylbewerbern für die Zeit der dreijährigen Ausbildung und weiteren zwei Jahren Beschäftigung den Aufenthalt in Deutschland als Rechtsanspruch ermöglichen.

Die gesetzliche Umsetzung der Drei-plus-zwei-Regelung sieht vor, dass ein Anspruch auf Duldung zur Berufsausbildung nicht besteht, wenn konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen. Das Bayerische Innenministerium interpretiert den Wortlaut des entsprechenden Paragraphen um und hat die Ausländerbehörden angewiesen, eine Ausbildungsduldung nicht zu erteilen, wenn erste Maßnahmen zur Vorbereitung der Abschiebung eingeleitet werden. Nach bayerischer Lesart kann dies schon der Fall sein, wenn Betroffene für einen Termin zur Ausländerbehörde geladen werden, um Fragen zum Identitätsnachweis zu erörtern. Was als Rechtsanspruch gedacht war, wird in Bayern zum Gnadenakt.

Die Wohlfahrtsverbände in Bayern haben sich deutlich gegenüber Ministerpräsident Seehofer gegen diese Vorgehensweise positioniert und stehen damit an der Seite vieler bayerischer Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Betroffene und Arbeitgeber brauchen Verlässlichkeit und Rechtssicherheit. Wie viel Frust dadurch entsteht, dass diese nicht gegeben ist, zeigen Stimmen von Ehrenamtlichen und Unternehmen. Die ehrenamtlichen Helfer macht diese Politik wütend und fassungslos.

Mit dieser Politik gerät eine weitere ganz wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in Gefahr, nämlich

5. Die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft

Integration kann nur gelingen, wenn die Mehrheitsgesellschaft offen ist, Asylbewerber in ihrer Mitte aufzunehmen. Wie groß diese Offenheit ist, zeigt das enorme bürgerschaftliche Engagement. Es braucht die Offenheit von Nachbarschaften, von Sportvereinen und von Unternehmen, die Flüchtlingen eine Chance am Arbeitsmarkt geben.

Drei von vier Unternehmen in Deutschland übernehmen gesellschaftliche Verantwortung in der Flüchtlingshilfe. Dies zeigt eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Jeder zweite Betrieb bietet Ausbildungsmöglichkeiten für junge und ungelernte Migranten sowie reguläre Arbeitsplätze an. Jeder dritte hilft bei der Eingliederung in die Arbeitswelt durch berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen sowie Berufsinformationen. Damit leisten Unternehmen einen ganz wesentlichen Anteil zur Integration.¹

Diese Offenheit der Mehrheitsgesellschaft gerät zunehmend in Gefahr, wenn auch Politiker der etablierten Parteien Ängste und Vorurteile schüren. Die Offenheit der Unternehmen ist durch die Politik der Bayerischen Staatsregierung gefährdet, die Unsicherheit schafft. Alle zusammen – Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – sind verantwortlich für eine offene Gesellschaft, die bei allen Schwierigkeiten Vielfalt als Chance begreift – für eine Gesellschaft, die zusammenhält.

¹ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): „Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen angesichts neuer Herausforderungen und Megatrends“, 2016

Pflegende Angehörige – ein Berufsstand ohne „soziale“ Absicherung

Was soll diese Überschrift? Mögen Sie sich vielleicht denken. Den Begriff „pflegende Angehörige“ kennen Sie vermutlich oder haben ihn schon gehört und gelesen. Oder Sie sind selbst jemand, der Angehörige pflegt. Seien es Kinder, Eltern, Großeltern oder andere Angehörige.

Ohne zunächst darüber zu reflektieren, um wen es eigentlich geht, stolpern Sie vermutlich über den nächsten Begriff: „Berufsstand“. Der geneigte Leser – oder statistisch die größere Gruppe: die geneigte Leserin – mag sich die Frage stellen: Habe ich „pflegende Angehörige“ gelernt? Habe ich eine Ausbildung dazu absolviert? Oder: Habe ich überhaupt eine formale Anerkennung meiner Kompetenzen „angehörig“ zu sein und / oder „pflegend“? Vermutlich lautet die Antwort in aller Regel: „Nein“.

Man hat keine formale Anerkennung im Berufsstand „angehörig“ und man hat keine formale Anerkennung im Bereich der beruflichen Pflege. Man hat es eben gelernt. Im Laufe seines Lebens. In (familiären) Beziehungen, Freundschaften, aus der Presse, irgendwo. Kurz: Der Begriff der sogenannten „pflegenden Angehörigen“ hat sich in den letzten Jahren im Bereich der Pflege und der Pflegegesetzgebung etabliert. In der Regel geht man davon aus, dass damit diejenigen Menschen gemeint sind, die in familiären oder freundschaftlichen Bindungen Personen umsorgen, die einen bestimmten Hilfebedarf haben. Die Motivation dafür kann unterschiedliche Gründe haben.

Im Dezember 2015 sind rund 1,38 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland zuhause allein durch Angehörige versorgt worden – und damit 11,6 Prozent mehr als noch zwei Jahre zuvor.¹ Weitere ca. 5,4 Millionen Menschen er-



Die meisten pflegenden Angehörigen sind Frauen.
Foto: Firma V | fotolia

„Der demografische Wandel und die sich verändernden Erwerbsbiografien erfordern zukünftig eine noch **stärkere Unterstützung pflegender Angehöriger finanzieller und ideeller Art.**“

halten zwar keine Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung (SPV), benötigen jedoch aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen regelmäßige Unterstützung.² Die pflegenden Angehörigen erhalten dabei wenig Beachtung, obwohl sie einen Großteil ihrer Zeit für die Pflege

von Familienmitgliedern zuhause aufwenden und in erheblichem Umfang auf Freizeit oder Erholung verzichten. Auch wenn die Professionalisierung der Pflege zunimmt³, so pflegt immerhin noch knapp jede/r Zwanzigste der 40-85-Jährigen einen Familienangehörigen.⁴

Welche Auswirkungen hat die häusliche Pflege auf Angehörige, auf ihre soziale Absicherung und die Einbindung in die Gesellschaft?

Bevor wir auf die zukünftigen gesellschaftlichen und rechtlichen Herausforderungen und die daraus resultierenden Forderungen des Paritätischen in Bayern eingehen, rücken wir zunächst die Lage pflegender Angehöriger ins Blickfeld.

Ein Großteil der Deutschen besitzt eine positive Einstellung zur familialen Fürsorge.⁵ Die meisten Angehörigen betrachten Pflege nicht als belastend, sondern als sinnstiftend – diese positive Einstellung muss durch geeignete Rahmenbedingungen gefördert werden. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, dass die gesetzlich forcierte und durchaus unterstützenswerte Leitlinie „ambulant vor stationär“ viele Angehörige vor große Herausforderungen stellt. Die Pflegekasse zahlt ehrenamtlichen Personen unter bestimmten Voraussetzungen zwar Rentenversicherungsbeiträge⁶ und schützt sie dadurch teilweise vor finanzieller Armut im Alter, nicht jedoch vor psychischen und physischen Belastungen im Alltag: Pflegepersonen leiden überdurchschnittlich häufig an Krankheiten, die direkt mit ihrer Pflege Tätigkeit in Verbindung gebracht werden können.⁷ Sie bewerten die Einbindung in die alltäglichen Pflichten als hoch, insbesondere die nächtliche Pflege wird als belastend erlebt.⁸ Hinzu kommen seelische Probleme bis hin zu Depressionen, die sich aus einer sozialen Isolation oder der mangelnden Anerkennung des Geleisteten ergeben können.⁹ Pflegepersonen haben weniger Zeit, ihren eigenen Interessen oder Hobbys nachzugehen; ein Austausch mit Freunden oder Personen mit gleichen Erfahrungen kommt häufig zu kurz. Den größeren



Pflegebedürftige...

- Im **Dezember 2015** sind rund **1,38 Millionen** Pflegebedürftige in Deutschland zuhause allein durch Angehörige versorgt worden – **11,6 Prozent** mehr als noch zwei Jahre zuvor.
- In Bayern waren **348 253** Menschen pflegebedürftig; **45,5 Prozent** von ihnen wurden allein durch Angehörige gepflegt
- Weitere ca. **5,4 Millionen** Menschen in Deutschland erhalten zwar keine Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung, benötigen jedoch aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen regelmäßige Unterstützung.
- In Bayern gab es **Ende 2015** relativ viele hochaltrige Pflegebedürftige: Der Anteil der **ab 85-jährigen** Pflegebedürftigen an allen Pflegebedürftigen lag hier bei **39,4 Prozent**.
- Allerdings ist der Anteil der Pflegebedürftigen bei den **85- bis 89-Jährigen** bundesweit mit am niedrigsten (33,7 Prozent).
- Die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern soll sich **bis zum Jahr 2060** fast verdoppeln.

...und Pflegende

- Ein Großteil der Deutschen besitzt eine **positive Einstellung** zur familialen Fürsorge.
- Knapp **jede/r Zwanzigste der 40-85-Jährigen** pflegt einen Familienangehörigen.
- Den größeren Teil der sogenannten informellen Pflege zuhause **übernehmen Frauen**.
- Pflegepersonen leiden **überdurchschnittlich häufig** an Krankheiten, die direkt mit ihrer **Pflege Tätigkeit** in Verbindung gebracht werden können.

Teil der sogenannten informellen Pflege zuhause übernehmen Frauen. Dass pflegende Frauen zusätzlich unterdurchschnittlich oft erwerbstätig sind, vergrößert ihr Armutsrisiko im Alter.¹⁰

Bei steigender Zahl der Pflegebedürftigen sinkt das Pflegepotential im familiären Umfeld

Zukünftige Herausforderungen, wie der demografische Wandel, tragen dazu bei, dass sich Politik und Gesellschaft in den kommenden Jahren intensiver mit diesen Problemen auseinandersetzen müssen. So soll sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern bis zum Jahr 2060 fast verdoppeln.¹¹ Zudem führen sinkende Kinderzahlen, steigende Erwerbstätigkeit und der Wegzug vieler Kinder aus dem Wohnort der Eltern¹² zu weniger Pflegepotential aus dem familiären Umfeld.

Das 2017 in Kraft getretene Pflegestärkungsgesetz (PSG) III sorgt für weitere ungeklärte Fragen. So soll der Sozialhilfeträger zukünftig daraufhinwirken, dass die häusliche Pflege – soweit sie ausreicht – durch Personen übernommen wird, die dem Pflegebedürftigen nahe stehen (§ 64 SGB XII – Vorrang). Der Paritätische in Bayern fordert eine klare Regelung, wie der notwendige pflegerische Bedarf im häuslichen Umfeld gedeckt werden kann und wie die Prüfung verläuft. Zusätzlich vergrößert sich durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff im PSG II die Schnittmenge mit der Eingliederungshilfe. So werden vermutlich noch mehr Bezieherinnen und Bezieher von Eingliederungshilfe als pflegebedürftig oder in höhere Pflegegrade eingestuft. Für die Angehörigen stellt sich mehr denn je die Frage: Welcher Sozialleistungsträger ist für was zuständig?

Die neuen Pflegegrade untermauern den Leitgedanken „ambulant vor stationär“: Es ist zu erwarten, dass zukünftig mehr Personen mit geringem Pflegegrad, die lieber im Pflegeheim wohnen möchten, aufgrund der hohen Kosten zuhause gepflegt werden.¹³

In allen Herausforderungen stecken aber auch Chancen, wie der Paritätische in Bayern zeigt. Zur Unterstützung von Angehörigen und Pflegebedürftigen können beispielsweise innovative Formen des Wohnens beitragen. Der Paritätische verfolgt mit dem Projekt „Neue Wohn- und Pflegeformen im Quartier“ das Ziel, seine Mitgliedsorganisationen und Bezirksverbände bei der Neu- und Weiterentwicklung von Angeboten im sozialen Nahraum zu informieren, beraten, unterstützen und zu vernetzen. Der Mix an ambulanten und stationären Formen wird auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen.

Der demografische Wandel und die sich verändernden Erwerbsbiografien erfordern zukünftig eine noch stärkere Unterstützung pflegender Angehöriger finanzieller und ideeller Art. Der Leitsatz „ambulant vor stationär“ ist so lange vertretbar, wie Angehörige ihre pflegerische Tätigkeit gern ausüben, nicht überlastet sind und das Armutsrisiko vermieden wird.

jge, JB ■

¹ Die Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt ist im gleichen Zeitraum um 8,9 Prozent auf jetzt 2,86 Millionen Menschen gewachsen. Vgl.: Statistisches Bundesamt: Knapp 2,9 Millionen Pflegebedürftige im Dezember 2015, Pressemitteilung Nr. 017 vom 16.01.2017. (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/01/PD17_017_224.html)

² Geyer, J. & Schulz, E. (2014): Who cares? Die Bedeutung der informellen Pflege durch Erwerbstätige in Deutschland. DIW-Wochenbericht, 81(14), S. 294-301.

³ Bayerisches Landesamt für Statistik (2015): In der Pflege wird zunehmend professionelle Unterstützung in Anspruch genommen, Pressemitteilung vom 22.01.2015. (https://www.statistik.bayern.de/presse/archiv/2015/12_2015.php, Zugriff am 24.01.2017)

⁴ Klaus, D. & Tesch-Römer, C. (2016): Pflege und Unterstützung bei gesundheitlichen Einschränkungen: Welchen Beitrag leisten Personen in der zweiten Lebenshälfte für andere? S. 201f. In: Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J. & Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Deutsches Zentrum für Altersfragen, S. 191-208.

⁵ Deutscher Bundestag (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 18/10210, 02.11.2016.

⁶ Bundesministerium für Gesundheit (2016): Pflege von Angehörigen zu Hause, 10.02.2017. (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/online-ratgeber-pflege/pflege-von-angehoerigen-zu-hause.html#c9453>, Zugriff am 04.05.2017)

⁷ DAK, DAK-Gesundheit (Hrsg.) (2015): Pflege-Report 2015. So pflegt Deutschland. (http://www.dak.de/dak/download/Pflegereport_2015-1701160.pdf, Zugriff am 24.01.2017)

⁸ Kulmey u.a. (2010) in Deutscher Bundestag (2016), S. 196.

⁹ Dräger, D. (2015): Die Einbindung der Angehörigen von Pflegebedürftigen, in: K. Jakobs, A. Kuhlmeier, S. Greß u. a. (Hrsg.): Pflegereport 2015. Stuttgart: Schattauer, S. 121-134.

¹⁰ Simoes, E. (2013): Pflege in der Familie und Armut, Vortrag auf dem 22. Wissenschaftlichen Kolloquium in Wiesbaden am 21.11.2013. (https://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/2013/Simoes.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff am 24.01.2017)

¹¹ Barmer GEK (Hrsg.) (2016): Pflegereport 2016, S. 83. (<https://www.barmer.de/blob/79332/f948d7a97b178c08a4892b4412663605/data/barmer-gek-pflegereport-2016.pdf>, Zugriff am 24.01.2016)

¹² Mahne, K. & Huxhold, O. (2016): Nähe auf Distanz: Bleiben die Beziehungen zwischen älteren Eltern und ihren erwachsenen Kindern trotz wachsender Wohnentfernungen gut? In: Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J. & Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Deutsches Zentrum für Altersfragen, S. 223-240.

¹³ Schon heute reicht die reale Kaufkraft pflegebedürftiger Menschen in Bayern mehrheitlich nicht aus, um sich einen Heimaufenthalt von mindestens einem Jahr zu leisten. Vgl.: Bertelsmann Stiftung, Prognos (2016): Pflegeinfrastruktur: Die pflegerische Versorgung im Regionalvergleich. (https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_VV_FCG_Pflegeinfrastruktur.pdf, Zugriff 24.01.2017)

Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands: Auch in Bayern steigt die Armutsgefährdung

Bayern hat im bundesweiten Vergleich zwar die niedrigste Armutsgefährdungsquote. Aber auch in Bayern steigt die Zahl der von Armut bedrohten Menschen kontinuierlich. Das ist das Ergebnis des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes.

„Auch im reichen Bayern gibt es Armut! Das positive Ranking und die gute wirtschaftliche Lage sollte Arbeitsauftrag sein, mehr für diejenigen zu tun, die von Armut betroffen sind“, erklärt Margit Berndl, Vorstand für Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern. Der gute Durchschnittswert dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Bayern Regionen gibt, die deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt liegen. So sei beispielsweise die Armutsgefährdung in Nürnberg im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 22,3 Prozent im Jahr 2015 gestiegen. Im Jahr 2010 lag sie noch bei 18,4 Prozent. Zum Vergleich: bundesweit lag die Armutsgefährdung bei 15,7 Prozent, in Bayern bei 11,6 Prozent.

Arbeit schützt nicht vor Armut

Die Armutsgefährdung steige trotz wirtschaftlich guter Daten. So lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2015 in Bayern bei 3,6 Prozent. „Das zeigt, dass in Bayern viele Menschen nicht vom Wirtschaftswachstum profitieren, und vor allem, dass Arbeit nicht vor Armut schützt“, so Berndl.

Es gibt in Bayern viele Menschen, die den Anforderungen der Wissensgesellschaft, der fortschreitenden Digitalisierung und der vom Einzelnen immer mehr fordernden Arbeitswelt nicht gerecht werden können. „Sozial ist nicht nur, was Arbeit schafft. Sozial ist auch, was Menschen ein Leben in Würde, was ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht“, so Berndl.

Erwerbslose, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind besonders von Armut betroffen

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Das heißt, dass ein Single weniger als 942 Euro pro Monat zur Verfügung hat oder eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren weniger als 1.978 Euro. „Bedenkt man, wieviel Geld davon in vielen Städten Bayerns allein für die Miete gezahlt werden muss oder wie viel Geld Eltern zu Beginn eines Schuljahres für Schulbücher und Schulmaterial ausgeben müssen, wird klar, dass es viel mehr Menschen in Bayern gibt, bei denen es gerade für das Nötigste reicht“, so Berndl.

Die von Armut am stärksten betroffenen Menschen sind Erwerbslose mit 59 Prozent und Alleinerziehende mit 43,8 Prozent, gefolgt von Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau, Menschen mit Migrationshintergrund, Familien mit drei und mehr Kindern. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern lag im vergangenen Jahr bei 19,7 Prozent – also fast jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht. Das ist seit Jahren bekannt.

Um Armut wirkungsvoll zu bekämpfen, braucht es politischen Willen

„Offensichtlich fehlt es in Deutschland an politischem Willen, endlich Armut wirkungsvoll zu bekämpfen“, kritisiert Berndl. Dabei sind Bund, Länder und Kommunen in der Verantwortung. Nur wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, kann das gelingen.

Das Beispiel Nürnberg zeigt, dass auch Kommunen viel tun können und tun, um die Folgen von Armut abzumildern. So gibt es in Nürnberg das „Netz gegen Armut“, in dem die Akteure,

die sich für Menschen mit niedrigem Einkommen einsetzen, gemeinsam mit der Stadt ihre Angebote abstimmen. Der NürnbergPass bietet viele Vergünstigungen für Menschen mit niedrigem Einkommen. Die Stadt versucht, mit verschiedenen Maßnahmen günstigen Wohnraum zu schaffen. Nürnberg zeigt aber auch, dass die Kommunen allein Armut nicht bekämpfen können, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen ungünstig sind.

Neben dem politischen Willen, braucht es:

- eine Politik gegen Niedriglöhne, damit Menschen von ihrem Einkommen leben können und ihr Risiko der späteren Altersarmut sinkt,
- höhere Regelsätze insbesondere für Kinder und Jugendliche,
- langfristige öffentliche Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen, die am ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, um ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen,
- mehr bezahlbaren, bedarfsgerechten Wohnraum, insbesondere für Familien mit Kindern,
- eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, in denen besonders viele von Armut betroffene Menschen leben, damit sie eine soziale Infrastruktur bereitstellen können, die Teilhabe ermöglicht, sowie
- Verbesserungen in der Bildungspolitik, die einen größeren Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Kinder legt. Gute Bildung ist die beste Armutsvorsorge. Benachteiligte Kinder und Jugendliche brauchen verbesserte Teilhabechancen.

Den gesamten Armutsbericht können Sie unter www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht/ herunterladen.

Eng ■

Familie

„Sich vertrauen und miteinander lachen können“ – Familienpaten wirken integrativ

Der gesellschaftliche Wandel verlangt eine Vernetzung der Hilssysteme für Familien

Margot Czekal

Die Autorin ist Geschäftsleiterin des Bereichs Pädagogik beim Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern e.V. und eine der Projektleiterinnen im Netzwerk Familienpaten Bayern

Gesellschaften wandeln sich kontinuierlich. Familien als wichtigster Bestandteil von Gesellschaften sind sowohl aktiv als auch reaktiv an diesem Wandel beteiligt. Die Folgen von Bildungsexpansion, Emanzipation und materielle Gesichtspunkte führen zu veränderten familiären Rollenbildern und -verteilungen und zu einer Vielzahl von Familienformen. Das Vorhandensein bzw. das Fehlen von Rahmenbedingungen für die Unterstützung bei der Erziehung und Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen oder in prekären Lebenslagen beeinflussen den familiären Alltag und seine Gestaltungsmöglichkeiten. Daraus ergeben sich unterschiedliche Bedarfslagen und Bewältigungsstrategien.

Hinzu kommt, dass Migration seit jeher zu allen Gesellschaften und ihrem Wandel dazugehört. Heute stammt nahezu in jeder vierten Familie in Deutschland mindestens ein Familienmitglied aus einem anderen Land oder besitzt eine andere Staatsangehörigkeit.

Familien – in welcher Form oder mit welcher Herkunft auch immer – bleiben die erste Gemeinschaft, die Kinder erleben und sind somit in hohem Maße wirksam bei ihrer Erziehung zu verantwortlich handelnden Menschen. Für

Familien mit Migrationshintergrund bedeuten die familiären Potentiale und die gesellschaftliche Teilhabe für ihre Kinder eine zentrale Grundlage für eine gelingende Integration.

Sich verändernde Familienwelten erfordern in unserer heutigen Gesellschaft eine differenzierte Infrastruktur von Unterstützungsleistungen, die neben etablierten professionellen Hilfen auch die besondere Qualität bürgerschaftlichen Engagements mit ihren primär präventiven Hilfsangeboten zur Verfügung stellen.

Angepasst an die unterschiedlichen Familienformen und möglichen Belastungssituationen bedarf es deshalb einer guten Mischung und einer systematischen Vernetzung der vorhandenen Hilssysteme mit den professionellen und ehrenamtlichen Angeboten.

Unterstützung für Familien durch das Netzwerk Familienpaten Bayern

Das „Netzwerk Familienpaten Bayern“ bietet ein kontinuierlich hauptamtlich begleitetes bürgerschaftliches Angebot durch geschulte Familienpaten mit dem Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe.

Familienpaten leisten individuell und achtsam im Umgang primärpräventive Unterstützung. Sie sind als Lotsen in der Vernetzung der sozialen Angebote vor Ort aktiv und zeigen Wege zu geeigneten professionellen Stellen – sie arbeiten also im wahrsten Sinne des Wortes „integrativ“.

Seit 2009 gefördert durch das Bayerische Sozialministerium haben der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Bayern e.V., der Bayerische Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. und der Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern¹ ein Patenschaftsprojekt entwickelt, das bayernweit mit verbindlichen Standards für Qualität und Einsatzrahmen arbeitet.





Sie konnten dabei auf langjährige Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen der niederschweligen Familienunterstützung zurückgreifen. Familienpatenschaften wurden so im Zusammenwirken von Familien, Freiwilligen und professionellen Kräften – als ergänzendes Angebot zu bestehenden professionellen Hilfen – zu einem wichtigen Partner der sozialen Landschaft in Bayern.²

Familienpaten orientieren sich in ihrer zeitlich begrenzten Unterstützung an der Lebenswelt von Familien, berücksichtigen den Alltag der Familien, stabilisieren vorhandene Strukturen, fördern Eigenkompetenzen und erschließen zusätzliche Ressourcen – sie leisten somit Hilfe zur Selbsthilfe. Familienpaten können dann gerufen werden, wenn familiäre Belastungsfaktoren zur Überforderung bei den Eltern führen. Dies können z.B. sein:

- Verlust oder Fehlen von etablierten sozialen Strukturen
- beengte Wohnverhältnisse
- (Kinder-) Armut, Arbeitslosigkeit
- Belastung durch Trennung oder Scheidung, Krankheit, Tod
- Belastung durch die Schule
- Gesundheitsprobleme
- Isolation der Familie

Einzelne dieser Faktoren treffen gehäuft für Familien mit Migrationshintergrund zu. Sie können sich nachteilig auf die Beziehung zu den Kindern auswirken, aber auch deren allgemeine persönliche und schulische Entwicklung beeinträchtigen.

Familienpatenschaften können hier nicht nur Familien entlasten, individuellen Krisen vorbeugen, vertrauensvoll den Erziehungsprozess der Kinder begleiten, sondern darüber hinaus auch ganz praktisch neue Möglichkeiten und Wege zu einer gelingenden Integration, sowohl für die ganze Familie in ihr Lebensumfeld als auch individuell für ein Familienmitglied in einer spezifischen Situation, eröffnen und befördern.

Familienpaten müssen dabei ein sehr hohes Maß an kultursensibler Achtsamkeit einbringen. Dann können sie beispielsweise gemeinsam die unterschiedlichen Wertekompassse des deutschen und anders-kulturellen Familienlebens hinterfragen, um so den begleiteten Familien alternative Perspektiven auf Erziehung, Eltern- und Partnerschaft zu eröffnen. Ganz besonders die Beschäftigung mit dem Wertesystem – das oft so unterschiedlich scheint und doch bei genauerem Betrachten viele Ähnlichkeiten aufweist – ist ein wichtiges Integrationselement.

Denn auch Eltern mit Migrationshintergrund wollen vor allem eines: Sie möchten eigenständig leben können und für ein gutes Leben ihrer Kinder sorgen. Hier treffen sie sich in ihren Vorstellungen und Wünschen mit deutschen Eltern.

Welchen Beitrag dazu die Hilfe durch ehrenamtliche Familienpatenschaften leisten kann, zeigen die folgenden Beispiele.

„Wir können uns vertrauen und wir lachen viel miteinander.“

Eine junge Frau aus Indien musste nach einer schweren Erkrankung ihres Mannes ihr Leben mit zwei kleinen Kindern (1 und 2 Jahre) völlig neu ordnen, denn bisher hatte sich ihr Mann um alles außerhalb der Wohnung gekümmert. Das Reha-Zentrum ihres Mannes vermittelte den Kontakt zu einem Familienzentrum, und die eingesetzte Familienpatin machte ihr mit Respekt und Achtsamkeit Mut für den Weg in ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben. Viele unerwartete Entscheidungen waren zu treffen, wie die Suche nach Betreuungsplätzen für die Kinder, um die Zeit für den dringend benötigten Deutsch- und Integrationskurs zu haben. Neben der medizinischen und pflegerischen Sorge um den kranken Ehemann, musste sie sich um ihre eigene „Emanzipation“ kümmern – die Suche nach einem „richtigen“ Beruf, um dann nach der Ausbildung zur Kinderpflegerin die Familie finanziell wieder unabhängig zu machen. Und zur Umsetzung aller so ungewohnten und doch notwendigen Entscheidungen musste der Umgang mit der deutschen Bürokratie erlernt werden. Um all das zu schaffen und noch ein bisschen Kraft für den kranken Mann, die kleinen Kinder und das eigene Leben zu haben, war die ehrenamtliche Hilfe und Begleitung, die gemeinsamen Gespräche und das Erklären von vorhandenen Strukturen von unbezahlbarem Wert. Die Patin hat eine sinnvolle Aufgabe gefunden, die sie als etwas ganz Besonderes erlebt: „Wir können uns vertrauen und wir lachen viel miteinander“. Die junge Inderin ist mit ihrer Familie in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen und hat ihren Platz gefunden.

„Wir haben eine schwere Zeit durchmachen müssen, aber Du warst unser Engel!“

Eine Familie aus Afrika mit fünf Kindern musste mit einem schweren Schicksalsschlag fertig werden: Zwei ihrer Kinder wurden in einen Unfall verwickelt, der zur Folge hatte, dass eine Tochter starb und ein Sohn dadurch behindert ist. Zum Glück konnte eine Patin diese Familie unterstützen und begleiten. Am Ende ihrer Patenschaft wurde sie eingeladen, an einem Gottesdienst teilzunehmen, der in landestypischer Form – also freikirchlich mit viel Gesang und Beteiligung durch die Gemeinde – gefeiert wird. Ganz unbefangen, neugierig und nichts ahnend ging die Patin hin, um mal einen Gottesdienst dieser Art zu erleben. Aber dann war sie plötzlich im Mittelpunkt. Denn der Patin wurde vor der ganzen Gemeinde von den Eltern, den Kindern und auch dem behinderten Sohn ein sehr persönlicher Dank ausgesprochen. Der Sohn hat es so ausgedrückt: „Wir haben eine schwere Zeit durchmachen müssen, aber Du warst unser Engel!“ Die afrikanische Familie hat sich trotz ihres tragischen Schicksals nicht ausgegrenzt erlebt und fühlt sich so mit ihrem Leid von der Gesellschaft angenommen. Und für die Patin war dies eine ganz außergewöhnliche Wertschätzung ihres Einsatzes, was sie umgekehrt auch in die Kulturgemeinde der betreuten Familie integriert hat.

„Ich möchte gerne etwas zurückgeben an diese Gesellschaft – damit auch andere diese Hilfe erfahren können, die für mich so wertvoll war.“

Ganz zu Beginn des Familienpatenprojektes kam eine junge alleinerziehende Mutter mit türkischem Migrationshintergrund in ein Familienzentrum, da sie sich in der Betreuung ihres Kindes sehr unsicher fühlte und den „richtigen“ Weg zu finden suchte zwischen den traditionellen Erziehungsvorgaben der türkischen Kultur und den beobachteten Anforderungen aus der deutschen Gesellschaft. Eine Patin war schnell gefunden, die sie dann fast ein Jahr lang regelmäßig besuchte, mit der sie sich über die verschiedenen unterschiedlichen Erziehungs- und Lebensmodelle austauschen konnte und die sie so darin bestärkte, ihren eigenen Stil zu finden. Als das Kind schließlich in einer geeigneten Kindertagesstätte untergebracht werden konnte, entschloss sich die junge Mutter, ihre berufliche Ausbildung wieder aufzunehmen. Nach ihrem Studium der Sozialen Arbeit meldete sie sich wieder im Familienzentrum und bot ihre Mitarbeit als Familienpatin an: „Ich möchte gerne etwas zurückgeben an diese Gesellschaft – damit auch andere diese Hilfe erfahren können, die für mich so wertvoll war.“ Für die junge Türkin hat die erfahrene Unterstützung dazu geführt, dass sie sich heute als vollwertiges, aktives Mitglied in unsere Gesellschaft mit all ihren „Pflichten“ integriert hat und aufgenommen fühlt.

Diese Beispiele zeigen: Integration gelingt mit gemeinsamem Handeln auf Augenhöhe und der Offenheit und Akzeptanz von Vielfalt.

Und sie zeigen auch: Trotz der unterschiedlichen schwierigen Ausgangslagen und aktuellen Lebenssituationen der Familien, die nach Deutschland kommen, behalten sie – insbesondere auch die Frauen – ihren Lebensmut, ihren Willen, ein selbstständiges Leben zu führen und die Bereitschaft, alle ihre Kräfte zu mobilisieren, um zu einem aktiven Teil unserer Gesellschaft zu werden.

¹ Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Bayern e.V. <http://www.kinderschutzbund-bayern.de>,

Bayerischer Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. <http://www.frauenbund-bayern.de>; Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern <http://www.muetterzentren-in-bayern.de> (bis Ende 2016, sowie bis 2012 das ZAB in Nürnberg)

² Zu Konzept, Arbeitsweise und aktuellem Angebot siehe: www.familienpaten-bayern.de

Unter <http://www.paritaet-bayern.de/netzwerk40plus/> sind die Ergebnisse der Tagung und der „Leitfaden „Ältere Drogenabhängige in Versorgungssystemen“ herunterzuladen.

Suchthilfe

Was geht!? –

Fachtagung des Paritätischen zu älteren Drogenabhängigen in Versorgungssystemen

Was ist schon alles machbar in der Versorgung älterer drogenabhängiger Menschen und was ist noch zu entwickeln? Mit diesen Fragestellungen befasste sich die vom Paritätischen Landesverband ausgerichtete Fachtagung am 22. März 2017 in München. Die Tagung markierte den Abschluss des zweijährigen vom bayerischen Gesundheitsministerium geförderten Modellprojekts „Netzwerk 40+ – zur Entwicklung bedarfsgerechter Maßnahmen zur Versorgung älterer drogenabhängiger Menschen“. Die Projektpartner Mudra e.V., Condrops e.V. und Drogenhilfe Schwaben gGmbH stellten den 70 Tagungsteilnehmer/-innen Ergebnisse aus dem Modellprojekt vor und diskutierten mit ihnen über Entwicklungsnotwendigkeiten und was dazu benötigt wird.

Kaum eine Zielgruppe Sozialer Arbeit steht so weit entfernt am Rand der Gesellschaft wie drogenabhängige Menschen. Durch zahlreiche Maßnahmen der Drogenhilfe, insbesondere der Substitutionsbehandlung steigt erfreulicherweise die Zahl der „Überlebenden“. Sie werden älter und die Problemlagen werden komplexer. Zu den gesundheitlichen Belastungen und Teilhabeeinschränkungen als Folge der Suchterkrankung und des exkludierten Lebens in Drogenszenen kommen weitere gesundheitliche Einschränkungen dazu, und es stellen sich neue Versorgungsfragen an den Schnittstellen von Teilhabe, Gesundheit und Pflege. Im Modellprojekt ist man den Bedarfen der Menschen in dieser noch relativ „jungen“, sich stetig vergrößernden Zielgruppe der älteren Drogenabhängigen nachgegangen. Genauso wurden Bedarfe der Fachkräfte in den relevanten Versorgungsbereichen wie der Pflege abgefragt und Wissen und Unterstützung aus der Drogenhilfe angeboten.

Grenzen zwischen unterschiedlichen Bereichen überwinden

Ein zentrales Ziel war der Aufbau von Netzwerkstrukturen, auf die die verschiedenen Akteure in komplexen Einzelfällen zurückgreifen können und die Ausgangspunkt für die bedarfsgerechte Gestaltung von Versorgungsangeboten sein können. Es ist ja nicht völlig neu in den Sozial- und Gesundheitsbereichen, dass in einem Einzelfall unterschiedliche fachliche Akteure mit ihren jeweiligen Versorgungskulturen und auf der Basis ihrer jeweiligen Sozialgesetzbücher zusammentreffen. Die Erfahrung zeigt, dass es immer besonderer Anstrengungen und zusätzlicher Ressourcen bedarf, um die Grenzen zwischen den Bereichen zu überwinden. Wer kann die Verantwortung übernehmen und durch die Systeme führen? Wer kann die Zusammenarbeit koordinieren? Wer hat die Möglichkeit, die Akteure auf das Neue, auf mögliche Besonderheiten einzustellen? Im Modellprojekt waren die Ressourcen dafür gegeben. Ein weiteres, damit verknüpft Ziel im Projekt war, herauszufinden, ob und unter welchen Bedingungen eine Versorgung der Zielgruppe innerhalb der bestehenden Regelangebote der Altenhilfe und Pflege möglich ist. Man ist der Frage nachgegangen, inwieweit bei der Zielgruppe älter werdender Drogenabhängiger mit Pflegebedarf eine inklusionsorientierte Versorgung machbar ist.

In den Projekten konnte aufgezeigt werden, dass die Zuspitzung auf ein „Entweder-oder“ von „Spezialangebot“ und „Regelangebot“ der Heterogenität der Zielgruppe und der Komplexität ihrer unterschiedlichen Hilfebedarfe nicht gerecht wird. Und es ist auch nicht nur eine Frage von Haltung und Wissen in Regelangeboten. Beispielsweise wird das „Regelangebot“ Pflegeheim, das Leistungen und eine Struktur

für fast ausschließlich hochaltrige Menschen bereithält, ohne konzeptionelle Änderungen nicht in der Lage sein, dem drogenabhängigen Menschen mit Teilhabe- und Pflegebedarf im mittleren Alter eine bedarfsgerechte Leistung zu bieten. Und ob dieses Pflegeheim für ein oder zwei mögliche Bewohner/-innen im Jahr zu bewegen sein wird, personalintensive strukturelle und konzeptionelle Änderungen vorzunehmen, ist angesichts des immensen wirtschaftlichen Drucks in diesem ökonomisierten Versorgungssystem fraglich.

Es geht einiges – aber es geht nicht von allein

Als Fazit der Tagung und auch des im Projekt entwickelten Leitfadens „Ältere Drogenabhängige in Versorgungssystemen“ ist deshalb diesem „Entweder-oder“ eine mehrdimensionale Strategie entgegen zu setzen:

- über Vernetzung weiter an einer Öffnung der tradierten Versorgungssysteme zu arbeiten (über Information, Wissenstransfer und Sensibilisierung),
- die sozialrechtlichen Möglichkeiten für passgenauere Maßnahmen-Pakete in der Suchthilfe und in der Altenhilfe auszuloten und diese umzusetzen und
- zu investieren in die Ressource Case-management 40+, die die Qualität der Versorgung in Einzelfällen verbessert und im Netzwerk an der Weiterentwicklung der Versorgung arbeiten kann.

Die Arbeit an diesem Thema muss in diesem Sinne auch nach Abschluss des Netzwerkprojekts in der Praxis weitergehen. Um auf das Motto der Tagung zurück zu kommen: Es geht einiges für ältere Drogenabhängige in Versorgungssystemen. Aber es geht nicht von allein.

Stu ■



Freiwilligendienste

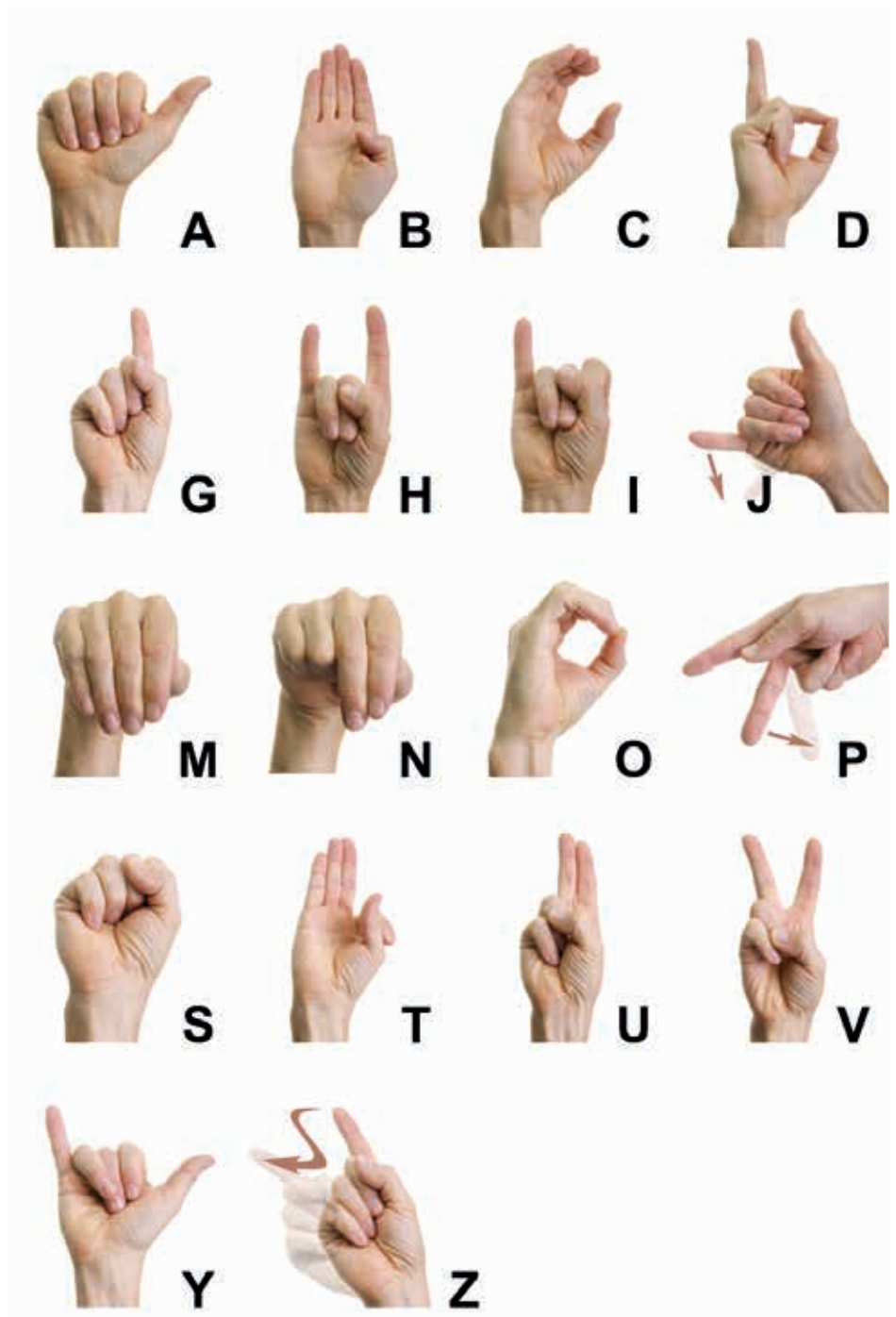
Inklusion stärken

Forderung der paritätischen Träger: Hürden abbauen und Flexibilisierung ermöglichen

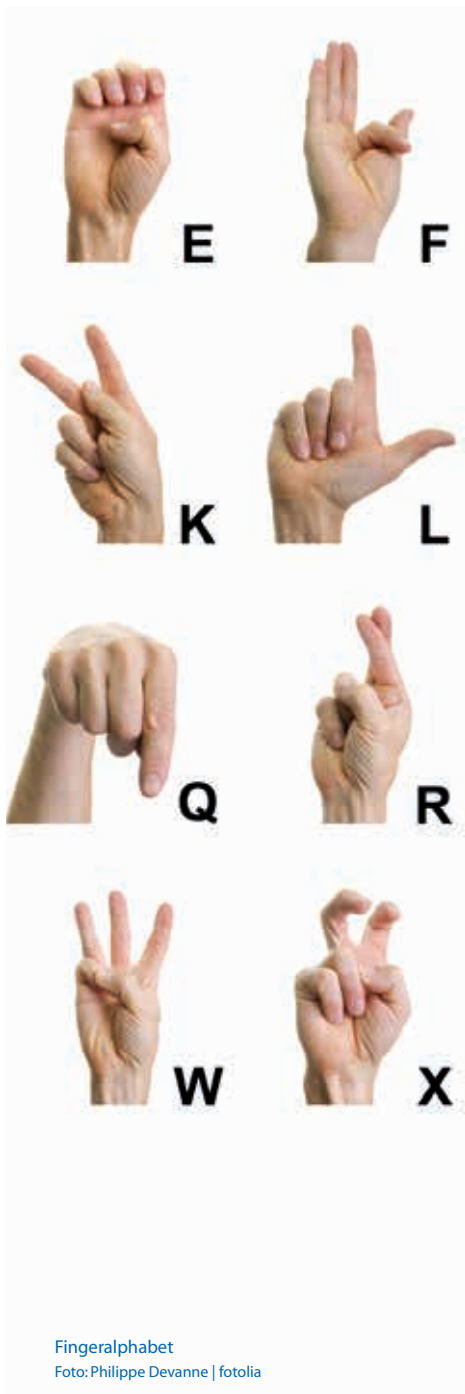
Der Bundesfreiwilligendienst steht allen offen, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt haben. Dies gilt ebenso im Jugendfreiwilligendienst, auch wenn es hier eine Altersbegrenzung bis zur Vollendung des 26. Lebensjahrs gibt. Die Realität sieht leider anders aus: Menschen mit Behinderung sind durch mangelnde Unterstützungsangebote und fehlende Flexibilisierung weitgehend von der Teilnahme an Freiwilligendiensten ausgeschlossen.

Mangelnde Unterstützungsangebote

Inklusion ist als gesamtgesellschaftlicher Auftrag auch den Freiwilligendiensten ein wichtiges Anliegen. Doch insbesondere Menschen mit Behinderung treffen auf hohe Hürden, um entsprechende Unterstützungsleistungen (insbesondere Assistenz) zu erhalten, damit sie einen Freiwilligendienst absolvieren können. Deshalb fordern die Träger der Freiwilligendienste im Paritätischen, die Teilhabe aller zu ermöglichen, um soziale Ungleichheiten abzubauen. Dafür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt u.a. eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um den individuellen Bedarf der Freiwilligen gerecht zu werden. Zwar gibt es von Seiten des Bundesministeriums Zuwendungen für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf, doch Menschen mit Behinderung sind davon ausgenommen.



„Menschen mit Behinderung sind durch **mangelnde Unterstützungsangebote** und **fehlende Flexibilisierung** weitgehend von der Teilnahme an Freiwilligendiensten ausgeschlossen.“



Fingeralphabet
Foto: Philippe Devanne | fotolia

Für sie bleibt der Anspruch des Bundesamtes hinter der Praxis zurück. So spricht zwar auf der Internetseite des Bundesministeriums z.B. ein Gebärdendolmetscher ausdrücklich gehörlose Freiwillige an, aber ein/e Dolmetscher/-in für Gebärdensprache auf den Seminaren ist durch das Bundesamt nicht refinanziert. Gehörlose Freiwillige werden stattdessen auf Leistungen des SGB IX bzw. des SGB XII verwiesen. In der Praxis werden Teilhabeleistungen (Dolmetscherleistungen, Assistenzen) zur Absolvierung eines Freiwilligendienstes nur sehr selten anerkannt. Die Integrationsämter sind nicht zuständig, weil es sich um ein Engagement und kein Arbeitsverhältnis handelt.

Fehlende Flexibilisierung

Der Jugendfreiwilligendienst ist nur in Vollzeit abzuleisten. Im Bundesfreiwilligendienst ist dies in Teilzeit für Personen über 27 Jahre und alle Freiwilligen im Sonderprogramm mit Flüchtlingsbezug möglich. Eine Minderung der Arbeitszeit ist ansonsten nicht generell geregelt, sondern muss jeweils vom Träger im Einzelfall beim Bundesamt beantragt und dort genehmigt werden. Gute Chancen für eine Ausnahmegenehmigung haben schwerbehinderte Menschen, soweit sie sich auf § 81 Abs. 5 SGB IX berufen können. Bei anderen, für die sich im Laufe des Dienstes die Vollzeitstelle als eine zu große, psychische oder physische Belastung darstellt und für die der Träger flexible Modelle und Vereinbarungen mit den Einsatzstellen treffen könnte, gilt die Ausnahmeregelung nicht. Obwohl sie näher am Freiwilligen und den Einsatzstellen sind und vermitteln könnten, sind den Trägern die Hände gebunden.

Trägerverantwortung stärken

Prinzipiell befürworten die paritätischen Träger das Prinzip, Freiwilligendienste in Vollzeit durchzuführen. Sie fordern jedoch, bei besonderen Zielgruppen Ausnahmeregelungen in Eigenverantwortung treffen zu können, um bei Überforderung der Freiwilligen dennoch den erfolgreichen Abschluss zu gewährleisten. Des Weiteren fordern sie, Assistenzleistungen analog zu den Leistungen der Integrationsämter anzubieten und die zusätzlichen Fördermittel für die Refinanzierung ohne unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand abrufen zu können.

Wenn Inklusion gelingen soll, benötigen Träger der Freiwilligendienste einen größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum und finanzielle Rahmenbedingungen, die zusätzliche Unterstützungsangebote ermöglichen.

AF ■

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Bündnis „Reichtum Umverteilen“ stellt Forderungen zur Bundestagswahl vor

Das Bündnis Reichtum Umverteilen setzt im Wahljahr 2017 auf soziale Gerechtigkeit und startet pünktlich zum Bundestagswahlkampf die Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“. Insgesamt 30 Organisationen, von Gewerkschaften über Wohlfahrts- und Jugendverbände bis hin zu Migranten- und Umweltorganisationen, haben sich im Bündnis zusammengeschlossen. Strategisches Ziel ist es, neben der Frage der sozialen Gerechtigkeit die Steuer- und Umverteilungspolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfs zu rücken. Gefordert werden unter anderem die stärkere Besteuerung finanzstarker Unternehmen sowie großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften.

„Die soziale Spaltung hat ein Ausmaß angenommen, das unerträglich ist“, so Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Seit Jahrzehnten nähmen weltweit und in Deutschland soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit zu. Zentraler Schlüssel für eine gerechtere und bessere Politik für alle sei eine steuerpolitische Kehrtwende. Deshalb müssten Millionäre und Milliardäre stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.

Dem enormen privaten Reichtum stehe eine massive öffentliche Armut gegenüber, die in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar werde. „Deutschland fährt auf Verschleiß. Aus finanzieller Not werden vielerorts Ausgaben für Kultur, Soziales und Bildung über die Schmerzgrenze hinaus zusammengestrichen. Eine soli-

darische Steuer- und Finanzpolitik ist letztlich die Nagelprobe und der Glaubwürdigkeitstest für einen jeden, der mit dem Versprechen eines guten Sozialstaats und mehr sozialer Gerechtigkeit antritt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

„Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft zeigt sich auch auf den Wohnungsmärkten. Wir brauchen dauerhaft preisgebundene Sozialwohnungen, mindestens 80.000 zusätzlich im Jahr, daneben ein bedarfsgerechtes Wohngeld sowie die Übernahme tatsächlich angemessener Wohnkosten bei den Regelsätzen in Hartz IV.

Auch deshalb müssen finanzstarke Konzerne, große Vermögen, Milliardäre oder Millionäre stärker als bisher an den Kosten des Gemeinwohls beteiligt werden. Reichtum umverteilen heißt, Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen trocknenlegen“, so Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes.

Die ungleiche Vermögensverteilung gehe weltweit einher mit ungleichen Machtverhältnissen und sei damit auch in Deutschland eine ernstzunehmende Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, warnt das Bündnis. Bestärkt in seinen Forderungen sieht sich

REICH – UM
UMVERTEILEN

Ein gerechtes Land für alle!

Unterstützen, Vernetzen, Informieren
unter www.reichtum-umverteilen.de

www.facebook.com/reichtumumverteilen
twitter.com/umverteilen1

das Aktionsbündnis auch durch den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in dem diese selbst vor einer zu starken Spaltung der Gesellschaft warnt und einräumt, dass Beschäftigte ihre Anstrengungen vielfach als nicht ausreichend respektiert empfanden, Langzeitarbeitslose nicht proportional vom deutschen Job-Boom profitierten und der Dienstleistungsbereich bei den Lohnsteigerungen hinterherhinkte. Jetzt gilt es, den Worten Taten folgen zu lassen.

Mehr Informationen unter:
www.reichtum-umverteilen.de

Paritätischer Gesamtverband ■

Vielfalt ohne Alternative

Gegen rechte Demagogen – für eine solidarische Politik

Der Paritätische Wohlfahrtsverband zeigt sich tief besorgt über längst überwunden geglaubte rechtsradikale und rassistische Umtriebe im Wahljahr 2017. Hintergründe und Ursachen für dieses Phänomen sind vielfältig und komplex. Für den Paritätischen wesentlich ist jedoch das Wachsen sozialer Ungleichheit und sozialer Unsicherheit. Aus diesem Anlass verabschiedete der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes am 7. April 2017 folgende Resolution:

Der Paritätische steht für eine demokratische, offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft, in der alle Menschen gleichwürdig teilhaben und Schutz erfahren. Mit großer Sorge beobachten wir, dass Deutschland auseinanderdriften – nicht nur sozial, sondern auch politisch. Aus unserer Sicht ist das untrennbar vom anderen.

Deutschland ist so reich wie nie. Der Wohlstand wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Firmengewinne steigen. Gleichzeitig sind Einkommen, Vermögen, Teilhabe- und Bildungschancen immer ungleicher verteilt. Immer mehr Menschen haben am wachsenden Wohlstand keinen Anteil mehr, haben kein Vermögen oder sogar Schulden. Verschärft wird die Situation in vielen Kommunen durch eine wachsende öffentliche Armut, wo seit Jahren am Allernotwendigsten gekürzt wird: Öffentliche Bäder und Bibliotheken, Instandhaltung von Schulgebäuden, Angebote für die Jugend und Beratungsstellen aller Art. Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum,

und die Sozialversicherungen – von der Arbeitslosenversicherung bis zur gesetzlichen Rente – bieten immer seltener auskömmlichen Schutz und Absicherung.

Es gibt außerdem eine Situation zunehmender sozialer Spaltung und Ungleichheit und einer daraus resultierenden Stimmung sozialer Verunsicherung vieler Menschen. Vor diesem Gesamthintergrund reichte offensichtlich die Ankunft der Menschen, die in den letzten beiden Jahren in Deutschland Zuflucht suchten, um

Deutschland auch politisch auseinanderdriften zu lassen, um Rassismus und Aggression hochkommen zu lassen und jene auf den Plan zu locken, die mit nationalistischen fremdenfeindlichen Parolen erfolgreich sein wollen.

Beide Phänomene – wachsende Ungleichheit und wachsender Rechtspopulismus – beunruhigen uns zutiefst. Es sind letztlich zwei Seiten einer Medaille: Es waren und sind die sozialen Ängste und die soziale Unsicherheit, die heute Menschen in erschreckend großer Zahl dazu veranlasst, sich Demagogen am rechten Rand



**VIelfalt
OHNE
ALTERNATIVE**

„Um diese **Gesellschaft politisch wieder zusammenführen, Ressentiments und Intoleranz** zu besiegen, müssen wir diese Gesellschaft **auch sozial** wieder zusammenführen.“

zuzuwenden, die mit diesen Ängsten ihr perfides Spiel treiben, die den politischen und sozialen Konsens in Deutschland infrage stellen und keine Lösungen, sondern bestenfalls Scheinlösungen anbieten. Denn absolut klar ist: Nicht die Geflüchteten haben die Probleme gebracht. Auch vorher fehlten hunderttausende Wohnungen, die für Menschen mit kleinem Geldbeutel bezahlbar wären. Doch fehlt bis heute eine überzeugende Initiative des sozialen Wohnungsbaus. Auch vorher waren seit Jahren rund eine Million Menschen langzeitarbeitslos. Doch fehlt bis heute ein öffentlicher Beschäftigungssektor, der auch denen die Möglichkeit gibt, sich ihr Geld zu verdienen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum noch eine Chance haben. Keine auch noch so restriktive Flüchtlingspolitik würde an diesen Problemen heute etwas ändern. Die Probleme wären auch da, wenn Deutschland im Sommer 2015 nicht die Grenzen geöffnet hätte – was eine human gebotene und daher richtige Entscheidung war. Es sind Probleme, die bleiben, ganz unabhängig davon, wie vehement Migranten abgeschoben oder rückgeführt werden oder auch nicht.

Wer die sozialen Probleme in Deutschland undifferenziert mit denen der Flüchtlingspolitik vermengt, handelt wider besseres Wissen und verantwortungslos. Er treibt lediglich Keile in diese Gesellschaft, die ablenken sollen von dem, was tatsächlich politisch anstünde, um die Probleme eines auseinanderreisenden Deutschlands zu lösen.

Was ist zu tun?

Wir werben für echte Lösungen, echte soziale Sicherheit und echte Lebensperspektiven für alle hier lebenden Menschen. Als Wohlfahrtsverband sind wir der festen Überzeugung, dass der soziale gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land durch eine offensive und vor allem inklusive Politik wiederhergestellt werden muss und dass dies möglich ist. Wir meinen damit keine Sonntagsreden gegen Rechts, sondern eine Politik, die alle Menschen in Deutschland mitnimmt und keinen ausgrenzt oder zurücklässt. Die Menschen brauchen wieder mehr soziale Sicherheit, sollen sie nicht den Scheinlösungen rechtspopulistischer Demagogen aufsitzen. Um diese Gesellschaft politisch wieder zusammenführen, Ressentiments und Intoleranz zu besiegen, müssen wir diese Gesellschaft auch sozial wieder zusammenführen.

Der Paritätische tritt deshalb ein

- für eine offensive Sozialpolitik, die keinen zurücklässt
- für Alterssicherungsreformen und eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard der Menschen – wenn auch auf bescheidenem Niveau – wieder gewährleistet
- für Erziehungs- und Bildungsangebote, die jedes einzelne Kind bestmöglich fördert und insbesondere auch jene Kinder selbstverständlich teilhaben lässt, die besonderer Förderung bedürfen.
- für auskömmliche Arbeitsverhältnisse ohne prekäre Löhne, sachgrundlose Befristungen und erzwungene Teilzeitarbeit.
- für ein sanktionsfreies Hilfesystem für Arbeitslose und einen sozialen öffentlichen Beschäftigungssektor.

Wir wissen, dass all diese Maßnahmen Geld kosten und setzen uns daher auch für eine solidarische Umverteilung ein. Eine gerechte, solidarische und vernünftige Steuerpolitik, die sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker als bisher besteuert, ist die Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat und die Förderung einer lebendigen, vielfältigen und geeinten Bürgergesellschaft. ■

Auf der Internetseite www.vielfalt-ohne-alternative.de hat der Paritätische gängige Vorurteile rechter Demagogen gesammelt und ihnen Argumente und Fakten für eine sachliche Diskussion entgegengestellt. Denn es gilt: nicht zu widersprechen, bedeutet Zustimmung. Auch und gerade bei Vorurteilen.



Flüchtlingskinder in der Kita

In Bayern wurden bis Ende Februar 2016 genau 69.337 Flüchtlingskinder erfasst, die zwischen null und sieben Jahren alt sind. Genaue aktuelle Zahlen sind schwer zu bekommen. Flüchtlingskinder haben – genau wie alle anderen Kinder in Bayern auch – einen rechtlichen Anspruch auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung ab ihrem ersten Lebensjahr (und nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung). Leider ist es auf Grund fehlender Zahlen äußerst schwierig, die erforderliche Zahl an Kitaplätzen für Flüchtlingskinder zur Verfügung zu stellen. Etliche Flüchtlingskinder werden dieses Jahr bei der Platzvergabe nicht berücksichtigt werden können. Auch die Ausnahmeregelung (AMS 13.01.2016 und Newsletter 215¹), in der die temporäre Überschreitung des Mindestanstellungsschlüssels genehmigt wird, ist hier keine Lösung. Es sollten aber nicht nur ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, weil es einen rechtlichen Anspruch darauf gibt. Sondern gerade in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung liegt eine enorme Chance zur Integration der Kinder und ihrer Familien. Es wäre fatal, diese Chance zur frühzeitigen Integration ungenutzt verstreichen zu lassen.

Kinder sind zuallererst Kinder

Kindertageseinrichtungen, die noch keine Erfahrung mit Flüchtlingskindern und ihren Familien haben, stellen sich die Frage, wie sie sich auf die Aufnahme von Flüchtlingskindern möglichst gut vorbereiten können. Entscheidend ist die offene Haltung, mit der die Kinder und ihre Familien in der Einrichtung aufgenommen werden. Es gilt: Kinder sind zuallererst Kinder. Die Beziehungsaufnahme und Integration der Flüchtlingskinder scheint oftmals weniger die Herausforderung zu sein als die Arbeit mit ihren Eltern.

Im ersten Kontakt mit den Familien ist es hilfreich, grundlegende Kenntnisse darüber zu besitzen, wie Kindererziehung im Herkunftsland organisiert ist. Beziehungsweise sich klar zu machen, dass es sehr unterschiedliche Arten und Weisen von Kindererziehung gibt, die Zielrichtung, den Stil und auch die Umsetzung betreffend. Je nach Herkunftsland ist es für die Eltern entweder sehr außergewöhnlich, ihr Kind überhaupt außer Haus betreuen zu lassen oder aber eher die Regel, dass das „ganze Dorf das Kind erzieht“. Auf der Flucht haben die Familien unterschiedlich dramatische Erfahrungen gemacht und deshalb mitunter größere Schwierigkeiten, ihr Kind Fremden zu überlassen. Ganz wichtig sind der behutsame Vertrauensaufbau und die Erklärung dessen, was eine Kindertageseinrichtung Kindern bieten kann und warum es für ihre Entwicklung und Bildung vorteilhaft ist, eine solche zu besuchen.

Hilfreiche Informationen und Materialien zum Thema in unterschiedlichen Sprachen stehen auf der Webseite des Bayerischen Staatsministeriums für Soziales und Arbeit zur Verfügung. Dort findet sich auch ein Link zu kurzen Filmen, die es den Kindertageseinrichtungen erleichtern, den Eltern zu erklären, was ihre Kinder beim Besuch einer solchen Einrichtung lernen können.²

Wichtiger Schritt zur Integration

Unbestritten ist, dass der Besuch einer Kindertageseinrichtung für Flüchtlingskinder und ihre Familien ein entscheidender Schritt zur Integration ist. Die Kindertageseinrichtung ist ein Ort, an dem Struktur geboten wird und das Kind in einem geschützten Raum unbeschwert ankommen und spielen kann. Ganz wichtig dabei sind der Spracherwerb und der Kontakt zu gleichaltrigen Kindern aus dem Sozialraum. Wenn sprachliche Kommunikation zu Anfang noch schwierig ist, können Bildkarten, Fotos und Piktogramme unterstützen. Die Unterschiedlichkeit der Kinder sollte als Bereicherung und Ressource für die Alltagsgestaltung empfunden werden. Die Eltern lernen, welche Erziehungsziele und -methoden in Deutschland gelten und erhalten Informationen über den „Vorkurs Deutsch“, der es ihrem Kind ermöglichen soll, vor dem Schulbesuch adäquate Deutschkenntnisse zu erwerben. Genauer geregelt ist das im Bayerischen Integrationsgesetz.

Pflichten für Kitas durch das Integrationsgesetz

Am 13. Dezember 2016 wurde das Bayerische Integrationsgesetz (BayIntG) vom Landtag beschlossen. Die allermeisten Teile gelten seit Anfang dieses Jahres. Die darin beschriebenen Ziele sind zum einen die Integrationsförderung und zum anderen die Integrationspflicht. Auch der Bereich der frühkindlichen Bildung wird in Artikel 6 geregelt. Dort ist beschrieben, dass die Kindertageseinrichtungen dazu beitragen sollen, die Integrationsbereitschaft der Familien zu fördern.





In der frühkindlichen Bildung und Erziehung liegt eine große Chance zur Integration der Kinder und ihrer Familien.
Foto: RioPatuca | fotolia

Inhalt des 5. Artikels ist die Vorschulische Sprachförderung. Hier wird geregelt, dass ab der ersten Hälfte des vorletzten Kindergartenjahres der Sprachstand erhoben wird (Artikel 5 Abs. 2 tritt erst zum 01.08.2017 in Kraft). Bei festgestelltem Bedarf soll ein Vorkurs zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse besucht werden. Die Kindertageseinrichtung hat darüber hinaus die Pflicht, über weitere Fördermaßnahmen und mögliche finanzielle Unterstützung hierzu zu informieren. Die Eltern sind zur Teilnahme an einem solchen Gespräch verpflichtet. Der Kindertageseinrichtung kann die Betriebserlaubnis entzogen werden, wenn sie die Kinder nicht entsprechend fördert oder es versäumt, deren Eltern entsprechend zu informieren. Näheres kann jederzeit durch Rechtsvorschrift geregelt werden. Eltern, die sich nicht entsprechend verhalten (z.B. eine Sprachstandserhebung verweigern), können mit Geldbußen belegt werden.

Was die Arbeit mit den Flüchtlingskindern erschwert, ist ihr manchmal nur kurzzeitiger Verbleib in der Kindertageseinrichtung, etwa weil Familien nach ihrer Anerkennung wegziehen. Das stellt die Einrichtungen vor vielfältige Pro-

bleme. Zum einen finanziell, denn mit dem Kind fällt auch die staatliche und kommunale Förderung weg. Oft kann der Kindergartenplatz dann unterjährig nicht mehr schnell nachbesetzt werden. Zum anderen ist es problematisch für die Gruppe: Erst war es schwierig, sich mit dem neuen Kind anzufreunden, es in die Gruppe zu integrieren; ist dieser Schritt gelungen, verschwindet das Kind oft ohne Ankündigung wieder und wird vermisst. Das kann in der Gruppe Verunsicherung auslösen. Hier ist viel Partizipation und Kommunikation gefordert.

Vielfalt als Selbstverständlichkeit leben

Flüchtlingskinder in der Kindertageseinrichtung können eine Bereicherung für alle Kinder, deren Eltern und das pädagogische Personal sein, wenn es gute Rahmenbedingungen gibt. Die Kinder untereinander haben dabei in der Regel keine Berührungsängste. Sie finden es interessant, Neues zu entdecken und beobachten zunächst, ohne zu werten. Vorurteile übernehmen Kinder gerne, sie helfen ihnen neue unbekannte Situationen zu strukturieren. Deshalb ist es wichtig, dass eine vorurteilsbewusste Bildung und Erziehungsarbeit stattfindet.

Individuelle Haltungen und Vorurteile müssen bewusst sein und besprochen werden, möglichst im Team, mit der Elternschaft und auch in der Gruppe der Kinder. Kinder lernen, mit Unterschieden umzugehen, indem darüber gesprochen wird. Eltern die aus anderen Ländern stammen, können eingeladen werden und Musik, Tanz, Kleidung oder Essen aus ihrem Heimatland vorstellen. Schutz vor Diskriminierung bietet eine inklusive prozessuale Pädagogik. Sie äußert sich z.B. in einem entsprechenden Leitbild und Konzeption sowie der regelmäßigen Reflexion der gelebten Vorurteile.

Vielfalt in der Gesellschaft ist eine Realität, die sich auch in den Kindertagesstätten widerspiegelt. Diese Vielfalt muss als Selbstverständlichkeit anerkannt und gelebt werden – ganz nach dem Motto des Paritätischen „Alle gehören dazu“.

Moe ■

¹ www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_inter-net/kinderbetreuung/stmas-baykitag-215.pdf

² www.zukunftsministerium.bayern.de/presse/pm1612-501.php

Mitgliederversammlung am 7. Juli 2017 in Unterföhring

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Paritätischen in Bayern findet am, Freitag, 07. Juli 2017, in Unterföhring statt.

Diesjähriger Hauptredner ist Dr. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a. D. Er macht sich immer wieder mit bewundernswerter Leidenschaft und Überzeugungskraft öffentlich für die Demokratie stark. Das Thema seiner Rede lautet: „Deutschland als Einwanderungsland – Herausforderungen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Vom Gesamtverband spricht der Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider ein Grußwort.

Am Nachmittag findet die Wahl des neuen Verbandsrates statt.

Ort: Bürgerhaus Unterföhring bei München, Münchner Straße 70

Beginn ist 10 Uhr.

Voraussichtliches Ende: 16 Uhr.

Nachruf auf Hermann Beckmann

Mit großer Betroffenheit hat der Paritätische in Bayern die Nachricht vom Tode Hermann Beckmanns aufgenommen.

Als Vorstandsmitglied hat Hermann Beckmann in den Jahren 1983 – 1990 unseren Verband begleitet und maßgeblich geprägt. Aufgrund seiner anerkannten Persönlichkeit wurde er gebeten, in den Jahren 2009 – 2010 den Vorsitz unserer Satzungskommission zu übernehmen. Er hat sich über drei Jahrzehnte hinweg als Geschäftsführer unserer Mitgliedsorganisation Münchner Altenwohnstift e.V. und später im Kuratorium Wohnen im Alter e.V. für die Verwirklichung moderner Wohnformen für ältere Menschen engagiert.

Über zwei Jahrzehnte hat er maßgeblich im „Arbeitskreis Wohnstifte“ des Paritätischen Gesamtverbandes mitgewirkt und wesentliche Impulse für bundesweite Entwicklungen gegeben. Als Vorsitzender des Stiftungsrates der Luise-Kiesselbach-Stiftung hat er sich bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2016 engagiert in unsere soziale Arbeit eingebracht und uns alle mit seinem Elan und seinen vielen Ideen begeistert und bereichert. Für sein vielfältiges Engagement sind wir Hermann Beckmann sehr dankbar. Sein Wirken wird uns in Erinnerung bleiben.



Personalia



Seit dem 1. Juni 2017 hat Bianca Broda das Referat Altenhilfe übernommen. Mit ihrer zwölfjährigen Tätigkeit bei der Münchner Alzheimer Gesellschaft konnte sie wichtige Erfahrung im Bereich der ambulanten Altenhilfe sammeln. Als ehemalige Geschäftsführerin verfügt sie über fundierte Kenntnisse im Bereich des SGB XI und der Versorgungsstruktur. Als

Interessensvertreterin hat sie in vielen regionalen Gremien und Arbeitskreisen mitgearbeitet.

Bianca Broda wird den Paritätischen in Bayern in den Gremien der Freien Wohlfahrtspflege, im Landespflegeausschuss und in weiteren bayernweiten Fachgremien vertreten.



25 Jahre Arbeitskreis der Erlanger Mitgliedsorganisationen – als Jubiläumsaktion gab es eine ungewöhnliche Ausstellung

Aufrütteln wollten sie und auch ein bisschen provozieren – daher die Comic-Aufmachung und der ungewöhnliche Titel der Ausstellung „Mit Blindheit geschlagen! In den Rollstuhl gefesselt!“

Der Arbeitskreis der „Erlanger Parität“ hat sich zu seinem 25-jährigen Bestehen etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Die Aktion 2017 sollte sich um Inklusion drehen und dabei um die Frage „Wie werden Sprache und Bilder eingesetzt, wenn es um Menschen mit Behinderung geht?“ Die Idee einer Ausstellung wurde realisiert und zur Vernissage kamen rund 120 Besucherinnen und Besucher in die Erlanger Stadtbibliothek. Raul Krauthausen, Mitbegründer der Onlineplattformen „Leidmedien.de“ und „Sozialhelden.de“, schilderte eindrucksvoll seine Sicht auf die Welt der Hollywood-Filme, der Comic-Helden und ging auf andere Beispiele ein, in denen ein verschobenes und teilweise schlichtweg falsches Bild von Menschen mit Behinderungen erzeugt wird.

Die Ausstellungsbesucher/-innen konnten sich noch bis Anfang Februar einige „Kostproben“ gelungener und weniger gelungener Darstellungen von Menschen mit Behinderungen ansehen und anhören. Ausschnitte aus Romanen und Comic-Zeichnungen konnten zum Teil aktiv von den Gästen der Ausstellung bewertet werden, ob sie gefallen oder nicht. Die Ausstellung war weitestgehend barrierefrei konzipiert. So bot ein Bodenelementsystem und ein Audioguide auch sehbehinderten und blinden Menschen Orientierung.

Fazit: Sprache ist ein ganz wichtiges Werkzeug in unserer medienorientierten Gesellschaft. Wir müssen sie klischee- und wertungsfrei einsetzen!

Es liegen inzwischen Anfragen aus ganz Deutschland zum Ausleihen der Ausstellung vor. Da auch die Wanderausstellung barrierefrei angeboten werden soll, wird derzeit geklärt, wie dies realisiert werden kann.

PG ■



Sie treten gemeinsam ein für eine wertfreie Darstellung behinderter Menschen in Schrift und Bild:
Hintere Reihe v.l.n.r.: Christiane Paulus (Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Mittelfranken), Ina Fischer (Mitarbeiterin der Integrationsbegleitung ACCESS, Projekt „Inklusion erlangen – in Stadt und Land“), Cornelia Basara (Stadt Erlangen Büro für Chancengleichheit und Vielfalt / Inklusion), Anne Reimann (Leiterin der Stadtbibliothek Erlangen)
Vordere Reihe: links: Axel Wisgalla (ZSL Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V., Erlangen), rechts: Raúl Krauthausen (Aktivist und Mitbegründer der Internet-Plattformen „Sozialhelden.de“, „Leidmedien.de“ und vieler mehr)

„Popkultur trifft Handicap“

Bezirk Mittelfranken lässt Inklusions-Kampagne auf Initiative zur Förderung der lokalen Popmusikszene treffen

In der Disko abfeiern, auf Konzerte gehen, mit Freunden um die Häuser ziehen. Für junge Menschen mit Behinderung ist das keine Selbstverständlichkeit. Denn wo Barrieren behindern, bleibt auch die Teilhabe am kulturellen Leben auf der Strecke. Barrierefreiheit in der Kultur heißt, soziale und digitale Räume, Angebote und Atmosphäre so zu gestalten, dass alle Menschen selbstbestimmt dabei sein und mitmachen können.

POP! FÜR ALLE – so lautet neben dem Slogan der Inklusions-Kampagne auch das allgemeine Motto von POP! ROT WEISS, der Initiative des Bezirks Mittelfranken zur Förderung der lokalen Popmusikszene. Der Paritätische in Mittelfranken begleitete dieses Projekt als Kooperationspartner. Mit „Popkultur trifft Handicap“ wurde nicht nur ein barrierefreies Festival von und mit Menschen mit Behinderung auf die Beine gestellt, sondern auch durch Workshops und Diskussionen ein nachhaltiger Erfahrungsprozess in der gesamten mittelfränkischen Kulturszene angestoßen. Die interaktive Einbindung regionaler Kulturschaffender und junger Akteure und Akteurinnen mit und ohne Behinderung fördert den gemeinsamen Weg in eine inklusive Gesellschaft.



Die Kampagne fand ihren Abschluss in einem Konzert verschiedener Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Behinderung. Die Konzerte des Festivals wurden von der wohl charmantesten Gebärdensprachdolmetscherin, Laura Schwengber, begleitet. Sie gebärdete in beeindruckender Weise ausnahmslos jeden Auftritt der Bands.

Das Festival war als Auftakt dieser erstmaligen Aktion ein voller Erfolg. Wir freuen uns schon auf die Fortsetzung im nächsten Jahr.

Ilona Busch-Heuer, Pari-Projektteam „Fit für Inklusion“ ■

Fotos: Lilly Ubat und Asena Yüksel





Ein neues Fahrrad für Clinton

Weihnachtskürbis e.V. spendet Glücksrad-Erlös



Clinton Goodluck mit seinem neuen Fahrrad

Foto: Paritätischer BV Mittelfranken

Im Nachgang zur Messe „InVIVA“ erhält ein Jugendlicher Ersatz für sein gestohlenen Fahrrad und ist stolz und glücklich!

Das Glücksrad der Paritätischen Mitgliedsorganisation FrankenFair (Trägerverein Weihnachtskürbis e.V., Fürth) war an beiden Tagen der Messe InVIVA auf dem Stand des Paritätischen in Mittelfranken im Einsatz. Neben zahlreichen Besucherinnen und Besuchern, die diese Aktion auf die Ausstellungsfläche des Bezirksverbandes lockte, bestand auch das Angebot, den erzielten Erlös zeitnah nach der Messe einer konkreten Einzelfallhilfe zugutekommen zu lassen.

Unterstützt wurde nun mit dem Kauf eines Fahrrads inklusive Helm und Panzerschloss der 14-jährige Clinton Goodluck, dem sein abgeschlossenes Fahrrad gestohlen worden war. Der junge Mann ist stolz und überglücklich, mit dem neuen Rad wieder mobil zu sein und vor allem zu seinem Fußballtraining und den Turnieren am Wochenende fahren zu können. Das ist ein wichtiger Teil seiner Integration.

Der Dank geht an alle, die durch ihren Dreh am Glücksrad den Kauf des Fahrrads ermöglicht haben und an Heike Krämer, Vorstandsvorsitzende des Weihnachtskürbis e.V., die bereit war, direkt und unbürokratisch zu helfen!

PG ■



MENTOR Regensburg – die Leselernhelfer der FreiwilligenAgentur Regensburg

Ein erfolgreiches begeisterndes Projekt



„MENTOR Regensburg – die Leselernhelfer“ startete 2010 unter dem Dach der FreiwilligenAgentur Regensburg auf Initiative einer Freiwilligen. Mittlerweile ist Regina Lohde die freiwillige Projektleiterin, die ihrer Aufgabe mit großem Engagement nachgeht.

Kern von „MENTOR Regensburg“ ist die Paten-Beziehung des erwachsenen Freiwilligen, des Lesepatens, zu „seinem“ Lesekind – oft sind es Kinder mit Migrationshintergrund. Die Lesepatinnen und Lesepaten kommen einmal in der Woche für eine Stunde in eine der acht Schulen oder Horte und üben mit „ihrem“ Grundschulkind lesen. Durch diese persönliche Zuwendung entwickeln die Kinder schneller Freude und Lust am eigenständigen Lesen. Auch die schulischen Leistungen in anderen Fächern werden zum Teil positiv beeinflusst.

Die FreiwilligenAgentur Regensburg bietet Einführungsschulungen an sowie in regelmäßigen Abständen Erfahrungsaustausch-Treffen der Lesepatinnen und Lesepaten. Sie erhalten somit die nötige fachliche Unterstützung.

„Mein Lesekind erwartet mich jedes Mal mit großer Ungeduld.“ – „Bei meinem Lesekind musste ich anfangs Geduld mitbringen, doch dann kam der positive Wendepunkt, worüber ich mich besonders freue“, berichten Lesepaten.

Am Ende des Schuljahres präsentieren die Lesekinder ihr Können und erhalten jedes Mal großen Applaus – Begeisterung wird sichtbar. Vom Bürgermeister oder Oberbürgermeister nehmen die über fünfzig Lesekinder bei dieser kleinen Feier voller Stolz ihre Leseurkunde entgegen.

MENTOR Regensburg ist ein Projekt, das von vielen Seiten sehr geschätzt wird. Seit 2016 ist MENTOR Regensburg Mitglied im Bundesverband MENTOR und genießt dessen große Unterstützung, wie z.B. Bereitstellung von Schulungsmaterialien und Büchern zum gemeinsamen Lesen mit den Kindern. Die FreiwilligenAgentur erweitert somit ihre MENTOR-Bibliothek, die gerne genutzt wird.

bab ■



Danke an die Lesepaten.

Foto: Erhard Bablok

Oberbayern



Eine zentrale Frage für Vereine: Wie organisieren wir unsere Vorstandsnachfolge?

„Das ehrenamtliche Engagement im Landkreis München ist enorm. Weit mehr als 1.400 eingetragene Vereine sind aktiv. Dazu kommen noch tausende Ehrenamtliche, die sich in offenen Helferkreisen und Ehrenamtsbörsen engagieren“, so Landrat Christian Göbel. Er bedankt sich bei der Arbeitsgemeinschaft der Nachbarschaftshilfen München Land unter Federführung des Paritätischen in Oberbayern für die Erarbeitung der Handreichung „Vorstandsnachfolge erfolgreich organisieren“. Denn Ehrenamt, so Christoph Göbel, brauche nicht nur Engagement, sondern auch ein hohes Maß an Organisation. Insbesondere dann, wenn Vereine auf der Suche nach ehrenamtlichen Vorständen sind.

Aus der Perspektive der Nachbarschaftshilfen ist es einerseits absehbar, und trotzdem werden viele davon überrascht: Vorstandsmitglieder, oft über lange Jahre in dieser Funktion, manchmal sogar Gründungsmitglieder des Vereins, stehen für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Dies stellt für Vereine oftmals eine existenzielle Krise dar, da ohne Vorstand ein Verein nicht handlungsfähig ist.

Wer aber ist geeignet? Wer ist bereit, die entsprechende Verantwortung zu übernehmen? Wer hat die Zeit dafür bzw. ist gewillt, sie für die Vorstandsarbeit einzubringen?

Da dies wiederholt Thema in den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Nachbarschaftshilfen München Land war, wurde beschlossen, das Problem proaktiv anzugehen: Die Erfahrungen positiver gestalteter Übergänge sollten zu einer Handreichung für Vereine zusammengeführt werden, die unter dem Titel „Vorstandsnachfolge erfolgreich organisieren“ auf der Website der Arge Nachbarschaftshilfen München Land veröffentlicht wurde (http://www.wir-sind-die-nachbarn.de/sites/default/files/upload/vorstandsnachfolge_handreichung.pdf).

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Reduzierung des Haftungsrisikos für Vorstände sowohl durch entsprechende Versicherungen als auch durch organisatorische Vorkehrungen. Dazu gehören insbesondere die Klärung der Aufgaben, der Kompetenzen und der bei den unterschiedlichen Funktionen und Stellen verankerten Verantwortung sowie die klare Regelung von Delegation und Kontrolle.

Diese organisationsbezogenen Klärungen tragen überdies dazu bei, Aufgabentiefe und Aufgabenumfang für potenzielle Vorstände überschaubar und einschätzbar zu machen. Damit wird aber eine der wesentlichen Hürden für die Übernahme einer Vorstandsfunktion abgebaut oder zumindest wesentlich verkleinert.

Es werden Anregungen für die Suche nach Vorständen gegeben. So finden sich in der Handreichung beispielsweise Anforderungsprofile. Auch wird über Vor- und Nachteile von interner und externer Suche aufgeklärt. Darüber hinaus werden Vorschläge präsentiert, wie Interessentinnen und Interessenten an die Vorstandsarbeit herangeführt werden können. Eine Darstellung infrage kommender Versicherungen, wie auch eine Sammlung einschlägiger Gesetzestexte, runden die Handreichung ab.

Landrat Christian Göbel: „Die Handreichung regt Vereine und ihre Vorstände nicht nur dazu an, sich frühzeitig mit einem Führungswechsel zu befassen, sie gibt den Verantwortlichen vor allem auch einen Leitfaden an die Hand, wie sich dieses Thema pragmatisch anpacken lässt.“

Nachzulesen sind die Tipps für alle Vereine, die sich mit dem Thema befassen wollen.

AS ■





Foto: Jonathan Stutz | fotolia

Einmal München und zurück?

„Der Musiker Ahmad Shakib Pouya ist Anfang 30, stammt aus Afghanistan und lebt seit fast fünf Jahren in Deutschland. Da eine professionelle Schauspielkarriere in seiner Heimat nicht möglich war, studierte er stattdessen Zahnmedizin in Kabul und arbeitete in einem französischen Krankenhaus. Als die französischen Truppen sich aus Afghanistan zurückzogen, galt er den Taliban als Kollaborateur und wurde bedroht. Bei einem Attentat, das auf ihn verübt wurde, verlor er seinen Vater und war anschließend zwei Jahre auf der Flucht. In Deutschland arbeitete er als Altenpfleger, bis sein Asylantrag samt Antrag auf Arbeitsgenehmigung abgelehnt wurde. Er spricht sechs Sprachen fließend und engagiert sich seither u.a. als Dolmetscher für die Integration anderer Flüchtlinge.“

Im Januar 2017 hat er Deutschland freiwillig verlassen, um einer Abschiebung nach Afghanistan zuvorzukommen. Monatlich werden afghanische Geflüchtete in Sammelabschiebungen von München nach Kabul geflogen. Jede Lebensgeschichte für sich zeigt, was das für die Menschen bedeutet. Viele lebten schon seit Jahren in Deutschland, hatten Freunde hier, Arbeit oder gingen zur Berufsschule. Wenige haben das Glück wie Ahmad Shakib Pouya, wieder auf legalem Weg nach Deutschland zurückkehren zu können. Der afghanische Künstler hat ein Visum erhalten. Möglich machte das ein Projektvertrag der Münchner Schauburg.

Den in Deutschland lebenden Afghanen und vielen anderen Geflüchteten aus Ländern mit „geringer Bleibeperspektive“ wird die Integration erschwert. Mit einem Schreiben des Bayerischen Innenministers an die bayerischen Ausländerbehörden im September vergangenen Jahres wurde verfügt, dass die Erteilung einer Arbeitserlaubnis von den Anerkennungsquoten im Asylverfahren abhängig gemacht werden soll. Die Folge war, dass vor allem Afghanen, Nigerianer und Pakistani de facto mit einem Arbeitsverbot belegt und selbst bestehende Beschäftigungsverhältnisse beendet wurden. Dieses Schreiben machte jegliche Integrationsbemühungen für Menschen mit sogenannter niedriger Bleibeperspektive zunichte. Es hatte verheerende und verunsichernde Auswirkungen auf Geflüchtete und auf alle, die ihren Beitrag leisteten, und versuchten, trotz Hindernissen im Dschungel der Verordnungen die Integration der Menschen zu fördern. Von 5.000 erwachsenen Geflüchteten, die in München leben, waren etwa 3.000 Menschen von der Anweisung des Ministeriums betroffen. Für diese hieß das: Sie können nicht mehr von Angeboten und Leistungen profitieren, die die Arbeitsagenturen, Handwerkskammern und Unternehmen den Geflüchteten zur Verfügung stellen. Bereits erteilte Arbeitsgenehmigungen verfielen, Ausbildungsduldungen wurden wirkungslos und Beschäftigungsverhältnisse konnten jederzeit beendet werden.

Der anhaltende Protest von Helferkreisen, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen und Stadträten in München und in den Landkreisen führte dazu, dass Teile des ministeriellen Schreibens entkräftet wurden. In einem Schreiben vom 27. Januar 2017 an die bayerischen Bezirksregierungen stellt das Ministerium nun dar, dass „es rechtlich unzulässig sei, Afghanen während des laufenden Asylverfahrens grundsätzlich oder generell eine Beschäftigungserlaubnis zu versagen“.

Begründet wurde die Entscheidung mit der gestiegenen Anzahl von Geflüchteten aus Afghanistan, deren Gesamtschutzquote laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Asylverfahren in den vergangenen Monaten auf 55,8 Prozent gestiegen sei. Das ermöglichte, Ablehnungsbescheide im Rahmen einer Einzelfallprüfung erneut von den Ausländerbehörden überprüfen zu lassen, um Geflüchteten, vor allem aus Afghanistan, die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Arbeit zu ermöglichen.

Geflüchtete wie Helferinnen und Helfer sind erleichtert und gleichzeitig erneut verunsichert. Niemand weiß so genau, wie lange diese Einzelfallprüfung möglich ist. Und ob durch die Einzelfallprüfung nicht Erwartungen geweckt werden, die sich letztendlich nicht erfüllen. Auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer kommt damit eine Beratungsaufgabe zu, die eine differenzierte Beurteilung der Chancen voraussetzt und die Geflüchteten wie die Helfenden in dem entmutigenden Dilemma alleine lässt. Da gleichzeitig kaum anzunehmen ist, dass alle Betroffenen von dieser Möglichkeit erfahren, ist der Antrag der Stadtratsfraktion „Die Grünen - Rosa Liste“ sehr zu begrüßen, der vorsieht, „dass die Ausländerbehörde in München, proaktiv alle Ausbildungsplatzablehnungen und Arbeitsablehnungen, die in den letzten Wochen erfolgt sind, neu überprüfen soll und die Antragsteller im positiven Fall zu kontaktieren hat“.

So die aktuelle Lage für Menschen aus Afghanistan, die in München Asyl suchen. Zugewiesen werden der Landeshauptstadt derzeit überwiegend Flüchtlinge aus Nigeria und Pakistan, beides ebenfalls Länder mit schlechter Bleibeperspektive und ohne Integrationschancen. Das ist sehr schwer für die Asylsuchenden. Es ist aber auch frustrierend für die Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich um die Flüchtlinge kümmern. Es ist schlecht für alle, die Arbeitsgelegenheiten und Bildungsangebote für die Asylsuchenden bieten wollen. Die bayerische Landeshauptstadt droht dadurch zum Zwischenlager vor der Abschiebung in vermeintlich sichere Länder zu werden. Es ist beschämend, wie die gute und offene Aufnahmekultur, die die Münchnerinnen und Münchner im September 2015 gezeigt haben, jetzt mit Füßen getreten wird.

LS ■

Oberfranken



Leben, wo andere Urlaub machen

ASB Forchheim entscheidet sich für eine Einrichtung in der fränkischen Schweiz



Der Arbeitersamariterbund (ASB) Forchheim betreibt ein Wohnheim für Werkstattbesucher in Forchheim. Seit langem schon beschäftigen sich Mitarbeitende und Vorstand des ASB mit der Frage, wie und wo die Wohnheimbewohner im Alter leben wollen. Die Lösung liegt im romantisch gelegenen Affalterthal in der fränkischen Schweiz, unweit von Forchheim.

Der ASB kaufte eine ehemalige Pension und baute diese barrierefrei und seniorengerecht um mit Tagespflege und zwölf barrierefreien Appartements. Die Vermietung der Appartements erfolgt unabhängig von der Nutzung der Tagespflege oder eines ambulanten Pflegedienstes. So besteht die Möglichkeit, je nach Bedarf Unterstützung individuell zu vereinbaren.

Gleichzeitig ist das Haus offen für Menschen aus der Region, die nicht mehr alleine zu Hause leben können, aber ihre Heimat, die fränkische Schweiz, nicht verlassen wollen. Das Haus im Affalterthal schließt eine Versorgungslücke in der Region.

We ■

Die Kelten in Oberfranken

Die Selbsthilfegruppe Schlaganfallbetroffener beschäftigt sich mit der Geschichte der Kelten in Oberfranken und malt Symbole der Kelten nach, die nun in einer Ausstellung beim Bezirk Oberfranken in Bayreuth zu besichtigen sind.

Auf Initiative der selbst Schlaganfallbetroffenen Kathrin Schaarschmidt beschäftigte sich die Selbsthilfegruppe mit der Geschichte der Kelten in Oberfranken und insbesondere mit den vielfältigen Symbolen, die die Kultur der Kelten näher bringt. Spuren der Kelten sind bis in die heutige Zeit erkennbar, insbesondere an den Orten Staffelberg bei Staffelstein, Hügelgräber bei Kasendorf, Litzendorf und Bayreuth, Steinzeitliche Siedlung bei Tröstau oder der Druidenhain bei Wohlmannsgesees. Möglicherweise haben sich Bräuche und Reste keltischer Sprache bis heute erhalten. So ist zum Beispiel der Flussname Main keltischen Ursprungs. Über Jahrhunderte galten keltische Symbole und Zeichen als unglaubliche Kraftquelle. Diese Tatsache macht sich die Selbsthilfegruppe zu eigen, indem Symbole und Zeichen in Workshops kreativ gestaltet werden und dadurch auch wieder verlorengegangene Fähigkeiten bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hervorgeholt werden. Der Bezirk Oberfranken stellt dauerhaft zwei Räume für die Kreativwerkstatt der Selbsthilfegruppe zur Verfügung. Eine Auswahl der Zeichnungen sind in einem Kalender gedruckt, der über die Selbsthilfegruppenvorsitzende Brigitte Hohlbach-Jenzen gegen eine Schutzgebühr erstanden werden kann. „Der Kalender ist ein Beleg dafür, welche Energie und welch kreatives Potential in der gemeinsamen Arbeit in einer Gruppe entstehen kann“, so Bezirkstagspräsident Günter Denzler.

We ■



Kelten-Ausstellungseröffnung beim Bezirk Oberfranken, v.l.n.r.: Bettina Wurzel (Behindertenbeauftragte der Stadt Bayreuth), Brigitte Hohlbach-Jenzen (Vorsitzende Selbsthilfegruppe Schlaganfall Bayreuth und Umgebung), Irene von der Weth (Geschäftsführerin Paritätischer in Oberfranken)

Foto: Johannes Marx



Alle gehören dazu

Arbeitstagung zur Seniorenpolitik für hörgeschädigte Menschen

Im Jahr 2016 waren 51,4 Prozent der Ratsuchenden im Sozialdienst für Hörgeschädigte in Oberfranken 55 Jahre und älter. Gerade aber bei den Menschen ab 66 gibt es zusätzlich eine Vielzahl an Personen, die aufgrund persönlicher Lebensbedingungen keinen Kontakt zum Sozialdienst pflegen können, aber auch nicht den Kontakt über Hausbesuche initiieren. Besuchsdienste über die Gehörlosenortsvereine oder der evangelischen bzw. katholischen Gehörlosenseelsorge gibt es nicht flächendeckend in Oberfranken. Hinzu kommt, dass pflegebedürftige Gehörlose in unterschiedlichen Seniorenheimen leben, was eine Betreuung sehr zeitaufwendig macht. In der Arbeitstagung tauschten sich die Sozialdienstmitarbeiterinnen, die Seniorenbeauftragten der Gehörlosenvereine und die evangelische und katholische Gehörlosenseelsorger aus über aktuelle und künftige Herausforderungen in der Seniorenpolitik für Hörgeschädigte.

Zu den wichtigsten Herausforderungen zählen:

1. Gebärdensprachliche Begleitung im Palliativ- und Hospizbereich
2. Schulung von Personal in Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern, aber auch bei ambulanten Pflegediensten
3. Gewinnung von hörgeschädigten Jugendlichen, die eine pflegerische oder sozialbetreuerische Ausbildung absolvieren wollen

Im Herbst ist ein Fachgespräch mit hörgeschädigten Menschen geplant, die bereits beruflich oder ehrenamtlich in der Pflege oder Betreuung tätig sind, um deren Erwartungen an eine zeitgemäße Seniorenpolitik abzufragen.

Aber auch in Gehörlosenvereinen werden seniorenpolitische Themen, wie Aufbau von Besuchsdiensten, aufgegriffen und bearbeitet. Alle Ergebnisse werden Ende 2017 zu einem seniorenpolitischen Konzept für Oberfranken zusammengefasst.

We ■

Aus eigener Kraft

„Marte Meo“ – aus eigener Kraft – heißt die Methode, die Maria Aarts entwickelt hat, und mit deren Darstellung sie seit Jahrzehnten weltweit unterwegs ist. Mit Fortbildungen, Vorträgen und Fachtagungen begeistert sie ihr Publikum. Maria Aarts, gebürtige Niederländerin, war beim Fachtag des Instituts für Systemische Erlebnispädagogik SySTEP zu Gast, der mit ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht war.

Mit Videosequenzen verdeutlicht Maria Aarts ihre Botschaft, die sie gleichermaßen an pädagogische Mitarbeiter, Therapeuten und Eltern richtet. „Schaut genau hin. Erkennt, was Kinder bewegt, was sie vorwärts bringt.“ „Probleme nicht kompensieren, sondern Entwicklung aktivieren“ – das ist einer der Leitsätze von Marte Meo. „Warten, folgen, benennen“. Das Kind mit Worten begleiten, sein Tun, sein Spiel akzeptieren und nicht unterbrechen. „Entwicklungsbotschafter“ sein, ein Freispiel in Aufmerksamkeit zu ermöglichen, nicht die Probleme ansehen, sondern die Fortschritte.

Oft kommt in Maria Aarts interessanten Ausführungen die Demenz vor. Auch hier ist Marte Meo wirksam. So gibt es bereits das Projekt der „demenzfreundlichen Orte“, der demenzfreundlichen Kommune.

Michael Wilfert und Maria Aarts beim Abschluss des Fachtages in Hof
Foto: SyStep

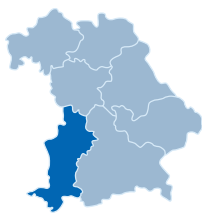


In der Marte Meo-Ausbildung lernt man durch erfahrene Therapeuten diese „andere“ Vorgehensweise kennen. Es entwickelt sich eine andere Haltung dem Kind, dem Demenzkranken, dem Menschen mit Behinderung gegenüber. Mit Hilfe von gefilmten Situationen, die man sich gemeinsam ansieht und analysiert, entwickelt man eine andere Art von Empathie und Bewusstsein. So kann man sehr gut lernen, sich selbst in seiner Wirksamkeit zu reflektieren.

Ermuntert durch den großen Erfolg des Fachtages wird SySTEP als Veranstalter im Herbst 2017 eine solche Fortbildung gemeinsam mit Maria Aarts in Hof anbieten.

SyStep – Institut für Systemische Erlebnispädagogik ■

Schwaben



Gründerpreis für den Buntten Kreis

Stiftung wird für nachhaltige Arbeit ausgezeichnet



Eine große Ehre für den Buntten Kreis: Auf der Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg wurde die Stiftung mit dem Sonderpreis des Bayerischen Gründerpreises ausgezeichnet. Die Jury würdigte die nachhaltige Arbeit der Stiftung, die seit 1992 Familien mit chronisch, krebs- und schwerstkranken Kindern betreut. „Der Bunte Kreis hat in all den Jahren seit seiner Gründung das Leid vieler Familien gelindert und dringend benötigte Hilfe geleistet – dafür hat er diese Anerkennung mehr als verdient“, so Horst Schönfeld, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg.

Eigentlich ist der Bayerische Gründerpreis eine bedeutende Auszeichnung für herausragende Unternehmer in Bayern. Der Sonderpreis jedoch wird an Einrichtungen verliehen, die eine Aufgabe von sozialer, kultureller oder gesellschaftlicher Bedeutung auf vorbildliche Weise gelöst haben – wie der Bunte Kreis. „Dieser Preis ist ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung“, freut sich Horst Erhardt, Geschäftsführer der Stiftung Bunter Kreis. Und weiter: „Ich möchte mich im Namen aller Mitarbeiter und unserer betreuten Familien herzlich bei der Jury sowie bei allen Partnern und Freunden bedanken, die uns auf unserem Weg begleitet und unterstützt haben.“

Veränderungen werfen ihren Schatten voraus

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Schwaben

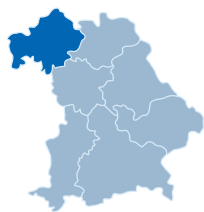
Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Schwaben beschäftigen sich intensiv mit der Umsetzung des BTHG. Neben den inhaltlichen und konzeptionellen Veränderungen in der Arbeit mit den behinderten Menschen gilt es, Rahmenverträge und Leistungsvereinbarungen mit dem Bezirk Schwaben neu zu verhandeln und zu vereinbaren. Die Vorgaben hierfür werden auf Landesebene erarbeitet und in den Bezirken mit Leben gefüllt.

Eine zentrale Rolle kommt der schwäbischen Bezirksentgeltkommission zu. Auf Initiative der Freien Wohlfahrtspflege tagt die Kommission seit Herbst 2016 wieder regelmäßig zweimal jährlich. In den bisherigen Sitzungen konnten noch keine Vereinbarungen getroffen werden, was das neue BTHG angeht. Es wurde jedoch eine Planungsgruppe eingerichtet, um die Vorgaben von der Landesebene zeitnah beraten zu können und Beschlüsse auf schwäbischer Ebene vorzubereiten. Diese Gruppe, bestehend aus Bezirksvertretern und Mitgliedern der Freien Wohlfahrtspflege, trifft sich erstmals im Mai 2017.

Auch die neuen Arbeitsgruppen, z. B. zum Thema Verwaltungs- und Leitungsanteile oder zur Weiterentwicklung der Rahmenvereinbarung Schulbegleitung aus dem Jahre 2011, haben noch keine Ergebnisse vorlegen können. Vor allem das Thema Verwaltungskosten konnte aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege nicht erfolgreich beendet werden. Eine Erhöhung der Verwaltungsanteile ohne gleichzeitige finanzielle Kompensation an anderer Stelle lehnte die öffentliche Seite ab. Dies verwundert insofern, als gleichzeitig zusätzliche Stellen in der Bezirksverwaltung geschaffen wurden, die mit der Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben und dem Abbau von Mehrarbeit durch Zunahme der Klientenzahlen begründet wurde.

In naher Zukunft dürften die Verhandlungen mit der Bezirksverwaltung anspruchsvoller werden – nicht zuletzt wegen der BTHG-Umsetzungsthematik. Das Einstimmigkeitsprinzip der Bezirksentgeltkommission stellt dabei hohe Anforderungen an die Beteiligten. Im schlimmsten Fall geht eine mögliche Blockadehaltung immer zu Lasten der von Behinderung betroffenen Menschen.

WW ■



„Alle gehören dazu – Kulturelle Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt gestalten“

Fachtag in Würzburg

Über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung des Paritätischen in Unterfranken zum Fachtag „Alle gehören dazu – Kulturelle Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt gestalten“ am Mittwoch, den 22. Februar 2017. Unter den Anwesenden waren Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen, aus Einrichtungen und Beratungsstellen für Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund, von Behörden, aus der Wirtschaft und von Schulen und auch ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingsarbeit. Innerhalb des diesjährigen Jahresschwerpunkts des Paritätischen in Bayern „Alle gehören dazu – für eine Gesellschaft, die zusammenhält“ beschäftigte sich der Fachtag mit der Frage, wie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen in der Arbeitswelt gelingen kann, welche Hemmnisse und Schwierigkeiten es dabei gibt und wie die entsprechenden Rahmenbedingungen verbessert werden können. Klar Position bezog Margit Berndt, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, in ihrem Eingangsstatement: „Verlässlichkeit ist eine Voraussetzung für gelingende Integration. Flüchtlinge und Unternehmen brauchen Sicherheit und Kontinuität. Die aktuelle Politik der Bayerischen Landesregierung schafft hingegen Unsicherheit und erschwert damit Integration.“

„Weltoffen, vielfältig, erfolgreich – Diversity Management als Chance für Betriebe“ unter dieser Überschrift führte Andreas Merx, Trainer für Diversity und interkulturelle Kompetenz, in seinem Eingangsreferat in die Thematik ein. Er zeigte auf, welche Vorteile Vielfalt in der Arbeitswelt bieten kann und informierte über gelungene Beispiele zur Umsetzung von Diversity Management. Hierbei machte er vor allem deutlich, dass der Begriff Diversity sehr viele verschiedene Dimensionen beinhaltet, unter denen ein Migrationshintergrund nur einen Teilaspekt darstellt. Im Anschluss informierte Ralf Streller von der Agentur für Arbeit in Würzburg über Fördermöglichkeiten und rechtliche Voraussetzungen für die betriebliche Integration. Am Nachmittag wurde dann in drei Workshops zu den Themenfeldern „Ehrenamtliche Begleitung bei der Arbeitsmarktintegration“, „Ausbildung und Qualifizierung“ und „Integration im Betrieb“ gearbeitet. In jedem Workshop wurden gute Praxisbeispiele wie die Job Coaches der Flüchtlingsinitiative Integrai.de, das paritätische Mentoring-Projekt, das Projekt Ida – Integration durch Arbeit, „Beruflich anerkannt?!“ von Agaby und Migranet oder die Willkommenslotsen und Ausbildungsakquisiteure von IHK und Handwerkskammer vorgestellt, um dann darüber mit den Teilnehmerinnen



Workshop „Ausbildung und Qualifizierung“



Podiumsgespräch mit Andreas Merx; Harald Haas, Jobcenter Würzburg; Kathrin Speck; Max-Martin Deinhard, IHK Würzburg; Andreas Selig, Paritätischer in Bayern; Zaher Atch, Flüchtling aus Syrien; Yuliya Jabbari, Agaby und Migranet (von links nach rechts)

Fotos: Paritätischer BV Unterfranken

und Teilnehmern ins Gespräch zu kommen und weitere Ideen zu entwickeln. In einem Podiumsgespräch wurden abschließend die Ergebnisse noch einmal kurz zusammengefasst und Handlungsbedarfe für die Zukunft aufgezeigt. Zusammenfassend wurde deutlich, dass der Erwerb guter Sprachkenntnisse, passgenaue Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote, Begleitung bei der Orientierung auf dem Arbeitsmarkt durch hauptamtliche Beratung und ehrenamtliche Unterstützung, aber auch verlässliche Ansprechpartner bei der Einarbeitung im Betrieb wichtige Faktoren für eine gelingende Integration in Arbeit sind. Klar herausgestellt wurde von den Gesprächsteilnehmern aber vor allem, dass es dringend erforderlich ist, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Sicherheit für Betroffene und Arbeitgeber herstellen, und bürokratische Hürden, die die Integration erschweren, abzubauen.

Eine ausführliche Dokumentation des Fachtags und der Ergebnisse der Workshops findet sich unter www.unterfranken.paritaet-bayern.de

Modellförderprogramm Kinder- und Jugendarbeit des Paritätischen Gesamtverbands

Aus Mitteln der Deutschen Fernsehlotterie fördert der Paritätische Gesamtverband Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Kinder- und Jugendarbeit sowie auch kleinere Investitionen, die für nicht leistungsentgeltfinanzierte freie Träger aus dem Kreis der Paritätischen Mitgliedsorganisationen in der Kinder- und Jugendarbeit notwendig sind. Es handelt sich um eine Modell-Förderung, bei der grundsätzlich die Förderbedingungen des Deutschen Hilfswerks gelten. Anträge können Paritätische Mitgliedsorganisationen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe stellen. Grundsätzlich sind 20 Prozent Eigenmittel erforderlich. Bei Investitionen kann der Zuschuss max. 50 Prozent betragen.

Förderbereiche:

1. Berufsbegleitende Qualifizierung

Gefördert wird die Fort- und Weiterbildung für Mitarbeitende in der Kinder- und Jugendarbeit, z.B. in Form von Lehrgängen, Seminaren oder Fachveranstaltungen. Das Ziel ist, die fachliche und soziale Kompetenz der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden zu erhalten und zu verbessern. Die Förderung beträgt bis zu 800 Euro pro Tag für Sachkosten, Honorare und Reisekosten.

2. Hospitationen

Für die Umsetzung neuer bzw. bewährter zukunftsweisender Konzepte (z.B. interkulturelle Öffnung, Inklusion, informelle Bildung) der Kinder- und Jugendarbeit ist die Förderung von Hospitationen von hauptamtlichen Mitarbeitenden in Einrichtungen mit innovativen Konzepten möglich. Eine Hospitation muss mindestens eine Woche dauern. Je Hospitant können maximal 2.500 Euro in Anspruch genommen werden, wobei mindestens 20 Prozent Eigenmittel eingebracht werden müssen.

3. Starthilfe für die Einrichtung von innovativen Angeboten der Jugendarbeit

Insbesondere freiwillig engagierte Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, als „Experten in eigener Sache“ agieren zu können. Gefördert werden sollen Konzepte und Projekte, in denen benachteiligten Jugendlichen Möglichkeiten geboten werden, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Möglich sind einmalig bis zu 5.000 Euro bei 20 Prozent Eigenmittel.

4. Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Jugendberatungsangebote

Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die eine Unterstützung junger Menschen bei Alltagsproblemen in ihre konzeptionelle Ausrichtung integrieren möchten, können eine Zuwendung beantragen für Ausstattung, Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit, mobile Angebote etc. Gefördert werden bis zu 50 Prozent der Investitionskosten, höchstens jedoch 10.000 Euro.

5. Förderung mobiler Angebote im ländlichen Raum

Jugendliche im ländlichen Raum (insbesondere 8- bis 15-jährige) sollen besser in die Lage versetzt werden, sich Räume anzueignen und jugendkulturelle Strukturen und Angebote der Jugendarbeit wahrzunehmen. Gefördert werden Kosten für die Umsetzung von Mobilitätskonzepten, Fahrdiensten und mobilen Angeboten der Jugendarbeit mit bis zu 50 Prozent der Investitionskosten, maximal 8.000 Euro.

6. Entwicklung innovativer Konzepte und Implementierung in die Praxis

Für die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung einer inhaltlichen und baulichen Konzeption sind Planungs- und Beratungskosten förderfähig. Für die Umsetzung neuer Konzepte in die Praxis können Kosten für die Praxisbegleitung (Honorare, Reise- und Sachkosten) beantragt werden. Der Förderhöchstbetrag ist 8.000 Euro bei 20 Prozent Eigenmittel.

7. Exkursionen und Besichtigungen

Die Besichtigung von innovativen Einrichtungen, Initiativen und Projekten macht neue Ansätze in der Jugendarbeit besser nachvollziehbar. Mit der finanziellen Unterstützung sollen der Erfahrungsaustausch und die Möglichkeit zur Selbsterfahrung gefördert werden. Für die anfallenden Kosten (z.B. Reisekosten, Eintrittsgelder) kann ein Zuschuss bis zu 2.000 Euro gewährt werden bei 20 Prozent Eigenmittel.

Anträge können jederzeit gestellt werden. Sie müssen mindestens drei Monate vor Maßnahmebeginn beim Paritätischen in Bayern vorliegen. Detaillierte Informationen inklusive Antragsunterlagen sind auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbandes erhältlich:

<http://www.der-paritaetische.de/gtd/dhw-modellfoerderprogramm-allg/modellfoerderprogramm-ki-ju-arbeit/>

Kre ■

Mitgliedschaft, die sich lohnt

Sparen durch Paritätische Rahmenverträge

Mitglieder im Paritätischen erhalten die Möglichkeit, beim Einkauf über Rahmenverträge zu sparen. Diese Verträge regeln Sonderkonditionen sowie die Abwicklung des Einkaufes. Der Paritätische hält derzeit über 160 Verträge aus unterschiedlichen Branchen wie Autos, Möbel, Büromaterial, IT-Hardware und -Software, Telekommunikation, Energieversorger, etc. Diese Rabatte sind für alle Mitgliedsorganisationen gültig – unabhängig der Größe der Einrichtung. Sie können dadurch

- Kosten sparen
- die Abwicklung beim Einkauf vereinfachen > feste Ansprechpartner und Online-Shops speziell für den Paritätischen
- Zeit sparen

Eine Übersicht der Rahmenvertragspartner sowie die jeweiligen Rabatte sind im Katalog oder online unter www.der-paritaetische.de im Bereich Rahmenverträge zu finden. Die Zugangsdaten erhalten Sie beim Paritäts-

schen Landesverband. Den Katalog können Sie kostenlos per E-Mail anfordern: katalog@paritaet.org

Der Newsletter informiert monatlich über neue Partner, Sonderaktionen etc. Gerne können Sie sich per E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an rvt@pariaet.org registrieren lassen.

Es stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch einige Verträge für die **private Nutzung** zur Verfügung. Diese finden Sie ebenfalls online.

 **DER PARITÄTISCHE**
GESAMTVERBAND



Sparen durch
Paritätische Rahmenverträge
Ihr Verband,
Ihre Vorteile.

Betriebliche Altersversorgung

Ein attraktives Angebot des Paritätischen in Bayern für seine Mitgliedsorganisationen

Die betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung ist ein solider Bestandteil der Versorgung für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Paritätische Landesverband bietet dazu über das aktualisierte Rahmenabkommen mit der Versicherungskammer Bayern die neue indexorientierte Firmen Rente WachstumGarant.

Dieses umfasst:

- die staatliche Förderung von bis zu 50 Prozent, denn die Beiträge zur Entgeltumwandlung sind steuer- und sozialversicherungsfrei.
- die Indexorientierte Kapitalanlage (IOK). Sie bietet gute Ertragschancen durch Beteiligung an den 100 dividendenstärksten Unternehmen weltweit, da Dividenden als die neue Wachstumsenergie gewertet werden.
- eine Beitragsgarantie 100plus, denn der Erhalt der eingezahlten Beiträge zum Rentenbeginn wird garantiert. Zusätzlich erhöht sich diese Garantie um die dem Vertrag regelmäßig gutgeschriebenen Überschüsse sowie um 10 Prozent des monatlichen Wertzuwachses der IOK (indexorientierte Kapitalanlage).

- tarifliche Sonderkonditionen bereits ab der ersten Person für die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern.

Das aktualisierte Rahmenabkommen kann Ihnen ein modernes und innovatives Vorsorgekonzept bieten, das Dividenden als neue Wachstumsenergie nutzt und den Aufbau der Altersvorsorge somit auch künftig lohnend und planbar macht. Bei Interesse können Sie sich als Mitgliedsorganisation exklusiv von unserem langjährigen Partner, der SVS Sparkassen VersicherungsService GmbH, über die Vorteile des Rahmenabkommens persönlich informieren lassen.

SVS Sparkassen VersicherungsService GmbH

Michael Roth

Leitung Vertriebs- und Projektsteuerung

Chiemgaustraße 109 / 2.Stock in 81549 München

Tel.: (089) 2167 59030

Fax: (089) 2167 9 59030

E-Mail: michael.roth@sparkassenvs.de

Seminare in Bayern:

Arbeitsrecht für Führungskräfte

22. - 23.06.2017, München

Zertifikatskurs für angehende und neue Geschäftsführer/-innen

ab 27.06.2017, (4 Module à 2 Tage), Nürnberg

Grundlagen der Personalabrechnung –

worauf müssen wir achten?

05. - 06.10.2017, Nürnberg

Praxisseminar Datenschutz – Grundverordnung –

Auswirkungen auf soziale Einrichtungen

11.10.2017, Nürnberg

Forum „Aktuelles Steuerrecht“ –

Aktuelle Änderungen im Steuerrecht für steuerbegünstigte Organisationen

24.10.2017, München

Ein Team leiten – Basiswissen für eine erfolgreiche Teamleitung

15. - 17.11.2017, Nürnberg

Fachkunde für betriebliche Datenschutzbeauftragte in sozialen Einrichtungen –

Seminar zur Erlangung der gesetzlich geforderten Fachkunde für Datenschutzbeauftragte (Nachweis der Fachkunde im Sinne des § 4 f BDSG/ Art. 37 Abs. 5 DS-GVO)

21. - 23.11.2017 & 24. - 26.01.2018, München

Systemisch-integratives Coaching

ab 01.12.2017 (7 Module à 3 Tage), Nürnberg

Informationen über das Angebot der PAS:

<https://www.facebook.com/akademiesued/>

www.akademiesued.org

Ihr Partner im Paritätischen

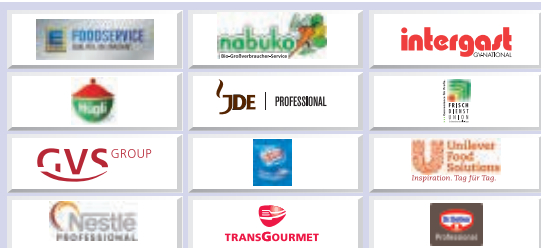
PariSERVE
 Dienstleistungen für
 soziale Organisationen



Lohn- und Gehaltsbuchhaltung Finanzbuchhaltung **Neu:** Betriebswirtschaftliche Beratung

- Günstige Festpreise
- Individuelle Lösungen
- Qualifizierte Ansprechpartner/innen

20  Zwanzig Jahre
 für den
 Paritätischen!



Einkaufsgemeinschaft Lebensmittel und mehr für die Gemeinschaftsverpflegung

- Vielfältige Lieferanten
- Günstige Konditionen kostenlos nutzen
- Fortbildungsangebote Hauswirtschaft

Neuer Rahmenvertragspartner
Nestlé Schöller

PariSERVE Dienstleistungen für soziale Organisationen GmbH

Zum Posthorn 3 · 24119 Kronshagen · Telefon 0431 5 37 38 - 0 · info@pariserve.de · www.pariserve.de

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



ASB Fernblick gGmbH

Affalterthal 113
91349 Egloffstein
Tel.: 09191 7007 40
Fax: 09191 7007 49
s.beetz@asb-fernblick.de
www.asb-forchheim.de

Die ASB-Fernblick gGmbH bietet einen ambulanten Pflegedienst für den Bereich der häuslichen Krankenpflege und eine Tagespflegeeinrichtung für 15 Gäste mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen. Die Einrichtung ergänzt die Versorgungsstruktur in der Region, gerade für ältere Menschen. Initiiert wurde das Angebot vom Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Forchheim e.V., der Träger der Tochtergesellschaft ist und Mitgliedsorganisation des Paritätischen seit dem Jahr 2000.



Sozialteam – Betreuungsverein e.V.

Seraph-Baumer-Weg 1
93138 Lappersdorf
Tel.: 0151 141 876 89
betreuungsverein@sozialteam.de
www.sozialteam.de/betreuungsverein-home.html

Der Sozialteam-Betreuungsverein e.V. wurde im Oktober 2015 gegründet und ist seit April 2016 vom Finanzamt Regensburg als gemeinnützig anerkannt. Im August 2016 erfolgte dann die Anerkennung als Betreuungsverein durch die Regierung der Oberpfalz für den Landkreis Tirschenreuth. Aufgenommen hat der Verein seine Arbeit im Landkreis Tirschenreuth im Dezember 2016. Zu den Aufgaben des Vereins gehören die Führung von Betreuungen und Vormundschaften, die Übernahme von Verfahrenspflegschaften, Fortbildung und Beratung der ehrenamtlichen und berufsmäßigen Betreuer/innen, die Koordination hauptberuflicher und ehrenamtlicher Betreuungsarbeit; die Mitarbeit in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften zur Förderung der Zusammenarbeit in Betreuungsangelegenheiten.

Der Verein entstand aus der Organisation Sozialteam-Soziotherapeutische Einrichtungen für Nord- und Niederbayern gemeinnützige GmbH, die seit 1996 Mitglied des Paritätischen ist.



Förderverein Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter e.V.

Herzog-Wilhelm-Str. 24
80331 München
Tel.: 089 612 590 2
Fax: 089 625 028 61
nachbarschaftlich-leben@t-online.de
www.frauenwohnen-im-alter.de

Der Förderverein Nachbarschaftlich leben für Frauen im Alter e.V. ist ein gemeinnütziger Verein der Altenhilfe und dient der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen älterer allein lebender Frauen. Der Verein initiierte in den letzten Jahren drei Wohngruppen. Das Konzept sieht vor, nach einer angemessenen Vorbereitungszeit, Mietwohnungen zu suchen, in denen Frauen zwar zusammen leben, sich unterstützen und helfen, aber jede ihre eigenen vier Wände hat. Jede Wohngruppe hat auch einen Gemeinschaftsraum.

Der Verein bietet die Förderung nachbarschaftlicher Wohngruppen, Wohnberatung für ältere Menschen, monatliche Bildungsveranstaltungen, Beratung von Interessierten, die Wohngemeinschaften gründen wollen, Vorträge zu Wohnen im Alter sowie Theater- und Konzertveranstaltungen an.



stART international e.V. emergency aid for children

Wacholderweg 2
82194 Gröbenzell
Tel.: 08142 465 910 7

b.schiller@start-international.org
www.start-international.org

Gegründet wurde stART international e.V. im Jahr 2009 von einem Team aus Pädagogen, Therapeuten und Künstlern, die in Kriegs- und Krisengebieten mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Ziel der Arbeit des Vereins ist, kriegs-, flucht- und naturkatastrophenbetroffene Kinder und Jugendliche so zu stärken, dass sie zu friedensfähigen Gesellschaften heranwachsen können.

Die Schwerpunkte der Vereinsarbeit sind die pädagogisch-therapeutische Nothilfe im Ausland für durch Krieg, Flucht oder Naturkatastrophen betroffene Kinder und Jugendliche durch Resilienzstärkung und niederschwellige traumatherapeutische Maßnahmen, die Fortbildung im Ausland von lokalen Fachkräften wie Lehrern, Erziehern oder Psychologen, die päd.-therap. Unterstützung und Integration von v.a. Flüchtlingskindern und -familien in Deutschland und Europa, die Fortbildung von ehrenamtlichen und professionellen Unterstützern von Flüchtlingen, mittel- und längerfristige Bildungsprojekte im Ausland zur Unterstützung der weltweiten Verbreitung einer kindgerechten Erziehung und Bildung.

Flüchtlings-Musik-Projekt Terricafo
von stART international e.V.



Ökumenische Nachbarschaftshilfe Holzkirchen e.V.

Haidstr. 3
83607 Holzkirchen
Tel.: 08024 902 947 1

Oekum-nachbar.hilfe@t-online.de
[www.holzkirchen-evangelisch.de/
Gemeindeleben/Oekumene-Nachbar-
schaftshilfe.php](http://www.holzkirchen-evangelisch.de/Gemeindeleben/Oekumene-Nachbarschaftshilfe.php)

Die Ökumenische Nachbarschaftshilfe Holzkirchen e.V. bietet seit 1991 Alltagsunterstützung für ältere Menschen und für Familien in der Region an. Darunter sind Besuchs- und Überbrückungsdienste für Senioren und Erkrankte, Kinderbetreuung bei Notfällen, aber auch Unterstützung demenzerkrankter Menschen und deren Angehörigen sowie Fahrten und Einkäufe. Getragen wird die Arbeit des Vereins überwiegend durch Ehrenamtliche, durch Mitglieder des Vereins und unterstützt durch die Gemeinde Holzkirchen.

Lymphselbsthilfe e.V. – Bundesverband für lympho- statische Erkrankungen

Zum Köpfbasen 9
91074 Herzogenaurach
Tel.: 09132 745 886

info@lymphselbsthilfe.de
www.lymphselbsthilfe.de

Lymphselbsthilfe e.V. ist ein Bundesverband, der Betroffene über lymphostatische Ödeme und deren Behandlungsmöglichkeiten informiert, sich für die Betroffenen einsetzt und die Öffentlichkeit informiert. Die Vernetzung der Lymphselbsthilfe in Deutschland sowie die Unterstützung beim Aufbau und der Organisation regionaler Selbsthilfegruppen ist ein Schwerpunkt der Aufgaben. Der Selbsthilfeverein setzt sich ein für die Anerkennung der psychosozialen Belastungen von Betroffenen und der damit verbundenen Einschränkungen, für die Bildung lymphologischer Versorgungsstrukturen und für die Erhöhung der Lebensqualität von Betroffenen.

Lymphselbsthilfe e.V. ist Mitglied beim Runden Tisch der Selbsthilfegruppen mit den Krankenkassen.

GW ■



Die Leistungen und Dienste des Paritätischen für seine Mitgliedsorganisationen

Leistungen

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege sieht der Paritätische in Bayern seine Aufgabe in der fachlichen Information, Beratung und Vernetzung seiner Mitglieder sowie der sozialpolitischen Interessensvertretung und Mitgestaltung. Zur Umsetzung dieser Aufgaben dienen individuelle Beratungsgespräche, Gremien- und Fachgruppenarbeit sowie zahlreiche Publikationen. Hierfür greifen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kenntnisse zurück, die sie durch die Einbindung in die überörtlichen Aufgaben des Verbandes inklusive seiner Vernetzung mit der Bundesebene erwerben.

Information und Beratung

Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Fragestellungen

- zu Konzepten
- zu Träger- und Projektstruktur
- zu betriebswirtschaftlicher Führung sozialer Einrichtungen und Dienste
- Personalwesen
- zum Vereins-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht
- zu Versicherungen und Haftungsfragen

Unterstützung bei der Finanzierung

- Fördermittel
- Zuschüsse
- Leistungsverträge
- Stiftungsmittel
- Beratung bei Antragsstellung und Verwendungsnachweis
- im Rahmen von Haus- und Straßensammlungen

Unterstützung von Mitgliedsorganisationen bei Verhandlungen

- mit Kostenträgern
- mit politischen Vertreterinnen und Vertretern
- mit der Verwaltung

Regelmäßig erscheinende Publikationen

- Mitgliedermagazin
- Newsletter

Unregelmäßig erscheinende Publikationen

- Rundschreiben (der Fachbereiche)
- Broschüren mit Fachinformationen
- Broschüren zu sozialpolitischen Positionen
- Arbeitshilfen aus den Fachbereichen

Vernetzung

- zwischen den Mitgliedsorganisationen auf regionaler und überregionaler Ebene
- mit anderen Interessengruppen und Verbänden (z.B. Freie Wohlfahrtspflege, Selbsthilfe)

Sozialpolitische Interessenvertretung und Mitgestaltung auf regionaler und landesweiter Ebene

- Positionierung des Verbandes in der öffentlichen Diskussion
- Mitwirkung in Gremien der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege
- Vertretung in Arbeitsgruppen von Behörden und Ministerien
- Vertretung in parlamentarischen Ausschüssen und Kommissionen
- Vertretung in weiteren sozialpolitischen Zusammenhängen (z.B. Arbeitsagenturen, Sozialversicherungsträger)

Weitere Leistungen

Freiwilligendienste

Der Paritätische als größter Träger des FSJ in Bayern vermittelt im gesamten Freistaat Teilnehmende am FSJ an Einsatzstellen seiner Mitgliedsorganisationen und anderer Träger. Seit 1. Juli 2011 bietet der Paritätische in Bayern den Bundesfreiwilligendienst an. Der Paritätische vermittelt Freiwillige in Dienststellen der Mitgliedsorganisationen.

Fort- und Weiterbildung

Der Paritätische in Bayern führt für seine Mitgliedsorganisationen sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksverbandsebene zahlreiche Fachtagungen und Informationsveranstaltungen durch. Über die Paritätische Akademie Süd können Mitgliedsorganisationen eine breite Palette an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zu äußerst günstigen Konditionen besuchen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern erhalten für die Angebote der Akademie eine Ermäßigung auf den Teilnahmebetrag von etwa 20 Prozent.

Günstig wirtschaften

Der Paritätische hat mit zahlreichen Herstellern von Produkten und Anbietern von Dienstleistungen günstige Verträge ausgehandelt. Davon profitieren vor allem die Mitgliedsorganisationen, unter anderem durch:

- Rahmenverträge
- UNION-Versicherungsdienst
- Bank für Sozialwirtschaft
- PariSERVE

Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit

- Gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen (soweit möglich)
- Bereitstellung von paritätischem Informationsmaterial
- Gemeinsame Pressemeldungen

Kontakt

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Erste Anlaufstelle für unsere Mitgliedsorganisationen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksverbänden

Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Mittelfranken

Christiane Paulus

Geschäftsführung, Ansprechpartnerin Altenhilfe

Peter Mack, Fachberatung Kinder- und Jugendhilfe, Familie und Frauen

Ilona Busch-Heuer, Sachbearbeitung Lotterie- und Stiftungsmittel

Petra Gemeinholzer, Sachbearbeitung Zuschuss und Öffentlichkeitsarbeit

Melanie Hofmann, Fachberatung Psychiatrie/Sucht und Entgelte

Kerstin Mäder, Fachberatung Behindertenhilfe und Entgelte

Spitalgasse 3, 90403 Nürnberg

Tel. 0911 / 205 65 - 0, Fax 0911 / 205 65 - 413

mittelfranken@paritaet-bayern.de

www.mittelfranken.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Niederbayern | Oberpfalz

Andrea Ziegler, Geschäftsführung

Margot Murr, KISS-Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe

Landshuter Straße 19, 93047 Regensburg

Tel. 0941 / 59 93 88 - 0, Fax 0941 / 59 93 88 - 666

niederbayern.oberpfalz@paritaet-bayern.de

www.niederbayern-oberpfalz.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Oberbayern

Karin Majewski, Geschäftsführung

Claudia Holtkamp, Angela Küster „Fachberatung

Behindertenhilfe und Entgelte SGB XII“

Elsbeth Hülsmann, Fachberatung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Frauen

Luca Schimmel, Fachberatung Zuschusswesen, Stiftungen

Andreas Schultz, Fachberatung Nachbarschaftshilfen, ambulante Altenhilfe

Davor Stubican, Fachberatung Psychiatrie und Sucht

Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München

Tel. 089 / 30611 - 0, Fax 089 / 30611 - 125

oberbayern@paritaet-bayern.de

www.oberbayern.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Oberfranken

Irene von der Weth, Geschäftsführung

Gottlieb-Keim-Straße 23, 95448 Bayreuth

Tel. 0921 / 99 00 877-30, Fax 0921 / 99 00 877-43

oberfranken@paritaet-bayern.de

www.oberfranken.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Schwaben

Walter Wüst, Geschäftsführung

Angela Brück, Überregionale Offene Behindertenarbeit (OBA) in Bayern

Sterzinger Straße 3, 86165 Augsburg

Tel. 0821 / 241 94 - 0, Fax 0821 / 241 94 - 99

schwaben@paritaet-bayern.de

www.schwaben.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Unterfranken

Kathrin Speck, Geschäftsführung

Münzstraße 1, 97070 Würzburg

Tel. 0931 / 354 01 - 0, Fax 0931 / 354 01 - 11

unterfranken@paritaet-bayern.de

www.unterfranken.paritaet-bayern.de

Referentinnen und Referenten auf Landesebene:

Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern e.V.

Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München

Tel. 089 / 306 11 - 0 · Fax 089 / 306 11 - 111

www.paritaet-bayern.de

Altenhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 127

Bianca Broda

bianca.broda@paritaet-bayern.de

Behindertenhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 210

Klaus Ederle-Lerch

klaus.ederle-lerch@paritaet-bayern.de

Engagement

Tel. 089 / 306 11 - 145

Monika Nitsche

monika.nitsche@paritaet-bayern.de

Finanzierung: Leistungsvertragsrecht / Entgelte

Tel. 089 / 306 11 - 123

Lydia Hoppert

lydia.hoppert@paritaet-bayern.de

Frauen / Familie

Tel. 089 / 306 11 - 191

Antje Krüger

antje.krueger@paritaet-bayern.de

Freiwilligendienste

Tel. 089 / 306 11 - 139

Dr. Annette Firsching, Leitung

annette.firsching@paritaet-bayern.de

Kinder- und Jugendhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 117

Dr. Melanie Mönnich

melanie.moennich@paritaet-bayern.de

Migration (Koordination)

Tel. 0931 / 354 01 - 17

Andreas Selig

andreas.selig@paritaet-bayern.de

Mitgliederangelegenheiten

Tel. 089 / 306 11 - 240

Gertrud Wimmer

gertrud.wimmer@paritaet-bayern.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 089 / 306 11 - 137

Susann Engert, Alix Veh

susann.engert@paritaet-bayern.de

alix.veh@paritaet-bayern.de

Psychiatrie und Suchthilfe

Tel. 089 / 306 11 - 230

Davor Stubican

davor.stubican@paritaet-bayern.de

Zuschussfragen

Tel. 089 / 306 11 - 134

Renate Kretschmer

renate.kretschmer@paritaet-bayern.de

Impressum

Herausgeber

Paritätischer
Wohlfahrtsverband,
Landesverband Bayern e.V.
Charles-de-Gaulle-Straße 4,
81737 München
magazin@paritaet-bayern.de
www.paritaet-bayern.de

Verantwortlich

Margit Berndl, Vorstand
Verbands- und Sozialpolitik

Redaktion

Susann Engert
Jan Gerspach

Beiträge

Ursula Blablock (bab)
Johannes Bischof (JB)
Susann Engert (Eng)
Annette Firsching (AF)
Petra Gemeinholzer (PG)
Jan Gerspach (jge)
Renate Kretschmer (Kre)
Melanie Mönnich (Moe)
Monika Nitsche (NIT)
Luca Schimmel (LS)
Andreas Schultz (AS)
Andreas Selig (se)
Kathrin Speck (KS)
Davor Stubican (Stu)
Irene von der Weth (We)

Gertrud Wimmer (GW)

Walter Wüst (WW)

Gestaltung

www.84ghz.de, München

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Foto Titel:

Rawpixel.com | fotolia
chagpa | fotolia

Anzeige



© DragonImages - Fotolia.com

WIR ZIEHEN AN EINEM STRANG

Partner für Versicherungsangelegenheiten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes LV Bayern e. V. und seiner Mitglieder

- Maßgeschneiderte Absicherungskonzepte
- Risikomanagement und Zertifizierung
- Umfassender Schadenservice
- Betriebliche Altersversorgung mit Speziallösungen zur Entgeltumwandlung



Klingenbergstraße 4 • 32758 Detmold
Telefon +49 (0) 5231 603-0
Telefax +49 (0) 5231 603-197
info@union-verdi.de • www.union-verdi.de

gemeinsam handeln.

